

Soziologie

Die Agrargenossenschaften in Griechenland

Ihre Entstehung und Entwicklung während
der Umwandlung einer Feudalgesellschaft
in eine

Gesellschaft an der Peripherie
des Kapitalistischen Systems

Inaugural-Dissertation
zur Erlangung des Doktorgrades
der Philosophischen Fakultät
der Westfälischen Wilhelms-Universität
zu Münster (Westf.)

vorgelegt von
Aspasia Papaphilippou-Avramidi
aus Thessaloniki-Griechenland

1985

Soziologie

DIE AGRARGENOSSENSCHAFTEN IN GRIECHENLAND

IHRE ENTSTEHUNG UND ENTWICKLUNG WÄHREND DER
UMWANDLUNG EINER FEUDALGESELLSCHAFT IN EINE
GESELLSCHAFT AN DER PERIPHERIE DES KAPITALISTI-
SCHEN SYSTEMS

Inaugural-Dissertation
zur Erlangung des Doktorgrades
der Philosophischen Fakultät
der Westfälischen Wilhelms-Universität
zu Münster (Westf.)

vorgelegt von
Aspasía Papaphilippou-Avramidi
aus Thessaloniki-Griechenland

1984

Tag der mündlichen Prüfung :.....3. Juli 1985.....

Dekan : Prof. Dr. Ressel

Referent: Prof. Dr. Ch. Sigrist

Korreferent : Prof. Dr. N. Konegen

Vorwort

Ziel der Arbeit ist es, die historischen und ökonomischen Bedingungen für die Entwicklung der Agrargenossenschaften in Griechenland vor dem Hintergrund des Umwandlungsprozesses von einer Feudalgesellschaft zu einer abhängigen kapitalistischen Gesellschaft darzustellen.

Die Agrargenossenschaftsbewegung wird in ihrem Aufbau, ihrer Ideologie und ihrer Wirksamkeit analysiert.

Ein besonderer Schwerpunkt der Arbeit ist die Einordnung der Agrargenossenschaftsbewegung in die allgemeinen ökonomischen Bedingungen in Griechenland unter besonderer Berücksichtigung der Landwirtschaft in einem Land an der Peripherie des Kapitalismus.

Inhaltsverzeichnis

	Seite
<u>1. Einleitung</u>	8
 <u>2. Der historische Überblick über die</u> <u>Zeit nach dem Befreiungskrieg 1821</u>	 25
2.1 Die griechische Gesellschaft un- ter der Türkenherrschaft. Der Befreiungskrieg und die entschei- dende Rolle der Bauern	25
2.2 Die Gründung des neugriechischen Staates und seine Abhängigkeit von den ausländischen Schutzmäch- ten. Die Forderung der Bauern nach einer Bodenreform und ihre Verhinderung durch die Oligarchie	33
2.3 Der Klassenkampf auf dem Lande und die unvollendete Bodenreform	40
 <u>3. Das Agrarproblem Griechenlands und</u> <u>die Nachkriegszeit</u>	 46

3.1 Die Zunahme der landlosen Bauern nach dem kleinasiatischen Krieg. Die Gründung der ersten Agrarge- nossenschaften, das Agrargesetz und die Agrarbank	46
3.2 Die Diktatur Metaxas und seine po- pulistischen Maßnahmen für die Landwirtschaft	52
3.3 Die Besatzungszeit und die Bedeu- tung der Agrargenossenschaften für die Versorgung der griechi- schen Bevölkerung	55
3.4 Die politische Abhängigkeit Grie- chenlands von den USA und der Mi- litärputsch vom 21. April 1967	58
<u>4. Die zunehmende Rolle des Bankkapitals und die Staatspolitik im Hinblick auf die Landwirtschaft</u>	63
4.1 Der letzte Akt der Bodenreform. Die Entwicklung der griechischen Landwirtschaft im Vergleich zur gesamten Wirtschaft	63

4.2 Die Vernachlässigung der Landwirtschaft	70
4.3 Die zunehmende Abhängigkeit der Bauern durch das Bankkapital	74
<u>5. Die Organisation der Agrargenossenschaftsbewegung</u>	79
5.1 Vorbemerkung - Agrargenossenschaften ersten Grades	79
5.2 Die Unionen	88
5.3 Die Zentralunionen und die PASEGES	91
5.4 Schlußfolgerung	97
<u>6. Die Diktatur von 1967-1974</u>	104
6.1 Die Vorgeschichte und die politischen Hintergründe	104
6.2 Die Charakteristika der Diktatur	107
6.3 Die Diktatur und Ihre Maßnahmen	

für die Bauern	112
<u>7. Die Wirtschaftspolitik der Diktatur</u>	116
7.1 Die Bevorzugung der Leichtindustrie als Merkmal eines Landes am Rande des kapitalistischen Systems	116
7.2 Die Stagnation der Landwirtschaft	137
7.3 Das überproportionale Wachstum des dritten Sektors	157
<u>8. Die Agrargenossenschaften unter der Diktatur</u>	168
8.1 Die allgemeine Entwicklung der Agrargenossenschaften und die Politik der Diktatur	168
8.2 Die Agrargenossenschaft ersten Grades am Beispiel Vasilika	175
8.3 Die Union am Beispiel Jiannitsa	191
8.4 Die Aktivitäten der Union von	

Jiannitsa während der Diktatur	194
<u>9. Einflüsse der Agrargenossen-</u>	
<u>schaftstheorien auf das griechische</u>	
<u>Agrargenossenschaftswesen</u>	201
9.1 Die Doppelnatur der Genossen-	
schaft	220
9.2 Unternehmenserhaltung und Mit-	
gliederinteressen	237
9.3 Betriebswirtschaftliche Probleme	
des Genossenschaftswesens	248
9.4 Agrargenossenschaften und Ent-	
wicklungspolitik in den Entwick-	
lungsländern, speziell in Grie-	
chenland	256
<u>10. Zusammenfassung und Ausblick</u>	273
10,1 Neuere Tendenzen im Genossen-	
schaftswesen	282
10.2 Die Perspektiven der Agrarge-	
nossenschaften	310

1. Einleitung

Die vorliegende Arbeit ist der Versuch einer Analyse des Agrargenossenschaftswesens in Griechenland bis heute. War seine Rolle bisher beschränkt auf die Vergabe von Krediten, so will diese Arbeit Perspektiven aufzeigen für die Verbesserung der Struktur des Agrargenossenschaftswesens, die die ländlichen Gebiete wiederbeleben und die Ausweitung der Landflucht einschränken könnte und sicherlich auch zur Steigerung der Produktivität der Landwirtschaft beitragen wird.

Ein Grund, mich gerade mit dieser Thematik auseinanderzusetzen, besteht auch darin, daß die Bauern bis heute eigentlich in erster Linie vom Staat mit der Hilfe der Bourgeoisie ungerecht behandelt und ständig benachteiligt worden sind.

Ein weiterer Anreiz, mich gerade mit dieser Problematik zu befassen, bestand in der Tatsache, daß bis heute keine Untersuchung vorliegt, in der die Agrargenossenschaften im Zu-

sammenhang mit der Gesamtwirtschaft des Landes betrachtet werden.

Die Typen von Agrargenossenschaften wurden bislang nicht als Bestandteil des gesamten wirtschaftlichen Systems Griechenlands behandelt und vorgestellt. Ausschlaggebend für die Entwicklung und die Zukunft des Agrargenossenschaftswesens war bei Ihrer Beurteilung nur die Erhöhung der Zahl der Agrargenossenschaften oder ihrer Mitglieder.

Wenn allein dieser Blickpunkt im Vordergrund steht, kann sich kein präzises Bild formieren, das Aufschluß geben kann über die Gründe und Anlässe, die zur Entwicklung der Agrargenossenschaften in Griechenland geführt haben.

Wendet man hingegen die dialektische Denkweise bei der Untersuchung an, so erhält man Informationen über den bestehenden Zusammenhang der Agrargenossenschaften mit dem politischen und wirtschaftlichen System des Landes.

Nur so können Gründe für die Entwicklung heutiger Agrargenossenschaftsmodelle verstanden und beleuchtet werden, die über die bloße Beschreibung und Schilderung der Agrargenossenschaften hinausgehen.

Es gibt jedoch auch einen Kreis von Soziologen

und Historikern, der sich aufgrund der Erfahrung mit einem anderen politischen System, dem Sozialismus in den Ostblockstaaten, mit dem kollektiven Charakter des Agrargenossenschaftswesens einer nicht autonomen Bauernorganisation befaßt hat. Charakteristika dieser Genossenschaften sind der kollektive Besitz des Ackerbodens, die gemeinsame Produktion und die genaue Verteilung der Überschüsse und Gewinne. Kordatos analysierte die Boden- und Besitzverhältnisse der griechischen Landbevölkerung vor und nach dem Befreiungskrieg. Allgemein kritisierte er die Rolle der Großgrundbesitzer. In seinen Untersuchungen fand er heraus, daß sie mit der Unterstützung durch die Gesetzgebung und den Protektionismus des Staates bis 1871 die Agrarreform und nach ihrer Entwicklung zur Bourgeoisie im Jahre 1911 auch die Gründung eines autonomen Agrargenossenschaftswesens verhindert haben, um ihre eigenen Interessen weiterhin durchsetzen zu können. So hat die Bourgeoisie durch ihr Klientelverhältnis dem Staat gegenüber immer ihre Forderungen und Ansprüche durchgesetzt; das Agrargenossenschaftswesen wurde als Mittel be-

nutzt, um eine Entwicklungspolitik in ihrem Sinne durchsetzen zu können. Bedingungen dafür waren die ständige Einmischung und der uneingeschränkte Dirigismus des Staates über das gesamte Agrargenossenschaftswesen. Diese Einmischung äußerte sich in der Kreditpolitik, der Gesetzgebung und in den Subventionen für bestimmte Agrarprodukte. Die Kreditpolitik wurde mit der Beteiligung des Staates in der Agrarbank (mit 51% des Anlagekapitals) und mit der Nominierung der Unionsdirektoren und anderer Funktionsträger durch das Landwirtschaftsministerium durchgesetzt.

Die Gesetzgebung übertrug dem Staat alle Macht und Gewalt (Gesetz 602 1914/1915 und Gesetz 1979). Damit gab es keinen Platz für die Selbstverwaltung und die Selbsthilfe der Agrargenossenschaften. Das Problem der Kapitalbeschaffung stand im Vordergrund, die Verbesserung der zersplitterten Bodenstruktur wurde vom Staat vernachlässigt.

Aufgrund heutiger Erkenntnisse kann man behaupten, daß das Agrargenossenschaftswesen eine angemessene und gute Lösung für die Agrarmisere und die Probleme der Gesamtwirtschaft gewesen wäre, wenn wichtige Kriterien und Prinzipien,

wie die Selbsthilfe, die Selbstverwaltung und ein gerechtes System bei der Wahl der Organe der Agrargenossenschaften berücksichtigt worden wären.

Die Lösung besteht in einem Agrargenossenschaftstyp, in dem die Agrargenossenschaft nicht als Kreditfiliale der Agrarbank arbeitet, -wie es bis 1981 für zwei Drittel aller Agrargenossenschaften in Griechenland zutraf-, sondern der das Problem der Zerstückelung der Ackerbodenfläche in Parzellen bewältigt, der nicht als Kollektiv organisiert ist, das zum eigentlichen Bodeneigentum wird, sondern der bei der Vereinigung der Ackerflächen aller Agrargenossenschaftsmitglieder dennoch die Besonderheit der griechischen Bodenstruktur beachtet.

Weiterhin soll dieser (neue) Agrargenossenschaftstyp durch die gemeinsame Produktion und Verarbeitung und durch den Verkauf der Agrarprodukte nicht nur einen finanziellen Aufschwung (Einkommensverbesserung) herbeiführen, sondern auch den Verbrauchern preisgünstige Agrarprodukte guter Qualität zur Verfügung stellen, denn nur so kann diese Agrargenossenschaftsform eine positive Wirkung auf die gesamte Wirtschaft ausüben.

Entscheidende Bedeutung haben bislang die Zwischenhändler, denn sie kaufen die Agrarprodukte von den Bauern zu extrem niedrigen Preisen und verkaufen sie dann auf den Märkten mit einem Aufschlag bis zu 200%.

Bei den Agrarprodukten handelt es sich meist um leichtverderbliche Ware, wie Gemüse und Obst. Aus diesem Grund müssen die Bauern in den Erntemonaten ihre Produkte möglichst schnell verkaufen, sonst können die Verluste Tausende oder Millionen Dr übersteigen. Eine neue Form der Agrargenossenschaft kann aber ohne die Verbesserung der Infrastruktur des Landes, d.h. des Verkehrsnetzes und der Transportmöglichkeiten, nicht existieren. Die Infrastruktur und die Bodenstruktur Griechenlands stellen ein großes Hindernis für den schnellen Transport der Agrarprodukte und eine Steigerung der Produktivität dar. Die Straßen- und Schifffahrtsverhältnisse haben sich seit 1964 nicht mehr in großem Maße verbessert. Es gibt keine Autobahn, und erst jetzt wird ernsthaft über die Entwürfe zur Änderung des Straßenverkehrsnetzes diskutiert, damit der Transport in Zukunft schneller und besser durchgeführt werden kann.

Bis 1960 gab es keine genauen Daten und statistischen Angaben über die Agrargenossenschaften und ihre Entwicklung. Das hängt mit dem gesamten staatlichen Programm zusammen und auch mit der Intention, nur solche Agrargenossenschaften zu erlauben, die unter der direkten Kontrolle und Aufsicht des Staates stehen. Auf diese Weise wurden also die Produktionsverhältnisse weiterhin nicht verbessert; die führende Position der Bourgeoisie in der Wirtschaft blieb unverändert bestehen.

Das Fehlen systematischer statistischer Erhebungen zu den Agrargenossenschaften ist nicht nur ein Beleg für die Unterschätzung der Agrargenossenschaften von seiten des Staates, sondern zeigt auch, daß die Bourgeoisie (zu ihr gehören Großhändler und Zwischenhändler) ihre Interessen zu schützen versuchte, indem sie die Agrargenossenschaften unter fester staatlicher Kontrolle eingebunden hielt, so daß die Zwischenhändler die Schwächen der Agrargenossenschaften (Schwierigkeiten mit den direkten Marktverbindungen) ausnutzten und ihre Rolle bei der Zirkulation der Agrarprodukte weiterhin für notwendig erachtet wurde.

Der Staat versuchte mit der Preispolitik,

d.h. mit der Subventionierung bestimmter Produkte, die Bauern für die Produktion einiger besonderer Agrarprodukte (Baumwolle, Getreide, Tabak) zu motivieren. Diese Politik deckte jedoch nicht einmal die Produktionskosten der Agrarprodukte und verbreitete große Unzufriedenheit unter den Bauern, die von ihr direkt betroffen waren.

Das niedrige Niveau der Datenerhebung entspricht für die Agrargenossenschaften der untergeordneten Rolle der Agrargenossenschaften in der staatlichen Wirtschaftspolitik. Diese Statistiken weisen Lücken und Oberflächlichkeiten auf; die Daten sind nicht systematisch gesammelt und manchmal stehen sie im Widerspruch zueinander.⁺

Meistens wurden die Daten nicht nach allgemeingültigen Kriterien und mit genügender Genauigkeit gesammelt, und oft entsprachen sie nicht der Wirklichkeit. Zuständig für die Erhebung der Daten war die Agrarbank.

Die oberflächlich erstellten Statistiken erschweren eine exakte Auswertung erheblich und

⁺ Es wurde z.B. geschrieben, daß es keine Produktionsgenossenschaften gab und dennoch Angaben über Produktionsgenossenschaften gemacht, die teilweise Funktionen der eigentlichen Produktionsgenossenschaften ausübten.

lassen häufig nur allgemeine Trends erkennen, wo detaillierte Fakten gebraucht werden. Denn so fehlte nicht nur eine allgemeine systematische statistische Erhebung für die Agrargenossenschaften, sondern auch für verschiedene benachteiligte Personengruppen, wie z.B. die Frauen in den Agrargenossenschaften und die landlosen Bauern.

Bis 1960 gab es im staatlichen Auftrag keine Untersuchung oder Statistik zur Situation der Bäuerinnen.

Erst seit 1960 wurden verschiedene Initiativen ergriffen, Datensammlungen und Erhebungen durchzuführen. Dies wurde jedoch in erster Linie von Sozialwissenschaftlern oder anderen Außenstehenden geleistet.

Als Frau hatte ich besonders Kontakt-schwierigkeiten bei den einfachen Bauern, denn sie verhielten sich sehr zurückhaltend und nahmen meine Bemühungen nicht ernst. An ihrem besonderen Verhalten wurde das bestehende Klischee der Frau als "schwache und unselbständige Person" deutlich sichtbar. Die Frau ist nach ihren Vorstellungen geeignet für den Haushalt, die Familie und den eigenen Hof. Erst in den letzten zehn Jahren hat sich eine Wandlung vollzogen, angeregt durch die Medien, die verbes-

serte Bildung, die Frauenbewegung und die Gesetzgebung.⁺

Um empirisches Material zu gewinnen, habe ich selbst eine Reihe von Interviews durchgeführt. Darüber hinaus hatte ich jahrelang engen Kontakt (durch Bekanntschaft und Korrespondenz) zu Bauern oder Agrargenossenschaftsmitgliedern (besonders in Nordgriechenland). Eine große Hilfe für mich war der Direktor der Union Jianitsa, Aristoteles Amperiadis, der mir das gesamte Archiv der Union zur Verfügung stellte und mit dem ich eine Reihe von Gesprächen geführt habe. Ich bin ihm zu großem Dank verpflichtet.

Durch den Kontakt mit den Bauern konnte ich feststellen, daß sie von der Agrarpolitik der rechtskonservativen Regierungen⁺⁺ enttäuscht waren, weil sie immer neue Versprechungen, aber keine Verbesserungen erlebt haben. Die Bauern konnten keine eigene Initiative ergreifen; sie waren durch den staatlichen In-

⁺ Die Frau hat, laut Gesetz, im Jahre 1982 eigene Rechte in der Familie und im Beruf bekommen.

⁺⁺ Nach dem Zweiten Weltkrieg kamen fast ununterbrochen rechtskonservative Regierungen an die Macht; Ausnahme: 1963/1964, Zentrumsunion Partei.

terventionismus gezwungen, entweder mitzumachen oder neutral und apathisch weiterzuleben. Die Notwendigkeit zur Mechanisierung der Betriebe und die unrentable Produktionsweise auf den kleinen Höfen bereiteten den Bauern Sorgen. Sie suchten nach neuen Formen der Zusammenarbeit in den Agrargenossenschaften. Das Aufzeigen neuer Wege in der Frage der Agrargenossenschaften durch die "Panhellenische Sozialistische Bewegung" (PASOK) kam den Bauern zugute. Von 1974 an neigten die Bauern dazu, neue Agrargenossenschaften mit alternativen Organisationsformen selbst zu reorganisieren oder sogar neu zu gründen. Diese Phase der Aktivitäten endete mit der Vorlage eines neuen Agrargenossenschaftsgesetzes⁺ in 1982/1983. Ihm zufolge können die Bauern entweder den alten Agrargenossenschaften einen neuen Charakter geben, indem sie die ganze Phase der Produktion eines Agrarproduktes oder eines Teils dieses Prozesses auf Dorfebene selbst durchführen oder indem sie in jeder Präfektur eine Union gründen und alle Agrargenossenschaften ersten Grades in dieser Union vereinigen. Diese Agrargenossenschaften werden "Agrarindusriegenossen-

⁺ Dieses Gesetz ist noch nicht verabschiedet worden.

schaften" genannt. Sie sollen die Produktion steigern, durch die Mechanisierung bessere Qualität und größere Quantitäten erzeugen und durch direkte Marktverbindungen die parasitäre Rolle der Zwischenhändler beseitigen, damit die Produkte zu günstigeren Preisen verkauft und die Bauern dazu befähigt werden, gerechte Preise zu erzielen.

Dieser Agrargenossenschaftstyp soll sowohl den Bauern als auch den Verbrauchern Vorteile bringen.

Nach meiner Erfahrung mit den Agrargenossenschaften zeigt sich heute mehr denn je die Notwendigkeit, weitere Untersuchungen über die Praxis der Agrargenossenschaften auf Dorfebene und auf Präfektur- und Landesebene durchzuführen.

Die neue Perspektive des Agrargenossenschaftswesens berücksichtigt auch die Schwäche der Infrastruktur (Verkehrsnetz, Bildungsmöglichkeiten, fehlende Mechanisierung, zersplitterte Bodenstruktur, mangelhafte medizinische Versorgung) und motiviert die Bauern, auf dem Lande zu bleiben und zu arbeiten, nicht nur durch Garantieprieße und Steuererleichterungen, sondern auch durch neue Arbeitsformen in der Landwirtschaft.

Dieser Agrargenossenschaftstyp knüpft an die Prinzipien und Prioritäten der heutigen Regierung an; die PASOK versucht durch besondere wirtschaftliche Anreize (Kredit- und Steuererleichterungen, Abschreibungen), den Beruf des Landwirts wieder attraktiv zu machen und so zu verhindern, daß noch mehr Bauern ihre Höfe aufgeben und in die Städte abwandern. Zusammen mit der Dezentralisierung soll diese Politik dazu beitragen, die Urbanisierung aufzuhalten.

Hier wird also deutlich, daß es nicht um neue Perspektiven allein für das Agrargenossenschaftswesen, sondern für das gesamte Wirtschaftssystem geht. Diese Perspektiven sind von großer Bedeutung für die Zukunft, weil sie von Griechenland als einem Land mit politischer und wirtschaftlicher Unabhängigkeit ausgehen, das sich an seinen inneren Bedürfnissen und Besonderheiten ausrichtet und grundlegende strukturelle Änderungen in Peripherie und Zentrum anstrebt, wo Arbeit und Kapital für gleich wichtig gehalten werden.

Die Normen und Prioritäten der Gesellschaft sind durch ihr Produktionssystem gekennzeichnet. Die kapitalistische Produktionswei-

se verbreitete sich in Griechenland nur auf dem Sektor der Industrie und des Dienstleistungsgewerbes, während die Landwirtschaft zum größten Teil an der vorkapitalistischen Produktionsweise festhielt. Notwendige Investitionen und Modernisierungen lagen nicht im Interesse der Bourgeoisie, die ohnehin durch die Zwischenhändler und das Bankkapital den Agrarsektor kontrollierte.

Fehlende Bildung, mangelnde Freizeit und Überforderung bewirkten für die Bauern Apathie und Mangel an eigener Initiative.

Ohne die notwendige Information, Aufklärung und genaue Beschreibung der strukturellen Schwäche der Landwirtschaft, der Volkswirtschaft und der Ziele der Agrarpolitik konnten die Bauern die wirklichen Probleme nicht erkennen. Die bis 1981 praktizierte Agrarpolitik wollte keine Änderung und Verbesserung der Produktionsverhältnisse auf dem Lande und machte den Bauern keine Vorschläge, wie sie aus dieser Sackgasse herauskommen konnten.

Die heutige Tendenz der Agrarpolitik basiert auf ganz neuen Zielsetzungen, d.h. sie bevorzugt die Dezentralisierung in verschiedenen Regionen des Landes, die Verbesserung des

Transport- und Verkehrsnetzes sowie die aktive Beteiligung der Bevölkerung an der Lösung der Probleme in den Städten und auf dem Land. Diese Politik ist gekennzeichnet durch Zusammenarbeit / in den gewerblichen Genossenschaften oder Agrar-genossenschaften. Ein großer Teil der Landbevölkerung scheint diese Alternative für positiv und realisierbar zu halten. Das zeigen auch die Ergebnisse bei den neuen Wahlen der Aufsichts- und Verwaltungsräte der Agrargenossenschaften ersten und zweiten Grades; die Mehrheit der gewählten Bauern waren 1982 Anhänger der PASOK (Presse der Zeit).

Die neue Perspektive des Agrargenossenschaftswesens für die Dezentralisierung des Landes ist für die Geschichte Griechenlands einmalig. Es ist erkannt worden, daß die Landwirtschaft nach Beseitigung ihrer strukturellen Schwäche und des staatlichen Protektionismus zur Gesundung der ganzen Wirtschaft beitragen kann. Eine produktive Landwirtschaft kann zum Aufbau einer eigenen Schwerindustrie beitragen und dadurch die Abhängigkeit von den Industrieländern verringern oder sogar beseitigen.

Grundlegende Basis für das sich weiterentwickelnde Leben in Griechenland in Gleich-

heit und sozialer Gerechtigkeit bilden die nationale Unabhängigkeit und die Berücksichtigung innenpolitischer Interessen und Probleme.

Nach mehr als drei Jahren intensiver Auseinandersetzung mit diesem Thema bin ich zu der Überzeugung gekommen, daß es nicht Sinn und Ziel dieser Arbeit sein kann, endgültige Ergebnisse vorzulegen, zumal sich die neue Form der autonomen Agrargenossenschaft noch im Anfangsstadium der Entwicklung befindet, vielmehr will sie Ausgangspunkt für neue und kontinuierliche Untersuchungen sein, weil die Realität zeigt, daß gerade in der Wissenschaft das Wahre immer relativ ist und eine unendliche Bewegung und Änderung der Ideen und Tatbestände beinhaltet.

"Der Mensch wird in seinen gesellschaftlichen Bedingungen und Verhältnissen, die objektiv und unabhängig von seinem Willen existieren, betrachtet. Durch diese materiell-gesellschaftlichen Bedingungen sind sowohl der Mensch als auch seine Tätigkeit und Arbeit determiniert, er ist selbst das Produkt seiner

gesellschaftlichen Entwicklung, insbesondere
der der materiellen Produktion" (Marx, 1974:67).

2. Der historische Überblick über die Zeit nach dem Befreiungskrieg 1821

2.1 Die griechische Gesellschaft unter der Türkenherrschaft. Der Befreiungskrieg und die entscheidende Rolle der Bauern

Vier Jahrhunderte (1453-1821) hindurch haben die Griechen unter türkischer Besatzung gelebt. Das türkische Feudalsystem hat die sozioökonomische Entwicklung des Landes geprägt. Ursprünglich war der türkische Staat in Person des Sultans Eigentümer des gesamten bebaubaren Grund und Bodens. Das gesamte Land wurde in Steuerbezirke eingeteilt und das Steueraufkommen eines jeden Bezirks an Mitglieder der türkischen Kriegskaste (Spachi⁺) verpachtet. Privateigen-

⁺ Diese Kriegskaste hieß Spachi; sie genoß besondere Privilegien vom türkischen Staat bzw. vom türkischen Sultan. Außer ihrer Privilegien und ihrer Rolle als bedeutsamer Beschützer des türkischen Territoriums hatte sie als einzige Kaste das Recht, die Ländereien des Sultans an ehemalige griechische Großgrundbesitzer weiter zu verpachten. Als Zwischenverpächter konnte sie durch Mieterhebung auch dazuverdienen.

tum besaßen nur einige wenige Griechen, die in unzugänglichen und für den Staat uninteressanten Bergregionen lebten und sich selbst verwalten konnten. Im Laufe der Zeit ergab sich die Möglichkeit, daß die Steuerpächter ihre Einnahmen nach Bedarf weiter verpachten konnten. So gelang es sowohl Türken, die nicht Mitglied der Kriegerkaste waren, als auch Griechen, in die Position der Steuerpächter zu gelangen. Außerdem bestand die Möglichkeit, mehrere Steuerbezirke gleichzeitig zu pachten.

In Zeiten finanzieller Not des Staates gelang es diesen Pächtern, Teile der bisher staatlichen Länderellen dem Staat abzukaufen. So entstand besonders während des Verfalls des türkischen Reiches⁺ großer Grundbesitz - Tsifliki.

Unter dem Tsifliki-System lassen sich folgende Arten des Grundbesitzes unterscheiden:

1. Staatlicher Besitz verschiedener Größenordnung - Khas, Zeamat, Timar
2. Kirchen- und Klösterbesitz, Vakoufle

⁺Ende des 17. Jahrhunderts

3. Großgrundbesitz der Türken, Moulik

4. Großgrundbesitz der Griechen, Kotsambasides (Kordatos 1973:40, Aglanoglu 1982:22, Mariadis 1966:14).

Durch das Tsifliki-System wurden die Beziehungen zwischen der Bevölkerung und der zentralen Macht immer schwächer (Vergopoulos 1975: 69).

Die abhängigen Bauern mußten den Boden der türkischen Besatzungsmacht unter härtesten Bedingungen bearbeiten.

Überwiegend waren es Pächter mit ihren Familien, die dafür eine Abgabe leisten mußten, meistens als Natural- und Geldrente. Das den Bauern verbleibende, notwendige Agrarprodukt war äußerst gering und reichte gerade für die Reproduktion der bäuerlichen Arbeitskraft.

Die sozialen Gruppen waren nicht eindeutig voneinander abgegrenzt. Bis zum 18. Jahrhundert bestand die griechische Gesellschaft im wesentlichen aus folgenden Schichten:

1. Der höhere Klerus und die Reste der byzantinischen Aristokratie (Kamarinou 1977:22).

Sie kollaborierten mit der türkischen Besatzungsmacht, erhielten daher viele bedeutsame Privilegien und konnten höchste Ämter im Staatsapparat erreichen. Viele von ihnen besaßen ein Monopol im Schwarzmeer-Handel. Sie behielten diese Machtstellung zum Teil Jahrzehnte hindurch und sicherten sich dadurch hohe Profite (Sboronos 1972:45).

2. Die sogenannten Kotsambassides, die Grundbesitzer waren (Kordatos 1973:41). Zusammen mit der ersten Gruppe bildeten sie die führende Schicht der Nation.

Diese griechische Feudalschicht verlangte keine Veränderung der ökonomischen Bedingungen, weil sie die gleichen Interessen wie die osmanische Herrschaft verfolgte (Spiliadis 1972 11:20).

3. Eine kleine Zahl von Gewerbetreibenden in den großen Städten.

4. Große Kaufleute, Reeder und Händler, die in erster Linie außerhalb Griechenlands ansässig waren: sie lebten vornehmlich in Kleinasien, auf den Inseln, in Ägypten, aber auch in England oder Frankreich.

Diese Menschen konnten aus ihrer Position gegen-

Über den Produktionsfaktoren eine grundlegende Basis für die bürgerliche Klasse bilden, indem sie Kapital und Boden besaßen; sie wöhnten und arbeiteten als Kaufleute und Händler außerhalb von Griechenland in verschiedenen Ländern der Welt als Griechen in der Diaspora. Wegen dieser Zersplitterung konnten sie sich nicht zu einer geschlossenen und für die griechische Politik entscheidenden Klasse formieren. Es bestand dazu kein Anlaß, denn ihre wesentlichen ökonomischen Interessen lagen nicht innerhalb Griechenlands, sondern im Bereich des internationalen Handels. Ihre Teilnahme am innergriechischen Prozeß beschränkte sich deshalb im wesentlichen auf die Teilhabe an den nationalen Zielsetzungen Griechenlands "und die waren, banal gesagt, für die Klasse von Handelsbürgern nicht einträglich im ökonomischen Sinn, sondern ausgesprochen aufwendig" (Bakogiannis 1972:35).

5. Die überwiegende Mehrheit des griechischen Volkes bestand aus landlosen Bauern, die als Pächter auf den Ländereien der Besatzungsmacht arbeiteten und ihre Pacht in der Regel in Naturalien entrichteten (Vergopoulos 1975:90). Die Dekati war eine Art Bodensteuer für den os-

manischen Staat und belief sich auf 10% des Ertrages. Alle Christen über zehn Jahren mußten außerdem eine Kopfsteuer entrichten, ausgenommen waren nur der Klerus und die Krüppel. Eine weitere finanzielle Belastung bestand in der Pacht, die dem Grundherren, in der Regel dem türkischen Staat, geschuldet wurde.

Die wichtigen Pachtarten waren die Messariko in Höhe von 50% des Ertrages, die Tritariko in Höhe von 30% des Ertrages und die Apokopi oder epimortos agrolipsia, deren Höhe regional variierte.

Dieser immensen Form der Ausbeutung entzogen sich viele Bauern durch die Flucht in die Berge; die türkische Staatsmacht konnte auf diese Menschen keinen Einfluß ausüben. Von dort aus führten sie⁺ einen zähen Kleinkrieg gegen die türkische Besatzungsmacht.

Ziele des Befreiungskampfes waren die Vertrei-

⁺ Man nannte diese Bauern Kleftes und Armatoli, d.h. Räuber. Vom Volk wurden sie geliebt und in Volksliedern besungen.

bung der Türken, die Abschaffung der feudalen⁺ Produktionsverhältnisse und die Umverteilung des Landes.

Die Bauern haben sich als erste dem Befreiungskampf angeschlossen (Abdelidis 1976:14). Dafür gab es mehrere Gründe. Die unerträgliche wirtschaftliche Situation, die alle Bauern gleichmäßig betraf, und die fehlende ökonomische Differenzierung der Landbevölkerung⁺⁺ führte zu einer gemeinsamen Ablehnung der bestehenden Verhältnisse und schloß zugleich eine Spaltung aus.

Einige gebildete und wohlhabende Griechen,

⁺ Während der letzten Phase der Naturalwirtschaft in Griechenland (kurz vor dem Befreiungskrieg der Griechen von den Türken) bildeten die Produktionsverhältnisse ein Hindernis für die Steigerung der Produktivität; aus diesem Grunde standen sie der Entwicklung der Produktionskräfte entgegen und führten eine Stagnation der Produktion herbei.

⁺⁺ Die absolute Mehrheit der Bauern (ehemalige Grundbesitzer vor der Türkenbesatzung) waren Pächter unter dem türkischen Feudalherren. Sie besaßen keine eigene Unterkunft und hatten keine Freizeit und kein Privatleben. Außerdem mußten die Bauern immer nur in ihrer Sippschaft zusammenleben; sie hatten kein Recht, außerhalb dieser Ländereien zu verkehren. Diese Pächter bildeten eine in sich geschlossene Schicht.

die vor der türkischen Besatzungszeit zu der reichen (führenden) Schicht der Kotsambassides gehört hatten, kollaborierten von 1721 bis 1821 eng mit den Türken, und manchmal erlangten sie die Rolle der Verpächter. So wurden die Bauern nicht nur von den türkischen Feudalherren (Spachi), sondern auch von den mit ihnen zusammenarbeitenden Griechen (ehemalige Großgrundbesitzer) aufs äußerste unterdrückt.

Die Kotsambassides enthielten sich zunächst des Widerstandes, weil sie befürchten mußten, nach der Befreiung von den Türken sämtliche Privilegien zu verlieren. An der Endphase dieses Kampfes nahmen sie dennoch teil, um nach dem Sieg die gesellschaftlichen Veränderungen in ihrem Sinne beeinflussen zu können.

"Als die griechischen Feudalherren merkten, daß der Volkswille größer war als ihr Widerstand, änderten sie ihre Gesinnung und kämpften auf der Seite der Mehrheit" (Mariadis 1966:29).

2.2 Die Gründung des neugriechischen Staates und seine Abhängigkeit von den ausländi- schen Schutzmächten. Die Forderung der Bauern nach einer Bodenreform und ihre Ver- hinderung durch die Oligarchie

Der neugriechische Staat wurde unter der Garan-
tie der Großmächte Frankreich, England und Ruß-
land gegründet und umfaßte Sterea Hellada⁺,
die Peleponnes und die Kykladen.

Die Vertreibung der Türken und die neue Verfas-
sung⁺⁺ brachten für die Landbevölkerung keine
wesentliche Verbesserung ihrer wirtschaftlichen
und gesellschaftlichen Lage. Obgleich die Bau-
ern die Hauptlast des Befreiungskampfes getra-
gen hatten, behielten die Kotsambassides⁺⁺⁺ ih-
re Machtstellung weiterhin. Sie erreichten mit
Unterstützung der Großmächte, daß die Wirt-

⁺Festland nördlich der Peleponnes gelegen

⁺⁺Die sogenannte "Epidauros"-Verfassung

⁺⁺⁺"Die Oligarchie, die alle Fäden in den Hän-
den hielt, war gegen die Industrialisierung
und vertrat somit die Interessen jener frem-
den Mächte, die ihrerseits die Oligarchie
bei der Erhaltung ihrer privilegierten Posi-
tion in der griechischen Gesellschaft unter-
stützten. Zwar wurden ab 1880 einige Indu-
strieunternehmen gegründet, aber es kam ihnen
keinerlei Bedeutung zu. Die große Masse der
Bevölkerung lebte unter ärmlichen, feudal-
ähnlichen Verhältnissen" (Nikollinakos 1969:10).

schaftsstruktur und das Produktionssystem mit jenen vor dem Befreiungskampf identisch blieben.

Das Grundeigentum des türkischen Staates wurde nach der Befreiung von dem neuen griechischen Staat als Ethniki Gi⁺ übernommen.

Hauptforderung der bäuerlichen Schichten war die Bodenreform mit Aufteilung der Ethniki Gi an die landlosen Bauern, denn das zentrale Problem des Agrarlandes Griechenland bestand darin, daß die überwiegende Mehrheit (95%) seiner arbeitenden Bevölkerung Bauern ohne Besitz (in Form von eigenem Ackerboden) waren. Das Problem bestand also darin, daß die Bauern ohne Eigenbesitz und Arbeit keine Existenz aufbauen konnten; es verbreitete sich immer mehr extreme Unterbeschäftigung.

1835 hatten von 120.000 Bauernfamilien nur 20.000 ein eigenes Stück Land (Abdelidis 1976: 16). 9/10 der Bauern verfügte über kein eigenes Land. Die Produktionsverhältnisse waren feudal. In den meisten Fällen blieben die Bauern Pächter.

Das Steuersystem, das von den Türken eingeführt worden war, wurde von dem neugriechischen Staat

⁺Nationale Erde.

übernommen.

Die Arbeitsbedingungen auf dem Land blieben unverändert; sie begünstigten in erster Linie die Großgrundbesitzer.

Die Wucherei stellte ein großes Hindernis für die Gründung neuer Bauernschaften in Griechenland dar. Gründe dafür sind im Kapitalmangel, in den unzureichenden Marktverbindungen auf dem internationalen Markt und in der verwirrenden Kreditpolitik zu finden. Die Anbaumethoden waren veraltet; bei den landwirtschaftlichen Geräten handelte es sich zum größten Teil um primitive Hacken (Erhane) und Pflüge. Die Mechanisierung der Landwirtschaft stand noch im absoluten Anfangsstadium, weil das nötige Kapital gänzlich fehlte. In Thessalia gab es nur 120 Dreschmaschinen (Kordatos 1973:261). Das Bildungsniveau war niedrig: 80% der Bevölkerung waren Analphabeten (Kamarinou 1977:24). Die Bauern produzierten für den eigenen Bedarf, so daß nach Abzug von Steuern und Abgaben nur wenig für den Verkauf auf den Märkten übrigblieb. Die Steuern wurden unverändert in Naturalien entrichtet, mit Ausnahme leicht verderblicher Produkte wie Obst und Gemüse. Eine weitere Ausnahme bildeten Rosinen, auf die ebenfalls eine Geldsteuer erhoben wurde.

Die wichtigsten Steuern waren außerdem die De-

kati (10% der Produktion) sowie eine Pacht in Höhe von 15% für das Ackerland aus Staatsbesitz (Ethniki Gi). Außerdem gab es Zölle auf bestimmte Export (10%)- und Importgüter (6%) (Sboronos 1972:78). Die Steuereinnahmen wurden vom Staat an Mitglieder der Klasse der Kotsambassides verpachtet, die in der Regel den Bauern ein Drittel ihrer Steuerschuld zuviel abnahmen und als Profit einstrichen.

Die Kotsambassides und die mit ihnen verbündeten Politiker, die die Mehrheit im Parlament besaßen, weigerten sich, eine Landreform durchzuführen, um sich selbst die Verfügungsgewalt über große Teile der Ethniki Gi zu sichern. Teils durch Kauf, teils durch Pacht gingen diese Ländereien in den Besitz der Grundbesitzer über. Dadurch, daß sie nicht nur ihre eigenen Bauern direkt ausbeuteten, sondern daß sie darüber hinaus als Steuerpächter indirekt über die Steuern als Mehrprodukt hohe Gewinne erzielten, waren sie die wahrhaft herrschende Klasse Griechenlands.⁺

Die griechische Wirtschaft war extrem abhängig vom ausländischen Kapital, insbesondere waren

⁺Vgl. Z. Äonas (Aionas), den 2. Oktober 1838

die Griechen in großem Ausmaß bei britischen Banken zu sehr ungünstigen Konditionen⁺ verschuldet. Daraus resultierte eine große außen- und innenpolitische Abhängigkeit von den drei imperialistischen Großmächten England, Frankreich, Rußland, die als Schutzmächte⁺⁺ den Bestand des neugriechischen Staates und die Herrschaftsstrukturen der Großgrundbesitzer garantierten.

Ihren Höhepunkt fand diese Abhängigkeit 1833, als die drei Großmächte Griechenland die Monarchie aufzwangen und ein Mitglied des bayerischen Herrscherhauses als König einsetzten. Griechenland wurde unter seiner Führung zu einer absoluten Monarchie umgewandelt. Das Land wurde nach dem Vorbild des damals in Bayern bestehenden Verwaltungsapparates organisiert, der am Modell des zentralistischen französischen Verwaltungssystems orientiert war (Koris 1980:13/14). Die Basis der neuen Verfassung war

⁺ Die Zinsraten betrugen beispielsweise 8% - 14%, woanders betrugen sie nur 4% - 6%.

⁺⁺ Nach der Befreiung Griechenlands von den Türken im Jahre 1821 geriet das Land in erneute direkte finanzielle und politische Abhängigkeit von Großbritannien. Rußland und Frankreich, die anderen Großmächte, hatten sich ihrerseits verbunden.

das Römische Recht.⁺

Diese autoritäre Regierungsform stieß immer mehr auf den Widerstand der Bevölkerung, der sich 1843 in einem großen Aufstand entlud. An diesem Kampf beteiligten sich auch große Teile der Armee, was den König und seine Regierung schließlich zum Nachgeben zwang.

Griechenland wurde 1844 in eine konstitutionelle Monarchie umgewandelt: die gesetzgebende Gewalt wurde zwischen König, Kammer und Senat geteilt. König Otto und seine deutschen Helfer versuchten jedoch, an der Verfassung vorbei weiterhin absolutistische Politik zu betreiben und die Kammer und die Regierung zu mißachten.

Nach einer Reihe von Aufständen in verschiedenen Städten des Landes (vor allem in Thessalia) wurde der König 1862 von einer Erhebung des Athener Volkes und des Militärs mit Unterstützung der Engländer aus dem Lande vertrieben. Der neue König Georg I, ebenfalls ein deutscher Adelliger, wurde von England ausgewählt und 1863 von der griechischen Nationalversammlung proklamiert. 1864 wurde eine fortschrittliche Verfassung erlassen, die beispielsweise das

⁺ Als Prototyp für die neue griechische Verfassung galt das römische Recht, nämlich das Zivil- und öffentliche Recht. Hier orientierte sich die griechische Verfassung noch an den Prinzipien und Richtlinien des alten römischen Rechts.

allgemeine Wahlrecht und alle klassischen bürgerlichen Freiheitsrechte gewährte. Auch der neue König versuchte, diese Verfassung zu seinen Gunsten zu umgehen und mittels Minderheitsregierungen am Parlament vorbeizuregulieren.

Nach erneuten politischen Unruhen erließ der König schließlich die Erklärung des "ausdrücklichen Vertrauens", durch die in Griechenland die Anfänge eines parlamentarischen Regierungssystems gelegt wurden.

Weder während der absoluten noch während der konstitutionellen Monarchie nahmen die königlichen Regierungen das Problem der Bodenreform in Angriff. Sie unternahmen nichts, um die wirtschaftliche Situation der Landbevölkerung zu verbessern. Deren Unmut entlud sich schließlich 1848 in mehreren Bauernaufständen⁺, die alle vom Militär niedergeschlagen wurden.

⁺ Die Bauern nahmen eine Bedrohung ihrer Existenz wahr, denn das für sie ungerechte Besitzsystem blieb für sie unverändert bestehen; dies bedeutete zugleich eine Garantie für die Reproduktionsverhältnisse auf dem Lande. Die Großgrundbesitzer kontrollierten sowohl den Staatsapparat als auch jede Aktion im öffentlichen Leben, um damit die Unterdrückung und Verelendung der zum großen Teil landlosen Bauern, die ehemals Pächter gewesen waren, zu vollenden. Die Bauern hingegen ergriffen selbst die Initiative, um einen Wandlungsprozeß herbeizuführen. Die Großgrundbesitzer ihrerseits versuchten mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln, die Eigeninitiative der Bauern zu unterbinden; dafür investierten sie sogar staatliches Guthaben.

2.3 Der Klassenkampf auf dem Lande und die unvollendete Bodenreform

Erst seit 1871 kann man erste Ansätze einer Reformpolitik für die Landbevölkerung verzeichnen. Große Teile der Ethniki Gi wurden vom Staat zum Kauf angeboten. Da jedoch die landlosen Bauern nicht in der Lage waren, die hohe monatliche Zahlung für die Kaufsumme des an sie verteilten Landes aufzubringen, gelangte der größte Teil des Landes wieder in die Hände der Großgrundbesitzer.

Das Ergebnis der Bodenreform war, daß die meisten Bauern entweder gar kein Land⁺ oder nur sehr kleine Flächen, 1 bis 10 Stremmata⁺⁺, bekamen (Abdelidis 1976:19).

Obwohl diese Reform die Produktionsverhältnisse auf dem Lande nicht wesentlich verbesserte, war sie doch der erste Schritt zu dem heute vorherrschenden System des bäuerlichen Kleinbesitzes. Die Bodenreform von 1871 brachte für die meisten Landlosen keinen echten Fortschritt. Die Lebensbedingungen waren immer noch unmenschlich. Die Bauern hatten wie in alten Zeiten die Hälfte oder ein Drittel ihres Ertrages an den Großgrundbesitzer als Pacht abzuführen.

⁺280.000 Stremmata wurden an 245.000 Familien verteilt (vor allem an Bauern ohne Grundbesitz).

⁺⁺10 Stremmata entsprechen 1 Hektar.

Für das Vieh, das in der Regel den Bauern nicht gehörte, mußten sie für die Nutzung und Futter überhöhte Preise bezahlen (Mpousdras 1951:2). Darüber hinaus konnte der Großgrundbesitzer nicht nur den Pächter, sondern auch seine Familie⁺ zu Dienstleistungen heranziehen.

Die Situation auf dem Lande spitzte sich laufend zu. Die Bauern zeigten immer häufiger, daß sie nicht bereit waren, sich ihrem Schicksal kampflos zu ergeben. So kam es ab 1880 wiederholt zu Protestbewegungen. Die Reaktionen der Regierung waren jedesmal Gewalt und Unterdrückung. Höhepunkt der bäuerlichen Widerstandsbewegung war der große Aufstand in Kileler⁺⁺ 1910, in dem die thessalischen Bauern mit der Forderung der Zurückgabe des Landes in ihre Hände eine gerechte Bodenreform und die Entelgnung des Großgrundbesitzes verlangten. Der Aufstand wurde blutig

⁺Die Familie des Bauern mußte auf allen Gebieten unbezahlte Arbeit leisten. Lediglich das "Familienoberhaupt" wurde als (zu bezahlende) Arbeitskraft angesehen.

⁺⁺Kileler: Ort in Thessalia. Thessalia war eine große Präfektur in Mittell-griechenland; Großgrundbesitz war vorherrschend. Entelgnungen fanden nur gelegentlich statt. Günstige Voraussetzungen für den Aufbau einer Landwirtschaft in Thessalia boten sowohl die Klima- als auch die Bodenbedingungen. Aufgrund der ungleichen Anteile an Boden zugunsten einiger weniger machthabenden Großgrundbesitzer mußten die Bauern aktiver werden und sich verstärkt für ihre eigenen Rechte einsetzen. Ihre Aufstände galten als die ersten bewußt durchgeführten Bauernaufstände der griechischen Bauernbewegung nach der Befreiung von den Türken.

niedergeschlagen. Zum ersten Mal seit 1821 gab es wieder viele Tote. Um den Enteignungsfor-
derungen der Bauern entgegenzutreten, begannen
die Großgrundbesitzer, die Pächter von ihren
Ländereien zu vertreiben (1911). Angesichts die-
ser Ereignisse war die liberale Regierung Veni-
zelos gezwungen zu intervenieren. 1911 wurden
per Dekret die Vertreibungen eingeschränkt, erst
1914 jedoch gelang es, sie zu verbieten.

Unter dem Druck der Ereignisse in Kileler wur-
de eine Verfassungsänderung (Art. 17) vorge-
schlagen, die eine Bodenreform durch Enteignun-
gen von Großgrundbesitz ermöglichen sollte.

Nach Verabschiedung der neuen Verfassungs-
artikel legte die Regierung Venizelos ein Bo-
denreformgesetz vor. Den Großgrundbesitzern ge-
lang es jedoch, Enteignungen in großem Stil zu
verhindern; so wurden in Thessalia lediglich

1.064.700 Stremmata enteignet.⁺ Der Staat verteilte dieses Land an 7.522 Familien, die es nach einer gewissen Zeit durch eine Art "Mietkaufsystem" erwerben konnten (1914-1917).

"Das Agrargesetz vom 15. Februar 1923 schuf die Grundlagen für die Enteignung der Ländereien des Staates, der Städte und Gemeinden, der religiösen Orden und der gewohnheitsmäßig im Ausland lebenden Grundbesitzer. Der übrige private Grundbesitz unterlag der Enteignung, soweit er nach der Bevölkerungsdichte die Höchstgrenze von 50 ha bis 200 ha überstieg" (Tornow 1975:107). Die Bauern hatten den Betrag in monatlichen Raten abzuführen.

Tabelle 1
Die Enteignung des Großgrundbesitzes 1917-1925

Enteignete Ländereien pro Jahr

<u>Jahr</u>	<u>Zahl der Ländereien</u>
1917	-
1918	1
1919	-
1920	63
1921	12
1922	642
1923 } — — — —	561
1924 }	
1925 }	

(Sideris 1933:181).
(Dazu gibt es keine Flächenangaben).

⁺ Presse der Zeit: Äonas, den 21.10.1914 und 01.11.1916.

Gegen den zähen und anhaltenden Widerstand der Großgrundbesitzer und ihrer politischen Parteien wurde die Bodenreform in den nächsten siebenundzwanzig Jahren nur schleppend verwirklicht. Bis 1938 wurden 8.311.723 Stremmata an 140.306 Familien verteilt (Stefanidis 1940: 396).

Die agrarische Besitzstruktur ist nach 1938 nicht mehr entscheidend durch Großgrundbesitz⁺ gekennzeichnet. Gleichzeitig ist eine bedeutende Erhöhung des kultivierten Ackerbodens zu verzeichnen, was die folgenden Tabellen zeigen:

⁺ Seitdem gibt es Kleinfamilienagrarbetriebe, die aus verstreuten Ackerflächen bestehen (Erbrecht, Parzellenbodenstruktur). Der Großgrundbesitz beträgt nur 3% - 5% der gesamten Ackerbodenfläche und ist deswegen nicht entscheidend für den Charakter der Bodenstruktur. Die Bodenstruktur und die damit verbundenen Bewässerungsprobleme sowie das besondere Familienerbrecht stellen für Griechenland besondere Hindernisse bei der Errichtung größerer Betriebe dar.

Tabelle 2
I

<u>Anbaufläche</u> <u>(in Hektar)</u>	<u>Jahr: 1924/26</u>	<u>Jahr: 1937/39</u>	<u>Steigerungsrate %</u>
Baumwolle	16.000	80.000	400 %
Viehfutter	45.000	134.000	187 %
Frischgemüse	27.000	87.000	168 %
verschiedene Obstsorten	20.000	51.000	150 %
Hülsenfrüchte	54.000	119.000	119 %
Getreide	1.074.000	1.619.000	50 %
Tabak	100.000	120.000	20 %
Must			
Tafeltrauben	-	255.000	27 %
Rosinen	-		

Tabelle 2_{II}
Kultivierte Anbaufläche

<u>Jahr</u>	<u>Hektar</u>
1922	1.245.298
1929	1.520.000
1932	1.920.972
1937	2.415.498
1938	2.700.000

(Vergopoulos 1975:194).

Eine andere Auswirkung der Bodenreform war die Zerstückelung der kultivierten Ackerfläche und das Entstehen einer großen Anzahl von kleinen Familienbetrieben. Durch die Funktionsweise der Marktmechanismen wurde die griechische Landwirtschaft, die jetzt zum größten Teil aus Kleinstagrarbetrieben bestand, in das kapitalistische System integriert. Zuständig für die Kreditvergabe war jetzt die neugegründete Agrarbank⁺(1929), und die Bauern waren nicht darauf angewiesen, Kredite von den Großgrundbesitzern zu Wucherzinsen aufzunehmen.

⁺ Seit 1929 war die neugegründete Agrarbank für den landwirtschaftlichen Sektor zuständig; zuvor hatte die Nationalbank diese Aufgabe zu erfüllen.

3. Das Agrarproblem Griechenlands und die Nach- kriegszeit

3.1 Die Zunahme der landlosen Bauern nach dem kleinasiatischen Krieg. Die Gründung der ersten Agrargenossenschaften, das Agrargesetz und die Agrarbank.

1913 wurde als Ergebnis des zweiten Balkankrieges der größte Teil Makedoniens und Ipirus von Griechenland annektiert. Dort glichen die Produktionsverhältnisse auf dem Lande denen Griechenlands vor der Befreiung.⁺ Die neue Bevölkerung verdoppelte die Zahl der landlosen Bauern in Griechenland auf einen Schlag. In dieser Situation begannen sich Agrargenossenschaften als Selbsthilfeorganisationen der ländlichen Bevölkerung zu bilden. Der wichtigste Grund für die Zusammenschlüsse war zunächst der Mangel⁺⁺ an Kapital für die nötigen Investi-

⁺Vgl. Agianoglou 1980:287

⁺⁺Vgl. Welsser 1968:103

tionen. Die Agrargenossenschaften sollten gegenüber den Banken als Kreditnehmer fungieren und so den Kleinbauern den Zugang zu den dringend benötigten Krediten ermöglichen. Entsprechend dem Entwicklungsstand der griechischen Wirtschaft waren die meisten Genossenschaften Agrargenossenschaften. Bis 1913 gab es nur zehn gewerbliche Genossenschaften, wogegen es 1915 hundertfünzig Agrargenossenschaften gab (De-kazos 1926:6).

1915 wurde das Gesetz⁺ "N.602 1914/15" verabschiedet, das mit wenigen Änderungen bis 1979 in Kraft war. Dieses Agrargenossenschaftsgesetz war von deutschen und österreichischen

⁺Das sogenannte Genossenschaftsgesetz
Dazu vgl. Panos 1962:228: "Wegen des Vorherrschens des Kleinbetriebes in der Landwirtschaft Griechenlands ist es nicht verwunderlich, daß das Genossenschaftswesen auf dem Lande eine starke Verbreitung gefunden hat. Ist doch die durchschnittliche Größe der etwa 1 Million betragenden landwirtschaftlichen Betriebe ca. 35 Stremmata, das sind etwa 3,5 ha, eines nicht immer fruchtbaren Bodens. Ca. 860.000 Landwirte, das sind 85,5 v.H. der Gesamtzahl, besitzen eine Fläche bis höchstens 5 ha. Der Rest (14,5 v.H.) verteilt sich auf die Größe von 5-50 ha. Bezeichnend ist, daß fast 300.000 Landwirte weniger als ein ha Land besitzen".

Vorstellungen stark beeinflusst⁺ (Mavrojiannis 1979:141).

In den zwanziger Jahren nahm die Zahl der Agrargenossenschaften erheblich zu, 1920 zählte man schon 1.100 in ganz Griechenland. Sie dehnten sich besonders in den agrarisch bestimmten Landestellen aus. Hauptgrund für diese Expansion war der Flüchtlingsstrom aus Kleinasien, der nach dem verlorenen Krieg mit der Türkei 1922 nach Griechenland kam (Vergopoulos 1975:177). Ein Großteil der 1,5 Millionen Flüchtlinge war - wie die Bevölkerung des Mutterlandes - Bauern. Sie wurden als Kleinbauern auf den Staatsländereien der Ethniki Gi angesiedelt. Ihre Betriebe waren - ebenso wie die aus den Verteilungen der Bodenreform bis 1938 hervorgegangenen - klein und zerstückelt und von daher nicht rentabel zu führen. Die Inhaber waren daher gezwungen, sich einer Agrargenossenschaft anzuschließen.

Die Zerstückelung der Bauernhöfe belegt folgen-

⁺ Das Agrargenossenschaftsgesetz bevorzugte die Agrargenossenschaften unter Beachtung dieser ausländischen Richtlinien, wie z.B. die der Raiffeisen Agrargenossenschaften in ländlichen Genossenschaften und die der Schulze-Delitzsch Genossenschaften in den städtischen (gewerbetreibenden) Genossenschaften.

de Tabelle am Beispiel Thessalias und Makedonias:

Tabelle 3.
Thessalia

<u>Bauernhöfe %</u>	<u>Anzahl der räumlich getrennten Parzellen</u>
0,2	1
1	2
2	3
5	4
9	5
14,3	6
17,5	7
12	8
15,5	10

Makedonien

<u>Bauernhöfe %</u>	<u>Anzahl der räumlich getrennten Parzellen</u>
1,3	1
1,3	2
7	3
15,6	4
42	5
24,6	6
2,3	7
5,5	8

(Barbaresos 1949:54).

Die ersten Genossenschaften beschränkten sich im allgemeinen auf die Bauern einer Gemeinde und wurden später Agrargenossenschaften ersten

Grades genannt. Sie schlossen sich häufig mit anderen zu sogenannten Agrargenossenschaften zweiten Grades zusammen und umfaßten dann das Gebiet eines Kreises (Nomos).

1929 wurde die Agrarbank gegründet. Sie sollte den Bauern Kredite zu günstigen Konditionen gewähren. Die Hoffnung⁺ der Bauern blieb jedoch unerfüllt. Die Bank wurde nach kapitalistischen Gesichtspunkten mit dem Ziel der Ge-

⁺Den Bauern gelang es nicht, durch die Neugründung der Agrarbank mittel- und langfristige Kredite mit besseren Konditionen als vorher aufzunehmen. Das Kreditwesen funktionierte weiterhin so wie zuvor, d.h. mit kurzfristigen Krediten und nicht mit lang- oder mittelfristigen Krediten, wie es von den Bauern verlangt worden war. So blieben die Ansprüche der Bauern unerfüllt, denn die Agrarbank wurde nicht nach ihren Bedürfnissen eingerichtet (s. Tabelle 4).

Tabelle 4.
Kredite der Agrarbank (A.T.E.)

<u>Jahr</u>	<u>Mio Dr.</u>	<u>kurz-,</u>	<u>mittel-, langfristige</u>
1930	1.306	897,0	17,1
1931	1.354	932,0	35,8
1932	1.126	835,0	20,8
1933	1.364	883,0	26,6
1934	1.932	888,0	47,6
1935	1.917	1.110,0	80,1
1936	2.885	1.511,0	147,7
1937	3.873	1.771,0	315,2
1938	4.009	2.056,0	416,3
1939	4.316	2.223,0	417,8
1940	4.197	-	-

(Papagari-phalou 1973:187-191).

winnmaximierung geführt, von der der Staat als Hauptaktionär profitierte (Sideris 1933:303). Statt der dringend benötigten zinsgünstigen Kredite mit langen Laufzeiten erhielten die Bauern meistens kurzfristige Darlehen mit hoher Verzinsung.⁺ Zudem war die Verteilung der Gelder willkürlich und unterlag oft nicht nachprüfbaren Kriterien. Der Korruption war Tür und Tor geöffnet.

Da eine durchgreifende Reform des Agrarproblems ausblieb, verschlechterten sich die Lebensbedingungen der Landbevölkerung zusehends.

"Die Agrarreform wurde mangelhaft durchgeführt.

⁺ Dazu schreibt Alexopoulos (1981:64-65): "Die kurzfristige sowie die mittel- und langfristige Finanzierungspolitik der ATE (Agrarbank) ist weitgehend von der staatlichen Agrarpolitik, wie sie vor allem in den Fünf-Jahres-Plänen für die wirtschaftliche und soziale Entwicklung festgesetzt wird, bestimmt. Außerdem muß die Finanzierungspolitik der ATE im Einklang mit der jeweiligen staatlichen Konjunktur sowie der Geld- und Kreditpolitik stehen....Die kurzfristigen Darlehen sind 'sicherer', da sie nur eine Laufzeit von wenigen Monaten haben. Außerdem bringen sie der ATE höhere Gewinne, weil sie zu höheren Zinssätzen als die mittel- und langfristigen Darlehen gewährt werden....Die Politik der ATE zugunsten des kurzfristigen Kapitalbedarfs des Agrarsektors hatte negative Auswirkungen auf ihn. Die Bedeutung der kurzfristigen Darlehen ist sicher nicht zu übersehen. Auf der anderen Seite ist aber die mittel- und langfristige Darlehensgewährung diejenige, die die langfristige Entwicklung und Struktur des Agrarsektors hauptsächlich beeinflusst".

Es folgte eine Periode von Putschversuchen und Regierungskrisen, in der der Staat allerdings umfangreiche Investitionen in die Infrastruktur durchführte und viele Maßnahmen zur Förderung des wirtschaftlichen Wachstums in die Wege leitete. Die Wirtschaftskrise von 1932 und die von ihr hervorgerufene große Arbeitslosigkeit wurden von der alten, erzkonservativen Oligarchie ausgenutzt, um die Macht zu erobern und im Jahre 1935 eine Diktatur zu errichten" (Nikolinakos 1969:12).

Hinzu kam von 1929-1932 die Weltwirtschaftskrise, die zu einer weiteren Verschärfung der Lage führte. Mehr als 83% aller Bauern hatten hohe Schulden, zusammengerechnet 13 Milliarden Dr. (Evelpidis 1944:137).

3.2 Die Diktatur Metaxas und ihre populistischen Maßnahmen für die Landwirtschaft.

1936 errichtete Metaxas eine Diktatur, die bis

1941 andauerte. Sein populistisches⁺ Programm - was die Bauern anbetraf - basierte auf Antikommunismus und Antiparlamentarismus. Mit der Unterstützung des Königs Georg II wurden die politischen Parteien und die Gewerkschaften verboten, die bürgerlichen Freiheiten aufgehoben und alle politischen Gegner verfolgt. Eine Welle von Terror und Verfolgung ging über das Land. Viele politische Gegner des Regimes wurden getötet, eingesperrt oder ins Exil getrieben. Um sich die Unterstützung der Landbevölkerung zu sichern, wurde das Gesetz 677/1937 verabschiedet. Danach wurden alle Schuldzinsen der Bauern, die bis zum Tag der Inkrafttretung des Gesetzes fällig waren, getilgt; die Zinsen für die Zeit nach dem Stichtag um 3% gemindert und die Laufzeit der Kredite verlängert. Wenn die Schulden 60% des Wertes eines Bauernhofes

⁺ Diese Maßnahmen Metaxas waren: die Tilgung der Schuldzinsen, die Verlängerung der Laufzeit der Kredite sowie die Erlassung der Schulden, wenn sie mehr als 60% des Wertes eines Bauernhofes betrug. Für die Bauern stellten diese Veränderungen vorerst eine Erleichterung dar, sie trugen jedoch nicht zur Verbesserung des Lebensstandards, sondern zur Reproduktion der Machtverhältnisse auf dem Lande bei, weil die Bauern durch die gestiegenen Lebenskosten gezwungen waren, sich durch Kredite weiterhin zu verschulden. Metaxas veranlaßte dieses Programm nicht, um den Bauern zu helfen, sondern um die Revolution der existenzgefährdeten Bauern zu verhindern und ihre Abhängigkeit vom Bankkapital zu festigen.

überschritten, wurden sie ganz erlassen (Pour-naras 1960:103). Diese Maßnahmen konnten und sollten die Strukturen auf dem Lande nicht revolutionieren, verhinderten aber den totalen Zusammenbruch der bäuerlichen Produktion und sicherten so die Voraussetzungen für die weitere Ausbeutung der Bauern (Vergopoulos 1975:185). Auch die Selbstverwaltung der Agrargenossenschaften wurde beseitigt, indem die Verwaltungs- und Aufsichtsräte von der Diktatur eingesetzt wurden. Die Genossenschaften wurden so zu exekutiven Organen der Regierung.⁺

Unter der Diktatur herrschte auf allen Stufen der Verwaltung Korruption. Die Lebensbedingungen der Bevölkerung blieben miserabel. 80% der arbeitenden Bevölkerung verdienten weniger als die Hälfte des Nationaleinkommens, während eine 20%-Minderheit die andere Hälfte für sich beanspruchte (Sboronos 1972:131). Das Gesundheitswesen war in einem erbärmlichen Zustand. Ärzte gab es nur in den Städten, die ärztliche Versorgung der Landbevölkerung war katastrophal. Die Säuglingssterblichkeit betrug in den Jahren 1934-1938 11,2% (Meynaud 1966 1:23). Weder für das Bildungswesen noch für die Landwirtschaft

⁺Wiedergegeben nach Abdelidis (1976:72).

hatte die Diktatur ein Programm.

Im Endergebnis brachten die Jahre zwischen dem verlorenen Krieg mit der Türkei 1922 und der Verwicklung Griechenlands in den Zweiten Weltkrieg eine große Auswanderungswelle von fast 930.000 Griechen, vorwiegend in die USA.⁺ Auf diese Weise wurde dem griechischen Mutterland ein großer Teil seiner besten Arbeitskräfte entzogen, denn die meisten Auswanderer waren zwischen 18-35 Jahre alt.

3.3 Die Besatzungszeit und die Bedeutung der Agrargenossenschaften für die Versorgung der griechischen Bevölkerung.

1940 wurde Griechenland von Italien und Deutschland überfallen und bis 1944 besetzt gehalten. Die hohen Abgaben, die Griechenland an die Besatzungsmächte zu zahlen hatte, legten die gesamte Wirtschaft lahm. 73% der Handelsmarine wurden zerstört, die Agrarproduktion fiel auf 70% des Vorkriegsniveaus zurück. Die Folge waren Hungersnot und Elend. Durch Kriegseinwir-

⁺Weitere Informationen bei Fischer/Rondholz/Farakos 1974:27-29.

kung und Hunger kamen 7-8% der Bevölkerung ums Leben, allein 300.000 verhungerten.

Während der Besatzungszeit nahm die Zahl der Agrargenossenschaften sprunghaft zu. In Makedonia und Thessalia hatte sich die Zahl der Agrargenossenschaften fast verdoppelt, die Mitgliedschaft der 17 Agrargenossenschaften zweiten Grades⁺ in Zentral- und Westmakedonia verdreifachte sich von 65.000 auf 180.000 (Abdelidis 1976:77). Die Agrargenossenschaften versuchten, die Versorgung ihrer Mitglieder mit Lebensmitteln sicherzustellen; bei Notsituationen halfen einzelne Agrargenossenschaften sich gegenseitig mit Getreide und anderen lebensnotwendigen Gütern aus. Dadurch traten sie der Ausbreitung des schwarzen Marktes auf dem Land entgegen.⁺⁺ Gleichzeitig bildeten sie einen gewissen Schutz vor willkürlichen Ausplünderungen der Landbevölkerung durch die Besatzungstruppen. Schließlich bildeten die Agrargenossenschaften die personelle und logistische Basis für die

⁺s. Seite 89, 90.

⁺⁺Mündliche Informationen von Genossenschaftsmitgliedern in Zentralmakedonien.

E.L.A.S⁺. Viele Bauern schlossen sich den Agrargenossenschaften an, weil sie darin eine Möglichkeit sahen, den Krieg zu überleben, denn die Agrargenossenschaften hatten die Versorgung eines großen Teils der Bevölkerung erst ermöglicht. Am 12. Oktober 1944 zog die Besatzungsarmee aus Athen ab.

Nach dem Krieg nahm die Zahl der Agrargenossenschaften ständig zu. Waren es 1943 während der Besatzung noch 6.553, so wuchs ihre Zahl im folgenden Jahr auf 6.621, und 1945 gab es bereits 7.017 Agrargenossenschaften mit insgesamt 500.000 Mitgliedern (M. Landwirtschaftliches Magazin, 1945 III).

Die Regierung der nationalen Einheit unter Georgios Papandreou mit Beteiligung der E.A.M.-E.L.A.S kehrte aus dem Exil zurück. Gleichzeitig landeten britische Truppen auf dem griechischen Festland.

Aber die Befreiung brachte Griechenland keinen Frieden. 1944 brach der Bürgerkrieg aus zwischen der E.A.M.-E.L.A.S unter entscheidender Führung der kommunistischen Partei Griechenlands, die für die Unabhängigkeit des Landes kämpfte und einer Front von Besatzungskollabo-

⁺ Erzählungen von Kämpfern der Résistance
E.A.M./E.L.A.S

rateuren und extrem rechten Kräften⁺, die von den Briten unterstützt wurden. Der Bürgerkrieg dauerte - mit kurzen Unterbrechungen - bis 1949.

3.4 Die politische Abhängigkeit Griechenlands von den USA und der Militärputsch vom 21. April 1967

Nachdem sich die Briten 1947 aus Griechenland zurückgezogen hatten, übernahm der amerikanische Präsident Truman die Unterstützung der antidemokratischen Bürgerkriegsparteien. War Griechenland von 1944-1947 faktisch ein britisches Protektorat, so geriet es jetzt in amerikanische Abhängigkeit.

"Es galten ausschließlich die Wünsche und Ansichten der USA Botschaft. Doch der amerikanische 'Schutz' beschränkte sich nicht nur auf die griechische Regierung, sondern kontrollierte auch die Verwaltung, ein Verfahren, das bereits von Engländern angewandt worden war" (Korisis 1980:38).

Ökonomischer Hebel für diesen weitgehenden Ein-

⁺Sympathisanten der Metaxasdiktatur.

fluß der USA war zunächst die Wirtschaftshilfe, die überwiegend als Militärhilfe zur Aufrüstung Griechenlands diente und erst in zweiter Linie Wirtschaftshilfe im eigentlichen Sinne war.

"Imperialistische Staaten und Monopole üben weitgehenden Einfluß auf Richtung und Tempo der wirtschaftlichen Entwicklung Griechenlands aus. Nach 1945 übernahm der USA-Imperialismus die beherrschende Position, die zwischen den beiden Weltkriegen der britische Imperialismus innehatte. Ausgehend von der berüchtigten 'Truman-Doktrin' stellten die USA seitdem über 4 Md. US\$, sog. Militär- und Wirtschaftshilfe, für Griechenland bereit. Sie trug wesentlich zur Erhaltung des kapitalistischen Herrschaftssystems in Griechenland und zu seinem Ausbau als militärstrategische Basis des Imperialismus bei" (Müller 1975:239).

Tabelle 5.

US-Hilfsgelder 1947-1964 in Mio. \$

Kredite	127,3
Wirtschaftshilfe	962,4
Militärhilfe	1.720,6

(Nikollinakos 1976:67)

Das Wirtschaftssystem geriet in die Abhängigkeit vom amerikanischen Kapital. So wurden von 1953-1966 von den USA 229 Mio \$ in Griechenland investiert, was 32% aller ausländischen Investitionen entsprach. Die Entwicklungsprioritäten lagen in den Städten statt auf dem Lande, und statt Landwirtschaft und Schwerindustrie wurden die verarbeitende Industrie und das Dienstleistungsgewerbe entwickelt.⁺

Unmittelbare Folgen waren Landflucht und Emigration der vornehmlich ländlichen Bevölkerung. Sie gingen als Gastarbeiter nach Belgien, Holland und in die BRD. Ursache war häufig wirtschaftliche Not. Die Landbevölkerung in weiten Teilen des Landes verfügte nicht einmal über das Existenzminimum, denn es gab auch jetzt noch viele landlose Bauern. Als Folge der Landflucht veränderte sich das Stadt-Landverhältnis der Bevölkerung zugunsten der Städte. 60% der Bevölkerung konzentrierte sich auf Athen (Meynaud 1966:57).⁺⁺

1964 kam die demokratische Zentrumsunion

⁺Vgl. Amin (1975:186).

⁺⁺In erster Linie suchten landlose Bauern einen Ausweg durch die Flucht in Großstädte, denn hier hatte bereits die Industrialisierung Einzug gehalten.

(E.K.)⁺ mit Georgios Papandreou als Premierminister an die Regierung. Es begann eine Zeit der Reformen, hauptsächlich im Bereich des Bildungswesens und des Agrarsektors. Die Regierung versuchte, eine nationale und unabhängige Politik zu betreiben, insbesondere sollte die Abhängigkeit von den USA gelockert werden. So wurde z.B. der Regierung durch Gesetz verboten, geheimdienstliche Informationen an den CIA weiterzuleiten (Meynaud 1974 II:38). Der Widerstand der amerikafreundlichen Rechten formierte sich unter Führung des Königs, der durch seinen Staatsstreich vom 15. Juli 1965 Papandreou zum Rücktritt zwang.

Unter einer Reihe von Übergangskabinetten wurde die politische Situation immer instabiler,

⁺"In den zwei Jahren (1963-1965), in denen sie die Macht ausübt, treten die Forderungen und die Interessen der breiten Massen des griechischen Volkes in den Vordergrund. Das Entwicklungsproblem wird durch eine Steigerung der Nachfrage (keynesscher Fall), die Intensivierung der Investitionen in die Infrastruktur und auf dem Gebiet der Bildung angepackt. Weiter werden die den ausländischen Monopolunternehmen von den früheren Rechtsregierungen gewährten Privilegien (Socny, Esso-Pappas, Pechiney) teilweise reduziert. Die Gewerkschaften werden von der Kontrolle durch den Staat und das Kapital, vertreten durch die langjährigen rechtsgerichteten Führer, befreit. Gleichzeitig werden durch eine umfassende Planung die Grundlagen für die Entwicklung gelegt. Die Politik der Zentrumsunion bleibt trotzdem neo-liberal" (Nikolinakos 1969:17).

bis schließlich nach mehreren politischen Skandalen am 21. April 1967 die Armee putschte und eine Militärdiktatur unter Papadopoulos, Patakos, Makarezos errichtete. Wieder⁺ überzog eine Welle von Terror⁺⁺ und Verfolgung⁺⁺⁺ das Land.

⁺ s. Seite 53.

⁺⁺ Bakojiannis (1972:107) dazu: "Zahlreiche Gewerkschaftsfunktionäre wurden verhaftet, jede Gewerkschaftstätigkeit der Kontrolle der Sicherheitspolizei unterstellt. Keine Wahl durfte stattfinden, bevor die Polizei die Kandidatenlisten geprüft und genehmigt hatte. In den Gebäuden, in denen mehrere Gewerkschaften ihre Büros hatten, residierte ständig ein Polizist. Im Arbeitszentrum von Athen - einer Gewerkschaftseinrichtung - war eine ganze Gruppe von Polizisten unter Leitung eines Polizeioffiziers tätig, die alles überwachte....Durch diese und eine Vielzahl anderer Terror- und Einschüchterungsmaßnahmen ist es den Militärs gelungen, ihre Macht zu konsolidieren, nicht aber, sich im Volk eine Basis von Anhängern zu schaffen.... Die Angst ist es, mit der das Regime operiert".

⁺⁺⁺ Bericht Amnesty International:1973.

4. Die zunehmende Rolle des Bankkapitals und die Staatspolitik im Hinblick auf die Land- wirtschaft

4.1 Der letzte Akt der Bodenreform. Die Entwick- lung der griechischen Landwirtschaft im Ver- gleich zur gesamten Wirtschaft

1952 wurde der Artikel 102⁺ der Verfassung ge-
ändert und das Gesetz N2.185/1952 verabschiedet,
durch das 178.700 Stremmata landwirtschaftlicher
Nutzfläche an Landlose und Kleinbauern verteilt
wurden; davon waren 85.000 Stremmata aus dem Be-
sitz von Einrichtungen öffentlichen Rechts und
28.000 Stremmata kirchlicher Grundbesitz.

125.000 Bauernfamilien kamen in den Genuß dieses
Gesetzes, davon waren 78.825 landlose Bauern
und 76.825 grundbesitzende Kleinbauern.

Das Ergebnis auch dieser Landreform waren klei-

⁺ Der Artikel 102 besagt, daß Enteignungen nur
bei Privatpersonen durchgeführt werden können.
Das Gesetz N2.185/1952 läßt Enteignungen auch
bei kirchlichem Grundbesitz und bei dem Grund-
besitz öffentlicher Einrichtungen zu.

ne⁺ und teilweise weitverstreute und daher unrentabel arbeitende Bauernhöfe.

⁺"In Griechenland behindern die Bodenstruktur, Bewässerungsprobleme und das Erbrecht die Schaffung größerer Betriebe ... Schwierige Klima- und Bodenverhältnisse, ungenügende Größe, fehlende Mechanisierung, die Überalterung der landwirtschaftlichen Bevölkerung und unzureichende Berufsausbildung hemmen die Entwicklung" (Groeben 1973:30).

Tabelle 6.

Anbaufläche der Bauernhöfe im Jahr 1929, 1950, 1961, 1971

Jahr	Zahl der Familienbetriebe	Anbaufläche	durchschnittliche Größe der Familienbetriebe in Hektar
1929	953.367	3.595.988	3,77
1950	1.006.937	3.605.500	3,59
1961	1.139.379	3.673.276	3,22
1971	1.047.600	3.586.294	3,42

(Vergopoulos 1975:213).

Ein wesentliches Merkmal der griechischen Landwirtschaft ist eher die Tendenz zur Zerstückelung des Bodens als eine Konzentrierung (Vergrößerung der Anbaufläche eines Familienbetriebes). Daran konnte auch die Landflucht (Abwanderung der Landbevölkerung in die Städte und Emigration ins Ausland) nichts ändern.

Der Durchschnittswert von drei Beschäftigten in einem Familienbetrieb ist ein zusätzlicher Beweis dafür, daß man hier auf keinen Fall von einer kapitalistischen Entwicklung der Landwirtschaft im Sinne z.B. des "farming capitalist" reden kann. Die durchschnittliche Größe betrug z.B. 1960 36 Stremmata (Kellias 1962:224-225). Bis 1961 war die Mehrheit der arbeitenden Bevölkerung in der Agrarproduktion beschäftigt, ihr Anteil betrug 56% (Bank von Griechenland/Bericht 1963). Der größte Teil des B.S.P wurde in der Landwirtschaft erarbeitet.

Tabelle 7.
Prozente der Produktionssteigerung in absoluten Preisen

	1957	1958	1959	1960	1961	1962 ⁺	1963 ⁺	1964 ⁺	1965 ⁺
BSP ⁺⁺	8,5	3,0	4,7	3,5	10,8	2,8	8,0	8,6	7,2
Ind ⁺⁺⁺	6,2	9,2	2,6	8,1	7,4	-	10,9	9,6	9,0
Lan ⁺⁺⁺⁺	11,5	-7,5	4,9	-6,9	17,6	-7,3	7,8	6,3	2,5

(Nationalstatistik der Jahre 1957-1965).

⁺: statt BSP BNP

⁺⁺ Das heißt Bruttosozialprodukt

⁺⁺⁺ " Industrie

⁺⁺⁺⁺ " Landwirtschaft

Die vorliegende Tabelle zeigt als weitere wichtige Tatsache, daß die landwirtschaftliche und industrielle Produktion im Jahre 1957 in gleichsinniger Entwicklung erfolgten, ab 1958 sich jedoch ein zunehmendes Überwiegen der industriellen Produktion abzeichnete.

Während von 1955-1970 das BNP jährlich um durchschnittlich 7% stieg, betrug die Zunahme der jährlichen Bruttoproduktion der Landwirtschaft nur 3% (Vergopoulos 1975:200). Ursache für das Zurückbleiben der landwirtschaftlichen Produktion war, daß das verfügbare Kapital in steigendem Ausmaß in andere Wirtschaftsbranchen investiert wurde.

Tabelle 8.

Investitionen in %

	<u>1950</u>	<u>1955</u>	<u>1960</u>
Landwirtschaft	11,0	11,5	12,5
Verarbeitungsbranche	15,2	13,8	7,4
Verkehrsnetz	24,5	22,0	41,0
Wohnungsbau	31,9	31,8	21,2

(Nationalrechnungen Griechenlands 1948-1970: 128-129, Statistische Epitirisi 1975:423).

Aus der Tabelle ist außerdem ersichtlich, daß die Investitionen zum Überwiegenden Teil in den sekundären und tertiären Sektor flossen und Investitionen in Primärindustrien in nennenswertem Ausmaß nicht stattfanden.

Die Handelsbilanz war immer defizitär mit tendenzieller Zunahme des Defizits. Einen gewissen Ausgleich schafften der Tourismus⁺, die Handelsmarine, Überweisungen der im Ausland arbeitenden Griechen sowie das in Form von Krediten oder Wirtschaftshilfe importierte Kapital.

80% der Exporte bestanden 1960 aus Agrarprodukten, Halbfertigprodukten, und nicht verarbeitete Metalle machten 14% aus, 6% betrugen die Industrieexporte. Die Importe bestanden vorwiegend aus Industrieprodukten 26%-28%, Kapital 24%-27%, Rohstoffen 22% und Lebensmitteln 15%-16% (Bank von Griechenland, März 1970: 74-75).

⁺"Auch der Dienstleistungsbereich mit dem Schwerpunkt Tourismus bietet längst nicht so viele Arbeitsplätze, wie zu einer durchgreifenden Reduzierung der landwirtschaftlichen Beschäftigten erforderlich wären. Die Entwicklungsmöglichkeiten müssen eher zurückhaltend beurteilt werden, da der Tourismus stark konjunkturabhängig ist" (Bougioukos 1977:71).

4.2 Die Vernachlässigung der Landwirtschaft

Obwohl die Landwirtschaft eine so überragende Rolle im Export spielte und ein großer Teil des BNP von ihr erwirtschaftet wurde, wurde sie von der staatlichen Wirtschaftspolitik und den privaten Investoren sträflich vernachlässigt.

Das in Straßenbau und Luxuswohnungen investierte Kapital fehlte bei der Mechanisierung der Landwirtschaft zum Einkauf von Traktoren und Maschinen. Außerdem wurde von staatlicher Seite nichts unternommen, die berufliche Bildung der Bauern zu verbessern und den Bedürfnissen einer modernen Landwirtschaft anzupassen. Die Jahrhundertealten Anbaumethoden blieben fast unverändert in Gebrauch und mit ihnen wurden die traditionellen Agrarprodukte beibehalten.

Tabelle 9.
Agrarproduktion 1950-1965 in tausend t -----

	<u>Weizen</u>	<u>Reis</u>	<u>Baumwolle</u>	<u>Tabak</u>	<u>Gemüse</u>
1950	850	32	79	58	736
1955	1.337	61	189	97	922
1960	1.666	55	184	64	1.136
1965	2.672	104	228	126	1.140

Tabelle 10.

Durchschnittliche Agrarproduktion in Kilog. pro Stremma

	<u>Weizen</u>	<u>Reis</u>	<u>Baumwolle</u>	<u>Tabak</u>	<u>Gemüse</u>
1950	980	3.298	1.026	580	27.921
1955	1.286	3.476	1.139	754	27.800
1960	1.457	3.928	1.115	680	27.642
1965	1.647	4.333	1.676	954	25.996

(Nationalstatistik Griechenlands, statistisches Eptiris (statistisches Magazin) des Landes, 1967:178-180).

Dazu die Vergleichstabelle zwischen den Jahren vor dem Zweiten Weltkrieg und danach:

Tabelle 11.

Durchschnittliche Agrarproduktion in Kilog. pro Stremma

	<u>Vorkriegszeit</u>	<u>Nachkriegszeit</u>
Weizen	576- 694	1.400
Mais	976	1.440
Baumwolle	715	1.320
Kartoffeln	6.930	11.030-11.480
Reis	2.020	3.492- 4.096

(Christodoulou 1961-1962XII:4).

Daraus resultiert eine jährliche Zunahme des Bodenertrages von ca. 2% in einem Zeitraum von 20 Jahren (1940-1960).

Obwohl ein großer Teil der Bevölkerung in Griechenland auf dem Land ansässig war (1960 45%,

1971 33%), beträgt seine Teilnahme am Bruttoinlandprodukt nur 17% (1971); das bedeutet, daß die Landwirtschaft im Vergleich zu der großen Zahl der beschäftigten Bauern uneffektiv gear-
beltet hat. Diese Vernachlässigung der Land-
wirtschaft hatte die Flucht⁺ der ländlichen
Bevölkerung in die Städte und die Abwanderung
von Wirtschaftsemigranten in die kapitalisti-
schen Metropolen Westeuropas zur Folge. Allein
1964 gingen 200.000 Arbeitskräfte in die BRD.

⁺ Die Unterbeschäftigung und Arbeitslosigkeit zwangen die Bauern dazu, andere Arbeitsplätze entweder in den Städten oder im Ausland zu suchen. Die Urbanisierung der Städte verstärkte sich 1960; dabei mangelte es aber an neuen Arbeitsmöglichkeiten, weil zumindest die Industrie noch nicht so weit entwickelt war; aus diesem Grund konnte sie die Bauern nicht absorbieren. Aus dieser Situation heraus entstand rasch die Reservearmee der Bauern, das elende "Proletariat der Städte". Die Orientierung Griechenlands am internationalen Markt und das Streben nach einer abhängigen Wirtschaft forderten ihre ersten Opfer.

Tabelle 12.
Zahl der Auswanderer

	Überseelsche		Westeuropäische	
	Länder	%	Länder	%
1960	47.768	17.764	26.927	56,4
1961	58.837	17.336	39.564	67,2
1962	84.054	21.959	60.754	72,3
1963	100.072	24.459	74.236	74,2
1964	105.569	25.327	79.489	75,3
1965	117.167	29.036	87.242	74,5
1966	86.896	33.093	53.050	61,0

(Nationalstatistik Griechenlands, statistisches Jahrbuch (statistische Epitiris gr.), Athen 1964:43-45).

4.3 Die zunehmende Abhängigkeit der Bauern vom Bankkapital

Nach dem Zweiten Weltkrieg war die Anzahl der Agrargenossenschaften leicht gestiegen, jedoch waren ihre Einflußmöglichkeiten durch die Regulierungspolitik (durch die Gesetzgebung und den staatlichen Dirigismus) begrenzt. Der größte Teil beschränkte seine Aktivitäten auf die Rolle von Kreditverteilern im Auftrag der Agrarbank, ohne dabei Einfluß auf die Geschäftspolitik der Bank zu nehmen. So konnten sie nicht über die Höhe und die Konditionen der aufgenommenen Kredite mitentscheiden. Unverändert wurden von der Bank Kredite mit ungünstigen Bedingungen wie kurze Laufzeit, hohe Zinsen⁺ und Tilgung an die Bauern vergeben, ohne daß es den Agrargenossenschaften gelungen wäre, für ihre

⁺Zinsen (6% kurzfristig, 2%-7% mittel- und langfristig).

"Die Agrarbank gibt durch ihre über das ganze Land verteilten Filialen je nach dem Bestimmungszweck der Gelder kurz-, mittel- und langfristige Kredite. Die Totalsumme der von ihr im Jahre 1959 an die Landwirtschaft gewährten Kredite betrug ca. 4.800 Millionen Drachmen, davon 77,6 v.H. über die Genossenschaften. Spezieller wurden die kurzfristigen Kulturdarlehen in Höhe von 2.800 Millionen Drachmen zu 72,4 v.H. über die Genossenschaften gewährt, was genau dem prozentualen Anteil der genossenschaftlich organisierten Landwirte an der gesamten Landwirtschaft entspricht" (Panos 1962:231).

Mitglieder entscheidend bessere Konditionen zu erlangen. Fast 70% der kurzfristigen Kredite wurden von Genossenschaftsbauern aufgenommen und 30% von nicht organisierten Bauern. In der Phase forcierter staatlicher und privater Investitionen auf dem Bau- und Tourismussektor (1950-1960) und der Vernachlässigung der Landwirtschaft kam es zu einem prozentualen Rückgang des schon niedrigen Pro-Kopf-Einkommens der bäuerlichen Bevölkerung.

Tabelle 13.
Brutto-Pro-Kopf-Einkommen in Drachmen

Jahr	BPE ⁺		BbPE ⁺⁺		BPE und BbPE	
	1P	SP	1P	SP	1P	SP
	1P	SP	1P	SP	1P	SP
1950-1951	4.280	7.220	2.580	4.150	60,0	57,5
1960-1961	11.750	11.210	6.520	6.430	55,5	57,4
1967-1968	22.650	17.450	12.550	9.050	55,4	51,8

(KamarInou 1977:143).

⁺BPE : Brutto-Pro-Kopf-Einkommen

⁺⁺BbPE: Brutto-bäuerliches-Pro-Kopf-Einkommen

⁺⁺⁺1P : laufende Preise

⁺⁺⁺⁺SP : stabile Preise

Das ständig zurückbleibende BbPE im Vergleich mit dem BPE zwang die Bauern, in immer größerem Maße Kredite aufzunehmen, um die laufenden Kosten zu bezahlen und das Existenzminimum halten zu können. Sie gerieten so in einen Teufelskreis mit laufend steigenden Schulden; denn, um die alten Kredite bedienen zu können, mußten sie neue aufnehmen. So stieg das Volumen der von der Agrarbank gewährten Kredite entsprechend von Jahr zu Jahr, und der Bauer wurde zunehmend vom Bankkapital abhängig. Gemildert wurde dieser Zustand nur durch staatliche Subventionen und Unterstützung durch im Ausland arbeitende Familienangehörige⁺.

⁺ Dazu vgl. Kamarinou (1977:92) und Bougloukos (1977:72): "Meist gehen nur einige männliche Familienmitglieder als Gastarbeiter für einige Jahre ins Ausland, um mit dem Arbeitsverdienst die zuhause gebliebenen Angehörigen und Verwandten zu unterstützen und nach der Rückkehr mit den Ersparnissen eine bessere Existenz aufzubauen. Die kleine Landwirtschaft wird beibehalten und von den Daheimgebliebenen versorgt. In einer 'modernen' Version läßt etwa der ehemalige Bauer von der Peloponnes und jetzige Industriearbeiter in der Bundesrepublik die notwendigen Pflegearbeiten in seinem ererbten Olivenhain von einem Nachbarn gegen Entgelt durchführen, erledigt die Ernte in seinem Urlaub mit Hilfe von Aushilfsarbeitern und verwendet den Erlös zur Abrundung seines Besitzes".

Tabelle 14.

Kredite der Agrarbank in Mio Drachmen

<u>Jahr</u>	<u>Summe</u>	<u>Jahr</u>	<u>Summe</u>
1950	1.322	1960	5.637
1951	1.801	1961	5.897
1952	1.672	1962	5.710
1953	2.186	1963	6.658
1954	2.778	1964	7.968
1955	2.910	1966	9.501
1956	2.918	1967	10.986
1957	4.932		
1958	5.395		

(Abteilung 1976:181).

5. Die Organisation der Agrargenossenschafts- bewegung

5.1 Vorbemerkung-Agrargenossenschaften ersten Grades

Die Gründung und die Arbeit der Agrargenossenschaften wurde durch das Gesetz 602/1914-15 geregelt, das mit leichten Änderungen (1930, 1932, 1946) bis 1979 galt. Danach gibt es drei Kategorien Agrargenossenschaften:

- Agrargenossenschaften ersten Grades⁺ be-

⁺"Die Genossenschaften, deren Mitglieder natürliche Personen sind, werden Einzel-, Individual- oder Primärgenossenschaften genannt. Diese Einzelgenossenschaften sind in allen Ländern mit einem entwickelten Genossenschaftswesen entweder auf Initiative von Einzelpersonlichkeiten oder aber - wie namentlich in wirtschaftlich weniger entwickelten Ländern - auf Initiative des Staates durch Zentral- oder Sekundärgenossenschaften gegründet worden" (Henzler 1962:32).

stehen aus mindestens sieben Bauern eines Dorfes⁺ oder einer Provinzstadt.

- Agrargenossenschaften zweiten Grades oder Union als Vereinigung von mindestens sieben Agrargenossenschaften ersten Grades. Diese Genossenschaften bestehen aus juristischen und nicht natürlichen Personen.

- Agrargenossenschaften dritten Grades, landesweite Organisationen, häufig mit staatlicher⁺⁺ Beteiligung am Ankauf, Verkauf, Vertrieb und der Verarbeitung eines bestimmten landwirtschaftlichen Produktes.

⁺Vgl. Draheim (1952:62): "Grundsätzlich wird man aber davon auszugehen haben, daß die genossenschaftliche Gruppe und der mit ihr zusammenhängende genossenschaftliche Gemeinschaftsbetrieb im Gegensatz zu erwerbswirtschaftlichen Unternehmungen in starkem Maße raumgebunden ist, und daß auch insoweit eine Begrenzung in der Zahl der die Unternehmung tragenden Mitgliederwirtschaften vorhanden ist".

⁺⁺Häufig beträgt die staatliche Beteiligung bis zu 51% des Anlagekapitals der Genossenschaft.

Eine Agrargenossenschaft ersten Grades⁺ besteht aus mindestens sieben volljährigen Personen, die eine eigene Landwirtschaft betreiben. Sie müssen ihren Wohnsitz, einen landwirtschaftlichen Betrieb oder Grundbesitz im Nomos (Verwaltungsbezirk) haben, zu dem die Agrargenossenschaft gehört. Diese Agrargenossenschaft darf höchstens das Gebiet zweier benachbarter Gemeinden - beispielsweise einer Stadt - umfassen. Mitgliedschaften in zwei Agrargenossenschaften gleichen Typs schließen sich aus.

Wer Mitglied werden will, muß einen bestimmten satzungsgemäßen Anteil kaufen. Der Anteil kann in monatlichen Raten von mindestens 104 Dr. bezahlt werden.

Bei Agrargenossenschaften mit beschränkter Haftung haftet das Mitglied nur in Höhe seines Anteils⁺⁺, bei Agrargenossenschaften mit unbeschränkter Haftung haftet das Mitglied in Höhe

⁺Dazu Heckt (1980:10): "Eine Primärgenossenschaft besteht aus den Teilgebildeten Personenvereinigung und Geschäftsbetrieb. Die Diskrepanz zwischen der Größe einer überschaubaren Personenvereinigung einerseits und der ökonomisch optimalen Größe des Geschäftsbetriebes führt zum genossenschaftlichen Dilemma".

⁺⁺Wiedergegeben nach Genossenschaftsgesetz 602/1914-15 (Art. 22).

seines gesamten persönlichen Vermögens⁺.

Alle Mitglieder bilden die Generalversammlung⁺⁺, die jährlich mindestens zweimal tagt.

Bei Agrargenossenschaften unbeschränkter Haftung hat Jedes Mitglied unabhängig von der Zahl seiner Anteile ein einfaches Stimmrecht.

Mitglieder von Agrargenossenschaften mit beschränkter Haftung haben eine zweite Stimme, sofern sie mehr als fünf Anteile besitzen. Ausnahmsweise können in Wein-, Öl-, Käse-, Obst- und Gemüsegenossenschaften bis zu fünf Stimmen von einem Mitglied gehalten werden⁺⁺⁺.

Die Generalversammlung beschließt die Satzung, die Höhe des Genossenschaftsanteils, den Namen

⁺Wiedergegeben nach Genossenschaftsgesetz 602/1914-15 (Art. 22).

⁺⁺Vgl. Schultz (1970:48-49): "Die Generalversammlung wird vielfach als höchste Instanz oder 'oberstes Organ' der Genossenschaft bezeichnet. Neben ihrer Zuständigkeit für Satzungsänderungen, wozu auch die Kapitalerhöhung und -herabsetzung gehören, und der Beschlußfassung über die Auflösung der Genossenschaft obliegt der Generalversammlung, namentlich die Wahrnehmung folgender Funktionen:

(1) Bestellung und Abberufung der Vorstands- und Aufsichtsratsmitglieder. Die Satzung kann die Bestellung der Vorstandsmitglieder auf den Aufsichtsrat übertragen.

(2) Feststellung des Jahresabschlusses und Beschlußfassung über die Verteilung von Gewinn und Verlust.

(3) Entlastung von Vorstand und Aufsichtsrat".

⁺⁺⁺Weitere Informationen bei Panos (1962:228).

der Genossenschaft und legt die Anzahl und Art der wirtschaftlichen Aktivitäten fest. So wird beispielsweise definiert, ob es sich um Konsum-, Kredit- oder Produktionsgenossenschaften handeln soll, wobei die Übergänge fließend sind und in einzelnen Fällen eine weitere Differenzierung vorgenommen werden kann; denn in Öl-, Obst- oder Weingenossenschaften sind Genossenschaften reinen⁺ Typs selten; die meisten Agrargenossenschaften sind in mehreren Bereichen tätig. Typisch ist der Fall einer Produktionsgenossenschaft mit einem Konsumgenossenschaftlichen Laden und gemeinsamer Kreditbeschaffung. Die Generalversammlung wählt den aus drei Personen bestehenden Verwaltungsrat, wobei Mitglieder, deren eigenes wirtschaftliches Interesse in einem möglichen Konflikt zur Genossenschaft steht, nicht wählbar sind. So darf z.B. ein Weinhändler nicht Verwaltungsrat in einer Weingenossenschaft werden und ein

⁺ Die Aufteilung der Genossenschaften in die verschiedenen Kategorien kann nur die allgemeine Tendenz der Spezialisierung auf bestimmte Aufgabenbereiche angeben und ist daher nicht ganz genau: die Tätigkeiten von Kreditgenossenschaften können sich in der Realität durchaus auch auf Bereiche der Produktion, des Absatzes und der Versorgung erstrecken (vgl. Kamarinou 1977:56).

Zigarettenfabrikant nicht in einer Tabakgenossenschaft⁺. Als ständiges Kontrollorgan wird ein Aufsichtsrat gewählt, der ebenfalls aus drei Personen besteht, wobei Verwandte eines Verwaltungsrates nicht wählbar sind. Der Vorsitzende des Verwaltungsrats vertritt die Genossenschaft nach außen, besonders vor Gericht.

Bei Gründung einer Agrargenossenschaft muß sie beim Amtsgericht⁺⁺ des Bezirks registriert und die Gründung vom Landwirtschaftsminister genehmigt werden⁺⁺⁺. Die Satzung, das alphabetische Mitgliederverzeichnis, die jährlichen Verhandlungsprotokolle der Generalversammlung sowie die Rechenschaftsberichte und die Rechnungsbücher müssen beim zuständigen Gericht hinterlegt werden.

Die Agrargenossenschaften müssen aus ihren Gewinnen Rücklagen bilden, die in Wertpapieren auf einem Sperrkonto der Agrarbank angelegt werden. Diese Rücklagen müssen mindestens die Höhe der Genossenschaftsanteile erreichen. Zu diesem

⁺ Weiteres Beispiel der zuvor genannten Mitglieder der Union.

⁺⁺ Amtsgericht: Irinodikion (griech.).

⁺⁺⁺ Wiedergegeben nach Genossenschaftsgesetz (Art. 2).

Zweck werden jährlich 10% des Nettogewinns verwandt⁺. Die restlichen 90% des Gewinns stehen der Agrargenossenschaft zum Wirtschaften, zur Ausschüttung an die Mitglieder und zum Schuldendienst zur Verfügung. Die Agrargenossenschaft muß den Vergleich anmelden, wenn die Passiva die Aktiva um mehr als 33% übersteigen.

Jedes Mitglied hat nach mindestens einjähriger Mitgliedschaft das Recht, die Agrargenossenschaft wieder zu verlassen (Minimum der Mitgliedschaft). Die Kündigungsfrist beträgt drei Monate zum Ende des Rechnungsjahres. Die eingezahlten Anteile müssen dann rückerstattet werden.

Beim Tod eines Mitgliedes erlischt die Mitgliedschaft.

Die Arbeitsmöglichkeiten der Agrargenossenschaften ersten⁺⁺ Grades sind durch ihre geringe Mitgliederstärke eingeschränkt. Aus diesem Grunde

⁺ Wiedergegeben nach Genossenschaftsgesetz 602/1914-15 (Art. 14).

⁺⁺ Genossenschaft mit einer durchschnittlichen Mitgliederzahl von 150 Bauern. Aus der Raumgebundenheit ergibt sich, daß die Genossenschaft nur eine begrenzte Anzahl von Mitgliedern haben kann. Die Zahl ist durch das Genossenschaftsgesetz nach unten begrenzt (sieben Personen), nach oben hin rechtlich zwar keinen Begrenzungen unterworfen, tatsächlich ist aber die Möglichkeit einer Vergrößerung der Mitgliederzahl infolge der Raumgebundenheit relativ gering.

fungieren sie im wesentlichen als Kredit-⁺, Konsum- und zuletzt als Produktionsgenossenschaften (s. Tabelle 15).

Es gibt viele Agrargenossenschaften. Ihre Mitgliedschaft wurde 1964 mit 753.300, d.h. 75% aller Bauern, angegeben; diese Zahl ist so jedoch nicht haltbar, weil viele Doppel- oder Mehrfachmitgliedschaften in Agrargenossenschaften verschiedener Art wie Kredit- und Konsumgenossenschaften mitgezählt worden sind.

Die meisten Agrargenossenschaften waren arm, sie verfügten in der Regel über nicht mehr als 90.000 Dr.⁺⁺ Eigenkapital. Ihre Lage war häufig so schlecht, daß ihnen nicht einmal ein eigenes Büro⁺⁺⁺ zur Verfügung stand; die Arbeit fand häufig im Gemeindehaus, im Haus der Vorsitzenden oder sogar im Kaffeehaus statt. Die Agrargenossenschaften ersten Grades sind die Basis der Genossenschaftsbewegung auf dem Lande, da

⁺"Da die Kreditgenossenschaften den Raiffel-sen-Prinzipien gemäß nebenbei das Bezugs- und Absatzgeschäft betreiben, ist es selbstverständlich, daß sie den größten Prozentsatz der Gesamtzahl der Genossenschaften ausmachen" (Panos 1962:229).

⁺⁺Sechzehn Dr. entsprachen einer DM (in 1964).

⁺⁺⁺Diese Situation galt bis 1974.

Tabelle 15.

Agrargesellschaften ersten Grades und ihre Kategorien nach ihren Aktivitäten

	1958		1961		1964	
	AgZahl	Mitglieder	AgZahl	Mitglieder	AgZahl	Mitglieder
Kreditgenoss.	4.473	443.777	4.678	463.751	4.754	468.326
Versorgungsg.	18	2.548	-	-	5	445
Konsumgenoss.	503	44.417	513	40.593	513	40.426
Produktivgen.	1.825	184.266	2.116	215.312	2.213	219.430
Verschiedene	308	42.590	236	76.459	223	24.633
Summe	7.127	717.598	7.543	746.115	7.708	753.260

	AgZahl	1961 In %	AgZahl 1964	In %	Mitgliederzahl im Durchsch.
Kreditgenoss.	61,7		62,1		99
Versorgungsg.	0,1		0,1		89
Konsumgenoss.	6,7		5,4		79
Produktivgen.	28,7		29,1		99
Verschiedene	2,8		3,3		105
Summe	100,0		100,0		98 (im Durchschnitt)

(Kamarinou 1977:57).

trotz ihrer geringen Einflußmöglichkeiten und ihrer wirtschaftlichen Macht die Beteiligung der Bauern am Entscheidungsprozeß bei Ihnen am größten ist und die Vorteile für die Mitglieder⁺ am handgreiflichsten sind.

5.2 Die Unionen

Agrargenossenschaften können sich auf Beschluß ihrer Generalversammlungen zu sogenannten Unionen oder Agrargenossenschaften zweiten Grades zusammenschließen. Laut Gesetz (Genossenschaftsgesetz 602/1914-15 Art. 85) sind dazu mindestens sieben Agrargenossenschaften ersten Grades nötig. Jede Agrargenossenschaft entsendet einen Vertreter in die Generalversammlung der Union. Diese Generalversammlung wählt ebenfalls den Aufsichtsrat und den Verwaltungsrat sowie den Vorsitzenden. Für die Funktionäre einer Union gelten dieselben Bedingungen wie für die Mitglieder und Funktionsträger einer Agrargenossenschaft ersten

⁺ Das heißt für die Mitglieder, die Männer waren, weil die Frauen kein Mitgliedschaftsrecht bis 1982 hatten.

Grades. Außerdem gibt es für jede Union einen sogenannten Uniondirektor, der hauptberuflich die laufenden Geschäfte führt und der Vorsitzende der Verwaltung ist (vgl. Heckt 1980: 29). Er wird nicht gewählt, sondern meist vom Landwirtschaftsministerium benannt. Auch die Rücklagenregelung und die Konkursbestimmungen sind identisch mit denen der Agrargenossenschaften ersten Grades.

Tabelle 16.

<u>Verwaltungsbezirke</u>	<u>Unionen</u>
Dodekanissa	11
Zentralgriechenland	18
Ionische Inseln	4
Ägäische Inseln	5
Kykladen	5
Peleponnes	30
Kreta	18
Peleponnes und Sterea Ellada (Fischgenossenschaften)	1

(Abdelidis 1976:95).

In der Regel umfaßt eine Union alle Agrargenossenschaften eines Nomos (Verwaltungsbezirks), aber es gibt auch Ausnahmen (s. bei

Tabelle 16). Aus diesem Grund verfügen sie in der Regel außer über Verwaltungsräume auch über Lagerhäuser und häufig auch über eigene Fabriken zur weiteren Verarbeitung ihrer Produkte.

Tabelle 17 I.

Anzahl der in Genossenschaftsbesitz befindlichen Fabriken im Jahre 1960

Baumwollverarbeitungsfabriken	20
Olivenölfabriken	6
Dosenfabriken	5
Milchmolkerei	6
Weinfabriken	15
Selfefabriken	5
Obstsäftefabriken	2

(Agrarbank 1960-März⁺).

Tabelle 17 II.

<u>Jahr</u>	<u>Unionen</u>
1939	84
1952	124
1959	130
1960	131
1966	136

⁺Sechzehn Dr. entsprachen einer DM (im Jahre 1964).

Nur in Messinia⁺, Ätoloakarnania⁺⁺ und Evros⁺⁺⁺ kommt es vor, daß in einem Nomos mehrere Unionen existieren. Das Gesetz verpflichtet die Unionen zur wirtschaftlichen Aufsicht und Kontrolle der beteiligten Agrargenossenschaften (vgl. Gesetz 921/1979 Art. 58). Darüber hinaus sollen sie die Arbeit der Agrargenossenschaften koordinieren und durch gemeinsamen Vertrieb der Produkte oder ihrer Verarbeitung den Gewinn optimieren (vgl. Engelhardt 1978:16). Die Zahl der Unionen betrug 1960 131 mit 6.350 beteiligten Agrargenossenschaften, d.h. 93% aller Agrargenossenschaften hatten sich einer Union angeschlossen (Agrarbank, Epitiris des Jahres 1960).

5.3 Die Zentralunionen und die PASEGES

Agrargenossenschaften dritten Grades sind Organisationen zur Sammlung, Verarbeitung und zum Vertrieb eines bestimmten Produktes. Sie nennen

⁺ Messinia liegt auf der Peloponnes.

⁺⁺ Ätoloakarnania gehört zum griechischen Festland.

⁺⁺⁺ Evros gehört zu Thraki.

sich selbst Zentralunionen, obwohl sie meist nur aus dem Zusammenschluß von Agrargenossenschaften zweiten Grades bestehen. Typisch sind z.B. die Eleourgiki (Zentralunion der Olivenproduzenten Griechenlands), Sikiki (Zentralunion der Feigenproduzenten Griechenlands), Ioniki (Zentralunion der Weinproduzenten Griechenlands).

Sie sind wie Aktiengesellschaften organisiert, an denen der Staat oft beteiligt ist. Die Marktanteile der von den Zentralgenossenschaften vertriebenen Produkte variieren, in weiten Bereichen bewegen sie sich jedoch durchschnittlich um 30%. Die Eleourgiki kaufte 1962 20% des Olivenöls auf, die Sikiki im selben Jahr 70% aller Feigen, wovon sie 10% exportierte; die SEKE (Zentralunion der Tabakproduzenten) kaufte 10% der gesamt nationalen Tabakbestände auf und bestritt 13% aller griechischen Tabakexporte (Agrarbank, Epitiris 1963).

Eine wichtige Ausnahme bildet die KYDEP. Sie ist rechtlich nicht wie die üblichen Agrargenossenschaften als Aktiengesellschaft, sondern wie eine Union - als Genossenschaft organisiert, obwohl auch sie aus einem Zusammenschluß mehrer-

rer Unionen besteht. Sie wurde unter der Diktatur Metaxas⁺ aus 77 Unionen gegründet.

Ihre Aufgabe besteht darin, die Lagerung, Verarbeitung und den Verkauf der wichtigsten Getreidesorten zu organisieren. Der Staat will somit Einfluß auf den Markt und die Bevorratung des wichtigsten Grundnahrungsmittels, des Brotes, gewinnen. Gewährleistet wurde der staatliche Einfluß durch entsprechende Genossenschaftsanteile und staatliche Vertreter im Verwaltungs- und Aufsichtsrat.

Durch jährlich festgelegte Garantiepreise soll KYDEP den Produzenten wirtschaftsbestimmender Agrarprodukte ein Mindesteinkommen gewährleisten; so werden für Öl, Wein, Tabak, Baumwolle und Getreide Interventionspreise garantiert (Beschluß des Handelsministeriums, Januar 1962). Auf diese Weise kontrolliert die KYDEP drei Viertel des gesamten griechischen Getreidemarktes.

Als Interessenverband aller Agrargenossenschaften gibt es die PASEGES⁺⁺. Sie wurde 1935 gegründet, 1938 umbenannt und trägt seit 1945 wieder ihren alten Namen. Sie besteht aus dem

⁺Weitere Informationen: Gesetz AN2385/1940.

⁺⁺PASEGES: Panhellenischer Zentralverband der Agrargenossenschaften.

Zusammenschluß der großen Zentralgenossenschaften und Unionen und ist als Genossenschaft organisiert (Kamarinou 1977:59).

Nach ihrer Satzung (Art. 2) dient sie der Förderung und Ausbreitung des Genossenschaftswesens und der Interessenvertretung der Agrargenossenschaften gegenüber Staat und Gesellschaft. Sie soll die Agrargenossenschaften unterstützen und beraten und ist zur politischen Neutralität verpflichtet. Der Verwaltungsrat, in den die Unionen und Zentralunionen ihre Vertreter entsenden, übernimmt die Funktion eines Kontrollorgans. Außerdem existieren mehrere Koordinierungsräte für die Arbeit in bestimmten Sachgebieten⁺. Die PASEGES⁺⁺ verfügt über Beratungsstellen auf dem ganzen Land (Panhellenischer Führer für die Agrargenossenschaften 1976:16).

Durch staatliche Initiative wurde 1950 ein Institut für Genossenschaftswesen gegründet.

⁺Das heißt: Kredit, Produktion, Versorgung

⁺⁺Kahl (1975:100) erläutert: "Auf politischer Ebene steht sie (die PASEGES) unter dem Einfluß der staatlichen Politik, in wirtschaftlicher Hinsicht unterliegt sie der Abhängigkeit von der Agrarbank. Die hierarchische Struktur des griechischen Genossenschaftswesens und die zentrale Stellung der PASEGES ist das Resultat der spezifischen Entwicklung der Genossenschaften in Griechenland".

Hauptziele waren die Informationsvermittlung und Aufklärung der Bauern über das Wesen von Genossenschaften sowie die Beratung und Unterstützung bei der Einführung besonderer Anbaumethoden und Kulturen.

Tabelle 18.
Institute für die Landwirtschaft-----

	1954	1959	1963
Forschungsinstitute	3	3	12
Forschungsstationen	5	5	20
Forscherpersonal	70	100	178
Kostenvoranschlag	8 Mio	34 Mio	36 Mio Dr.

(Kamarinou 1977:139).

In den 13 Jahren seines Bestehens hat das Institut jedoch nur 217 Absolventen ausgebildet. 1963 wurde das Institut wieder aufgelöst.

Die PASEGES ist Herausgeber einer Monatszeitung ("Stimme der Genossenschaften", später "Agrarwelt und Kooperation"). Ihre Artikel sind jedoch häufig nichtssagend und behandeln nicht die Probleme, die die Genossenschaftsbauern bewegen und beunruhigen (Lampsidis 1981-Art.).

In den langen Jahren ihres Bestehens war die Arbeit der PASEGES als wichtigstes Beratungs-

und Koordinationsorgan für die Genossenschaftsbewegung weitgehend ineffektiv; gemessen an Ihren satzungsmäßigen Zielen hat sie versagt. Die Gründe dafür sind in der eminenten Aufblähung des Verwaltungsapparates und einer zunehmenden Bürokratisierung sowie der ständigen Einflußnahme der Regierungen auf die Politik der PASEGES zu suchen (Abdelidis 1980:100).

Die Organisation⁺ war oft nur ein Vehikel zur Durchsetzung der staatlichen Agrarpolitik auf dem genossenschaftlichen Sektor und nur selten eine echte Interessenvertretung der Genossenschaftsbauern gegenüber den Regierungen.

Die Beeinflussung der PASEGES durch die konservativen bis diktatorischen Regierungen ging gerade im personellen Bereich so weit, daß sie sich dem satzungsgemäßen Neutralitätsgebot entzog. Als Beispiel dafür stand das Gesetz AN 389/1945, mit dem alle Oppositionellen aus den Organen der Agrargenossenschaften entfernt und durch von der Regierung nominierte Parteigänger ersetzt wurden. Diese Leute bildeten fast zwanzig Jahre die Führung der PASEGES.

⁺ Die PASEGES ist als Verband zu sehen, aber sie ist nicht nach dem Genossenschaftsgesetz organisiert.

5.4 Schlußfolgerung

Durch seine zentralistische Struktur, seine Gesetzgebung und die strikte Festlegung auf ein kapitalistisches Wirtschaftsmodell hat der griechische Staat direkt oder indirekt entscheidenden Einfluß auf die Entwicklung der Agrargenossenschaften genommen (vgl. Oppenheimer 1964 III:961).

Die Bodenreformen, das Erbschaftsrecht, Straßenbau und Bewässerungsanlagen führten zu einer zunehmenden Parzellierung des bäuerlichen Grundbesitzes.

Die Bauern neigten dazu, durch eine breite Produktpalette hauptsächlich für den eigenen Bedarf zu produzieren. Sie hielten an den bisherigen Produktionsmethoden fest und waren voller Vorurteile gegenüber den neuen Anbauformen der landwirtschaftlichen Produktionen, z.B. in Produktionsgenossenschaften. Verstärkt wurde dieser Umstand durch mangelnde Allgemeinbildung und das Fehlen einer berufsspezifischen Ausbildung. 1965 hatten nur 7,3% der arbeitenden Bevölkerung auf dem Lande den Abschluß einer technischen oder berufsbildenden Schule oder

Hochschule, und nur 35% hatten eine Grundschule besucht (Nationalstatistik 1965). Die Zahl der staatlichen landwirtschaftlichen Forschungsinstitute sowie die Zahl der hauptberuflich dort Beschäftigten hat sich zwar bis 1963 verdoppelt, ein nennenswerter Effekt auf die Anhebung des ländlichen Bildungsstandards ist jedoch nicht zu erkennen, da die Angestellten hauptsächlich mit Verwaltungsarbeiten beschäftigt waren (s. bei Tabelle 18). Der Hauptgrund dafür liegt in der Existenz einer Reihe von strukturellen Problemen, die einerseits typisch für die Länder mit niedrigem oder mittlerem Entwicklungsniveau sind, andererseits aber auch auf die ungünstige Geostruktur und die größtenteils schlechte Bodenqualität des Landes zurückzuführen sind. Die große Zahl sehr kleiner Agrarbetriebe, der hohe Anteil der in der Landwirtschaft Beschäftigten an der gesamten Anzahl der Beschäftigten in der griechischen Wirtschaft, die versteckte Arbeitslosigkeit, die ungünstige Produktionsstruktur (Ausrichtung der landwirtschaftlichen Produktion auf Mittelmeerkulturen sowie ein ungleiches Verhältnis zwischen pflanzlichen und tierischen Erzeugnissen zugunsten ersterer), der beschränkte Einsatz von Düngemitteln und Maschinen, die schlechte Organisa-

tion des landwirtschaftlichen Genossenschaftswesens und mangelhafte Produktionsbedingungen und Marktchancen für landwirtschaftliche Erzeugnisse können als wichtigste Probleme der griechischen Landwirtschaft angesehen werden (vgl. Alexopoulos 1981:61).

Die Grüne Revolution⁺, die sich in den 60er Jahren in Europa formiert hat, beeinflusste die damalige Agrarpolitik. Diese Revolution verfolgte das Ziel, die Landwirtschaft in der Weise zu mechanisieren, daß das Wohl der Bauern und die Umgebung unbeeinflusst von Schädigungen blieb. Großproduktion und uneingeschränkte Nutzung von Düngemitteln wurden propagiert. Jedoch wurde dabei nicht berücksichtigt, daß das Gleichgewicht in der Umwelt gestört oder sogar zerstört

⁺ Die Erfolge, die die Grüne Revolution Mitte der 60er Jahre erzielte, sind erkennbar an der Steigerung der Produktivität in der Landwirtschaft durch neue Anbaumethoden, besseres Saatgut, Energie, Düngemittel und eine zunehmende Mechanisierung. Unter der Kontrolle der Grünen Revolution wurden Bodenkonzentrationen sowie regionale und individuelle Einkommensdifferenzen gefördert. Von einer Agrarreform konnte jedoch nicht gesprochen werden. Anstelle der Berücksichtigung der Familienproduktion wurden Anreize und Vorteile der Großproduktion propagiert, die den Aufbau eines capitalist farming-Systems begünstigen sollten (in den Jahren von 1960 bis 1970; eine Ausnahme bildete die Zeit von 1963-1964, in der die Zentrumsregierung an der Macht war).

werden konnte bezüglich der Integration der Bedürfnisse der Menschen und der Bedingungen der Ökosphäre.

Oft wurde von der Regierung nur die fehlende Mechanisierung der Landwirtschaft als einziger Grund für die Misere der griechischen Landwirtschaft angeführt.

Autochthone Anbaumethoden und die gewünschte Zufriedenheit und Befriedigung der Bauern wurden weitgehend ignoriert.

Die Bewertung des Lebensraumes der Bauern blieb leider häufig außer Betracht.

Dadurch blieben die landwirtschaftlichen Zuwachsraten in Griechenland deutlich zurück im Vergleich zu anderen europäischen Ländern⁺.

Untermauert wird diese Tatsache dadurch, daß in den EG-Ländern die Bauern auf durchschnittlich 17 Hektar produzieren, während den griechischen Bauern im Durchschnitt zwischen 3,5 und 4 Hektar zur Verfügung stehen (Papandreou A., in: Ikonimikos Tachidromos 29.9.1977).

Die Misere der Agrargenossenschaftsbewegung ist nicht durch systemimmanente Schwäche, sondern durch die vielfältigen Eingriffe des kapita-

⁺ Europäische Länder: EG-Länder

listischen Staates⁺ und die dem Genossenschaftsgedanken fremde, kapitalistische Organisation der Zentralunionen⁺⁺ bedingt. Der zentralistische pyramidenartige Aufbau der Agrar-genossenschaftsbewegung von Zentralunionen über die Union bis zu den einfachen Agrargenossen-

⁺ Charalambis (1980:9) dazu: "Das heißt, der Staat operierte wie ein Gesamtkapitalist, um den Werttransfer vom Land in die Stadt zu organisieren und zu regeln: Abhängigkeit der Masse der Kleinparzellenbesitzer von staatlichen Krediten, die im Zusammenhang mit einer staatlich gelenkten Niedrigpreispolitik für die landwirtschaftlichen Produkte und mit der Existenz von Zwischenhändlern, die das Einkommen der Bauern weiter drücken, die Bauern zu einer immer intensiveren Produktion zwecks Tilgung ihrer Schulden gezwungen hat, die wiederum ihre Kreditabhängigkeit vergrößert".

⁺⁺ Die Zentralunionen arbeiten als Aktiengesellschaften, allerdings mit der Beteiligung von 51% am Anlagekapital durch den Staat. Dadurch wird das Prinzip der Selbsthilfe und Selbstverwaltung grundlegend verletzt. Diese Zentralunionen arbeiten nach bestimmten Kriterien wie der Gewinnmaximierung zugunsten des Staates. Somit wird die Struktur der Genossenschaften (Unionen-Zentralunionen) nicht nach den inneren Bedürfnissen, sondern nach den Bedürfnissen des Staates oder der herrschenden Klasse ausgerichtet. Das heißt: "Die schwächste Maßnahme von seiten des Staates schlägt sich nieder in Kontrolle der Verwendung der Mittel. Darüber hinaus wird Einfluß bei der Besetzung der Genossenschaftsleitung ausgeübt oder es werden sogar Staatsbeamte (Registrierende) mit der Geschäftsführung betraut, womit der Staat die entscheidenden Funktionen selbst innehat; wir wollen trotzdem nicht die Absicht eines Dirigismus unterstellen, wenn auch die Autonomie in höchstem Grade mißachtet wird" (Hoppenberg 1960:33).

schaften ersten Grades führt dazu, daß die wichtigen Entscheidungen auf bürokratischem Wege den Agrargenossenschaften ersten Grades ohne deren Einflußmöglichkeit diktiert werden können (Abdelidis, In: Elefterotypia 13.8.1979). Die Unionsdirektoren (eine Art Geschäftsführer) werden vom Staat oder der Agrarbank nominiert und unterliegen nicht der Kontrolle der Genossenschaftsbauern. Zu den Kriterien für die Kreditgenehmigung von der Agrarbank zählen nicht nur berufliche Leistungen, sondern auch politische Überzeugungen und persönliche Beziehungen, so daß auch hierdurch eine weitgehende Übereinstimmung der Inhaber dieser wichtigen Ämter mit der Jeweiligen Staatspolitik gewährleistet war. Der Einfluß dieser Unionsdirektoren auf die Geschäfte und Entscheidungen der Agrargenossenschaften kann nicht hoch genug eingeschätzt werden. Außerdem entsendet der Staat seine Vertreter direkt in den Aufsichtsrat und die Verwaltungsräte der Zentralunionen und Unionen. Durch Beauftragte in den

Aufsichtsräten und durch die Kreditvergabe⁺ übt die Agrarbank ihrerseits erheblichen Einfluß aus.

Die Organisation der Zentralgenossenschaften⁺⁺ als Aktiengesellschaften mindert ebenfalls die Mitbestimmungsmöglichkeiten der Agrargenossenschaften beziehungsweise der einzelnen Genossenschaftsbauern. Dazu kommt die auf der Ebene der einfachen Agrargenossenschaften und Unionen mögliche Kumulation von Stimmrechten durch die Möglichkeit des Kaufs mehrerer Anteile (Genossenschaftsgesetz 602/1914-15 Art. 43).

⁺Vgl. Stockhausen (1975:325): "Die genossenschaftliche Kreditversorgung der Landwirtschaft in Entwicklungsländern leidet in einem erheblichen Umfang an einer unzureichenden Kapitalausstattung der Kreditgenossenschaften.

Die Möglichkeiten der internen Finanzierung bestehen in der Einzahlung von Geschäftsanteilen der Mitglieder sowie in der Einbehaltung von Überschüssen. Die besonderen Schwierigkeiten, die Eigenkapitalausstattung von Genossenschaften über eine Anhebung der Geschäftsanteile zu erhöhen, liegen darin, daß von Genossen die notwendigen Kapitalbeträge aufgebracht werden müssen, bevor die aus der genossenschaftlichen Kreditgewährung resultierenden Einkommenssteuern entstehen".

⁺⁺Vgl. Schultz (1970:23): "Im Hinblick auf die räumliche Ausdehnung der Arbeitsgebiete der Zentralgenossenschaften zeigt sich in der Praxis eine große Vielfalt. Neben Zentralgenossenschaften, deren Arbeitsfeld ein bestimmter Bezirk oder Kreis ist, gibt es Zentraleinrichtungen, die auf Landes- oder Bundesebene arbeiten", das gilt auch für Griechenland.

Wegen ihrer geringen Mitgliederzahl und der dadurch bedingten schmalen finanziellen Basis sind die Agrargenossenschaften⁺ stark von Krediten abhängig und beeinflubar, wenn sie zur Rationalisierung der Produktion und Senkung ihrer Kosten investieren müssen. So sind aufgrund "ökonomischer Sachzwänge", politischer Einflußnahme und kapitalistischer Machtausübung der demokratischen Mitbestimmung der einzelnen Genossenschaftsbauern enge Grenzen gesetzt.

⁺ Damit sind die Agrargenossenschaften ersten Grades gemeint.

6. Die Diktatur von 1967-1974

6.1 Die Vorgeschichte und die politischen Hintergründe.

Die von der liberalen Zentrumsunion unter Georgios Papandreou gestellten Regierungen der Jahre 1964 und 1965 hatten eine Politik der inneren Reformen und der Unabhängigkeit von den Metropolen des Kapitalismus betrieben und damit Rückhalt in der griechischen Bevölkerung gefunden. Zur gleichen Zeit gab es eine große Massenbewegung, die sich den Austritt des Landes aus der Nato zum Ziel gesetzt hatte. Mehrere mächtige Demonstrationen in den großen Städten bewiesen die große Resonanz, die diese Forderung in der Bevölkerung fand. Die USA und die mit ihnen verbündeten politischen Kräfte Griechenlands begannen, um ihren Einfluß zu fürchten.

Mit seinem Staatsstreich vom 15. Juli 1965 zwang der König Papandreou und seine Regierung

zum Rücktritt, und verursachte die lang andauernde parlamentarische Krise, die schließlich in den Militärputsch am 21. April 1967 mündete. Die Putschisten gaben vor, im Interesse des Vaterlandes eine angeblich drohende kommunistische Gefahr und das bevorstehende Chaos zu verhindern. Jeder wußte jedoch, daß mit dem Putsch die für den 28. Mai 1967 ausgeschriebenen Wahlen verhindert werden sollten. Diese Wahlen hätten den "Rechten"⁺ durch einen erdrückenden Sieg der Zentrumsunion, der sie mit einer absoluten Mehrheit ohne Unterstützung durch die Kommunisten unterlegen wären, eine schmerzliche Niederlage bereitet (vgl. Someritis 1969: 136).

Das wahre Ziel des Putsches war es, die Wiederaufnahme der inneren Reformen und eine unabhängige Außenpolitik zu verhindern. Die Alternative: entweder abhängige Entwicklung oder autozentrische Entwicklung wurde vom Putsch zugunsten der alten Abhängigkeit entschieden (vgl. Senghaas 1977:85).

"Der Militärputsch hat diese Abhängigkeit von den militärpolitischen Interessen der Nato und USA wie auch von dem fremden, besonders dem

⁺D.h. die Rechtskonservative Partei ERE

amerikanischen Kapital bestätigt" (Nikolinos 1969:27).

Die Klassen der griechischen Gesellschaft sind nicht nur durch ihre Stellung im Produktionsprozeß, sondern entscheidend durch ihre Klientelbeziehung zum Staatsapparat definiert (Vergopoulos 1981:158). Ein Teil der Bankiers, Reeder und Großindustriellen, die ihre Position nicht selten ihren persönlichen oder verwandtschaftlichen Beziehungen zu Mitgliedern der Staatsbürokratie verdanken, bildeten eine Oligarchie. Seit der Unabhängigkeit suchte diese Oligarchie Anschluß an eine ausländische Schutzmacht in der Hoffnung, damit die herrschende Gesellschaftsordnung für alle Zeiten zu garantieren. "Unterwürfigkeit gegenüber der "Schutzmacht" ist stets ein Charakteristikum der herrschenden Klasse Griechenlands gewesen. Außenpolitik wurde verstanden als ein Mittel zur Behauptung der eigenen privilegierten Stellung" (Giannopoulos 1969:89).

Diese Klasse fühlte sich von Papandreu's Politik bedroht und war bereit, den Status quo um jeden Preis zu erhalten. Im Gegensatz dazu fand Papandreu die Basis für seine Politik im Kleinbürgertum sowie bei den Bauern und

Arbeltern.

Das ausländische Kapital sah sich in seinem Expansionsbestreben behindert und mußte um seine vorbildlichen Absatzmärkte fürchten. So waren sich Oligarchie, ausländisches Kapital, Pentagon und Nato einig in ihrem Bestreben, einen Wahlsieg der progressiven Kräfte mit allen Mitteln zu verhindern (Sboronos 1972: 152, Rousseas 1974:142). "Hätten nicht am 21. April unter Anleitung der CIA die Obristen geputscht, so hätte sicher der König mit einem neuen Staatsstreich dasselbe Ziel zu erreichen versucht" (Someritis 1969:136 und vgl. Charalambis 1980:495-499).

6.2 Die Charakteristika der Diktatur

Wichtigste Stütze der Diktatur war das Militär. Besonders das Offizierscorps war traditionell konservativ auf die Erhaltung des gesellschaftlichen Status quo eingeschworen und seit jeher zur Durchsetzung der Interessen der jeweiligen Schutzmacht bereit. Folgerichtig stellte die Verfassung der Diktatur von 1968 (Art. 129-132)

fest: "Dem Militär wurde nicht nur die Landesverteidigung, sondern auch die Verantwortung für die Aufrechterhaltung der bestehenden Staatsform und der Schutz der traditionellen Gesellschaftsordnung übertragen". Die Verfassung wurde mit sofortiger Wirkung außer Kraft gesetzt, und ein Notstandsrecht trat in Kraft. Am 29. April wurde das Parlament aufgelöst sowie alle politischen Parteien, Organisationen und Gewerkschaften verboten mit Ausnahme der Organisation vom "4. August Metaxas⁺". Alle führenden Politiker wurden verhaftet. Die wichtigsten Unternehmen, der öffentliche Dienst, Schulen und Universitäten wurden der direkten militärischen Aufsicht in Person eines Militärkommissars unterstellt. Anhand von schwarzen Listen wurden Tausende verhaftet und demokratische Offiziere und Beamte aus ihren Stellungen entfernt.

Da die Gefängnisse nicht ausreichten, wurden die Verhafteten in Fußballstadien interniert.⁺⁺ Die Herrschaftsmethoden waren Verfassungsbruch, Negation bestehender Gesetze und ein allgegenwärtiger Terror. Es wurden KZs

⁺ Es geht um die faschistische Organisation, ebenda genannt S. 58.

⁺⁺ Man vermutete 600.000 Verhaftete. Genauere Angaben konnten nicht gemacht werden; das Militärgericht sprach ein Todesurteil aus, wenn dazu Äußerungen getroffen wurden.

eingerichtet, in denen Tausende von Griechen verschwanden. Die Inseln Jlaros, Al Strati, Ägina haben in der ganzen Welt Berühmtheit als KZs der Junta erhalten.

"Im Fall der Diktatur des 21. April haben wir es daher mit einer Diktatur zu tun, die Ihren Namen nicht nennt: es handelt sich um eine tatsächliche Macht, die ausdrücklich Wert darauf legt, eine vorübergehende Regierung auf Zeit zu sein, bereit zur Selbstbeschränkung bis zu ihrer gänzlichen Beseitigung durch eigenen Willen und durch die Rückkehr zu einem verachteten parlamentarischen System. Gleichzeitig verfolgt das Regime halbstarrig eine Politik, die darauf abzielt, ihm Dauer zu sichern" (Papoulias 1969:138).

In den Gefängnissen des Landes folterten Spezialisten der ESA (Militärpolizei).

"Die Folterungen der Militärpolizei erweckten den Haß des Volkes gegen die Armee" (Vassiliou 1979:105 und vgl. Becket 1970:90-97).

"Man vermutete im Januar 1968, daß während der ersten zehn Monate der Diktatur mehr als 60.000 Personen durch die Polizei festgenommen wurden. Das Konzentrationslager in Jaros zählte lange Zeit mehr als 6.000 Gefangene. Inzwischen

sind neue Konzentrationslager gebaut worden" (Papoulias 1969:139).

Jede Kritik an den Maßnahmen war streng verboten und genügte für eine Verhaftung und Bestrafung. Ein dichtes Netz von Spitzeln und Informanten überzog das Volk. Verhaftungen und Hausdurchsuchungen fanden ohne Haft- oder Durchsuchungsbefehl statt. Dabei war die Situation auf dem Lande viel schlimmer als in den Städten. Hier ist die Gesellschaft überschaubarer und dadurch besser kontrollierbar. Außerdem bot sich der Diktatur die TEA, eine paramilitärische Bürgerwehr, als williges Werkzeug an, um die Bevölkerung zu terrorisieren. Die TEA übernahm zusammen mit der Militärpolizei die Rolle des Bewahrers und Beschützers der Diktatur.

Obwohl die Militärs sich intensiv um die Mitarbeit besonders der rechtsextremen Politiker bemühten, gab es nur wenige, die kollaborierten. "Nur ein minimaler Anteil der politischen Persönlichkeiten kollaborierte direkt (wie Panajiotis Pipinelis) oder indirekt mit dem Regime" (Grigoriades 1975 II:298). "Die früheren Parteilführer, mit Ausnahme von Spyro

Markezini, lehnten es ab, das Militärregime als legal anzuerkennen" (Rodakis 1975:324). Ein Jahr nach dem Putsch erklärte der letzte frei gewählte Premierminister Georgios Papandreou: "Die Junta behauptet, sie habe die Ordnung wiederhergestellt. Aber das ist nicht die Ordnung des Gesetzes, sondern der Einschüchterung, der Militärsondergerichte. Die Junta hat bisher ihre Behauptung über eine angebliche kommunistische Gefahr nicht beweisen können. Dies war nur ein Vorwand, die Zentrumsunion daran zu hindern, an die Macht zu kommen ... Die Junta wirft dem Parlamentarismus die Klientelherrschaft vor. Jetzt aber herrscht die Klientelherrschaft mehr denn je.." (Grigoriades 1975 I:224-226).

Ideologische Grundlagen des Regimes waren Chauvinismus, Antiparlamentarismus, Antikommunismus, Führerprinzip, ein bigotter Moralismus und ein Liberalismus für die Wirtschaft.

Die staatlichen Auflagen und Vorschriften bei der Ausübung bestimmter Berufe wie Bäcker, Taxifahrer, Tankstellenbesitzer sollten liberalisiert werden. Ökonomisch wurden alle planwirtschaftlichen Einflüsse verurteilt und eine strikt wirtschaftsliberale Position bezogen. Durch mehrere sogenannte "Notstandsgesetze" wurden daher ausländische Firmen privilegiert. Diese

Privilegien waren für das ausländische Kapital ein Anreiz, in Griechenland zu investieren, mit einem entsprechenden Anstieg der ausländischen Kapitalimporte.

6.3 Die Diktatur und ihre sofortigen Maßnahmen für die Bauern

Um sich die Unterstützung der ländlichen Bevölkerung zu sichern, wurde mit spektakulären Maßnahmen geworben. Die Schulden der Bauern wurden getilgt. Jeder Bauer sollte ein eigenes Haus besitzen, vor allem sollten die bäuerlichen Einkommen drastisch steigen. Die durchschnittliche jährliche Steigerung des agrarischen Einkommens in den Jahren 1968-1972 betrug 1,8%, blieb also weit unter der vorgesehenen Rate von 5,8%. Der Rückgang der landwirtschaftlichen Produktion und dadurch die Verringerung des Bauerneinkommens brachten sehr schlechte Ergebnisse für die gesamte Wirtschaft mit sich (vgl. Liakatas 1974:15).

Der Industriearbeiterschaft wurden ebenfalls Einkommensverbesserungen versprochen.

"Zweifelsohne ist es die erklärte Absicht des

Regimes, das bestehende Wirtschafts- und Sozialsystem zu erhalten. Das stimmt mit den Interessen der herrschenden Schichten und Klassen überein. Es trifft jedoch nicht zu, daß die Militärregierung eine Umwandlung des kommerziellen Kapitals in produktives Industriekapital zu bewerkstelligen sucht....Die Militärregierung versucht, die Industrielle Rückständigkeit abzubauen, möchte aber gleichzeitig die damit verbundenen gesellschaftlichen Strukturumwälzungen vermeiden" (Bakojannis 1972:160).

"Die von der Militärdiktatur gewünschte Erneuerung zielt auf die Sicherung des Bestehenden" (Nikolinakos 1969:26).

Gegen die ungesetzliche und terroristische Herrschaft der Diktatur formierte sich langsam eine Widerstandsbewegung⁺, die sich vornehmlich aus den Kreisen der Intelligenz und den Hochschulen des Landes rekrutierte.

"Um den Widerstand niederzuschlagen, stellten die Putschisten viele Regimegegner vor Militärsondergerichte. Allein beim Athener Militärsondergericht, welches seit dem 22. Mai 1967 bestand, fanden 2.254 Prozesse statt, bei denen

⁺D.h. Widerstandsorganisationen wie PAK, Rigas Fereos, Antiefee, Dimokratiki Amyna.

jeweils mehrere Personen angeklagt waren" (Vassiliou 1979:118). Höhepunkte der Aktivitäten der Widerstandsbewegung waren die Studentendemonstrationen anlässlich Papandreous Beerdigung 1968 und das Attentat von Alexandros Panagoulis auf den Diktator Papadopoulos 1973. Bis zum 15. November 1973 sah man an der polytechnischen Hochschule nur Parolen, die auf studentische Interessen fixiert waren. In der Folgezeit änderten sich aber die Parolen und hatten dann meist regierungsfeindliche und

antidiktatorische Inhalte⁺. Damit brachten die Studenten ihre Absicht zum Ausdruck, sich friedlich, aber kritisch gegen das Regime zu äußern. "Durch die schriftlichen und mündlichen Parolen sowie die Sendungen aus der Polytechnischen Hochschule aufgerufen, versammelten sich Bürger aller Art vor der Polytechnischen Hochschule und solidarisierten sich mit den Studenten. Sie verlangten den Rücktritt der Putschisten und die Wiederherstellung der Demokratie" (Dikes Juntas - Prozesse gegen die Junta -, DIKI Polytechniou - Prozeß über die Vorgänge in der Polytechnischen Hochschule 1976:2.011-2.050). Diese Demonstration wurde von den Militärs mit Einsatz von Panzern blutig niedergeschlagen.

⁺Vgl. Charalambis (1980:550): "Der Parlamentarismus, den die Aufständischen wünschten, ging zweifellos weiter als die Vorstellungen von 1964-1967, und damit konnte die herrschende Klasse nicht einverstanden sein. (Starke Ablehnung der "äußeren" Abhängigkeiten, vor allem von den USA, Forderung nach Demokratisierung des Repressionsapparates, des Erziehungsapparates etc.). Die Gründe waren nicht nur ökonomischer Natur (größere Kompromißbereitschaft gegenüber ökonomischen Forderungen der Arbeiter und Bauern), sondern - und vor allem - politischer Natur, da die ökonomische Kompromißbereitschaft nicht zuletzt davon abhing, welche politischen Positionen die beherrschten Klassen bei der Wiederherstellung der parlamentarischen Verhältnisse erringen könnten. Das heißt, die herrschende Klasse wäre mit einem parlamentarischen System nicht einverstanden gewesen, das die bestimmte Struktur der Staatsapparate und ihre gegenseitige Verknüpfung nicht gewährleisten würde, die für die Reproduktion ihrer Macht unverzichtbar war".

7. Die Wirtschaftspolitik der Diktatur

7.1 Die Bevorzugung der Leichtindustrie als Merkmal eines Landes am Rande des kapitalistischen Systems

Griechenland hatte die Phase der industriellen Revolution verpaßt. Es geriet früh in die Abhängigkeit der Großmächte, so daß eine eigenständige Industrialisierung nicht realisiert werden konnte, da sie weder im Interesse der imperialistischen Großmächte noch der einheimischen Bourgeoisie lag. Die Entwicklung der griechischen Industrie wurde im Rahmen der internationalen Arbeitsteilung an den Bedürfnissen des Weltmarktes orientiert und nicht am nationalen

Interesse einer weitgehend autonomen Wirtschaft⁺. Aus diesem Grund konnte trotz natürlicher Vorkommen von Rohstoffen keine nennenswerte Rohstoffindustrie aufgebaut werden; die Schwerpunkte der Entwicklung lagen somit in der Kleinindustrie und der verarbeitenden Industrie.

⁺ Senghaas (1974:17) dazu: "Wird eine derartige Arbeitstellung über Jahrzehnte - oder wie in diesem Fall über Jahrhunderte - hinweg systematisch betrieben, so entwickelt sich, anders als das Theorem vom komparativen Nutzen in der gängigen Außenhandelstheorie es nahelegt, notwendigerweise eine Kluft zwischen Industrienationen und den Lieferanten von nicht oder nur wenig verarbeiteten Produkten, die sich zu einer eigenständigen Struktur verfestigt. Denn Verarbeitungsprozesse setzen moderne Infrastrukturen voraus, und sie fördern deren Wachstum und Differenzierung in Produktion, Distribution, Ausbildung, Technologie usw. (Spinn-off-Effekte und Agglomerationswirkungen). Eine solche autozentrierte Entwicklung, die ihre Reproduktionsdynamik in sich selbst trägt, ist abhängigen sozioökonomischen Formationen verwehrt, da die sie kennzeichnende abhängige und deformierte Reproduktion (Monokultur, Außenorientierung der dynamischen ökonomischen Sektoren, Marginalisierung u.a.) eben das Ergebnis ihrer arbeitsteiligen Eingliederung in das kapitalistische Weltwirtschaftssystem ist. Ihre Spezialisierung ist nicht selbstgewählt; sie richtet sich, weil funktional abhängig, in erster Linie nach den jeweiligen Bedürfnissen der Metropolen (z.B. Edelmetalle, landwirtschaftliche Produkte, Rohstoffe, billige Arbeitskräfte, Absatzmarkt u.a.)".

Tabelle 19.

Industrieprodukte in Mio Drachmen (1959)-----

	<u>Bruttowert</u>	<u>%</u>	<u>Nettowert</u>
1. Konsumgüter	64,0		56,3
2. Halbfertigprodukte	21,8		24,9
3. Investitionsgüter	11,5		14,9
4. Rest	2,7		3,9

(Ikonimikos Tachidromos-Koutsoumaris
21.11.1968:761).

Der größte Teil der griechischen Industrie hat einen ausgeprägt gewerblichen Charakter, d.h. daß die maschinelle Produktion noch nicht so weit fortgeschritten ist wie in den anderen europäischen Ländern; ein Großteil der Produktion vollzieht sich manuell. In 95% der Betriebe arbeiteten 1960 weniger als 10 Arbeiter, 85% der Fabriken befanden sich in Familienbesitz, und nur 9,8% gehörten Handelsgesellschaften oder waren zu 0,5% im Besitz von Aktiengesellschaften (Nikolinakos 1975:80).

Tabelle 20.

Größe der Fabriken nach der An- zahl der Ar- beiter	Summe der Anzahl der Fabriken in %	Nettopro- duktion in %	Arbeiter in %
- 10	94,5	33	55
10-19	3,3	9	9
20-49	1,4	13	9
50- ...	0,8	45	27

(Nikolinakos 1975:80).

Ein weiteres prägnantes Merkmal ist die Konzentrierung der Industrie im Bereich der großen Städte⁺, aus der ein ausgeprägtes Stadt-Land Gefälle resultiert. Der Anteil der Stadt Athen und ihrer Umgebung an der Industrieproduktion war in den Jahren 1958-1962 von 49,9% auf 56,8% gestiegen. In der gleichen Zeit wohnen alle Industriearbeiter in Athen und Umgebung (Zentralstelle für Programmierung und Wirtschaftsforschung, Fünf-Jahres-Plan 1958-

⁺Vgl. Bougioukos (1977:38): "Die Industrialisierung Griechenlands ist durch zunehmende Konzentration auf die Ballungsräume Athen und Thessaloniki zu Lasten der meisten Inseln und peripheren Festlandgebiete gekennzeichnet; dadurch haben sich die schon bestehenden Regionalprobleme Griechenlands in den letzten Jahren verschärft. Zwar sind die regionalen Ungleichgewichte des Landes mit denen Italiens und Irlands vergleichbar, aber infolge erschwerender geographischer Faktoren schwieriger zu korrigieren".

1962:173).

1965, am Vorabend der Diktatur, steuerten Industrie und Landwirtschaft ungefähr gleich viel zum Bruttonationalprodukt bei, das heißt, daß die Industrieproduktion in den letzten vierzig Jahren deutlich gestiegen war. Diese Ausweitung der Produktion betraf jedoch im wesentlichen nur die verarbeitende Industrie und die Bauindustrie.

Es zeigt sich, daß sich dieser Trend unter der Herrschaft der Diktatur fortgesetzt hatte. Weitere Merkmale der griechischen Industrie waren, daß trotz steigender inländischer Rohstoffproduktion der Anteil der importierten Rohstoffe ständig zunahm und gleichzeitig ein steigender Rohstoffexport zu verzeichnen war (weitere Informationen bei Dobas 1973:35-52).

Tabelle 21.

Die Entwicklung des BNE

	1938	1957	1961	1963	1965	1970	1971
1. Landwirtschaft	34,3	35,6	30,5	30,0	28,8	19,1	17,5
2. Industrie	18,6	24,1	26,3	27,0	26,2	29,8	33,5
3. Dienstleistungen	19,3	19,8	17,7	20,5	20,6	24,2	
4. Handel	11,1	12,0	11,7	11,7	12,1	10,9	
5. Transport- und Kommunikationswesen	5,2	5,5	8,2	8,7	8,3	7,5	
6. Einkommen aus Auswandererrücküberweisungen	7,7	3,0	3,6	4,1	4,0	2,2	49,0
7. Verschiedene Dienstleistungen	3,8	-	-	-	-	6,4	
	100	100	100	100	100	100	100

(Samara 1978:36).

Tabelle 22.
Die Struktur der Industrieproduktion

	BIP									
	1965	1966	1967	1968	1969	1970	1972	1970	1972	1972
Verarbeitungsindustrie	24,4	28,6	31,0	34,4	39,8	45,5	56,3	18,5	21,0	21,0
Bauindustrie	10,8	11,6	12,0	15,4	18,1	19,5	23,1	7,9	9,0	9,0
Elektrizität, Licht-Wasser	2,6	3,0	3,3	3,7	4,3	4,9	6,1	2,0	2,2	2,2
Bergwerke	1,7	2,0	2,1	2,5	3,1	3,4	3,5	1,4	1,3	1,3
	39,5	45,2	48,4	55,9	65,3	73,2	89,0	29,8	33,5	33,5

(Bank von Griechenland: Oktober 1971-1972
und Handelsmarine: 1. Januar 1973 - monatliches statistisches Heft).

Tabelle 23.

Rohstoffe der griechischen Industrien----

<u>Gesamt Industrie</u>	<u>1951</u>	<u>1961</u>	<u>1971</u>
Inländische Rohstoffe	68,3	61,6	51,3
Importierte Rohstoffe	31,7	38,4	48,7

(ESYE 1951, 1961, 1971).

Grund dafür ist, daß es keine bedeutende metallverarbeitende Industrie gab, so daß die unveränderten Roherze und Rohmetalle exportiert wurden und Halbfertigprodukte eingeführt werden mußten. So wurde z.B. Chrom für 120\$ pro Tonne exportiert, um Chromeisen für 630\$ pro Tonne zu reimportieren (Dobas 1973:56).

Die Wirtschaftspolitik der Diktatur versuchte durch verstärkten Import ausländischen Kapitals die Misere der griechischen Wirtschaft zu beseitigen. Zu diesem Zweck wurden die Privilegien, die das Gesetz 309/1953 ausländischen Firmen gewährte, bedeutend erweitert und ausgebaut. "Das fremde Kapital bestimmte zunehmend die Form der griechischen Industrialisierung, aber auch die Form des wirtschaftlichen Wachstums in Griechenland überhaupt" (Charalambis 1980:350).

Investierenden ausländischen Unternehmen wurde der Export von 10% des Nettoprofits erlaubt, und

die Angestellten konnten ihren gesamten unversteuerten Lohn ins Ausland überweisen.

Das Ergebnis dieser Politik bestand darin, daß die Zahl ausländischer Unternehmen ständig stieg, wobei deutlich die Großunternehmen überwogen.

1972 waren von dreißig Betrieben mit Aktiva von mehr als 900 Mio Dr. zwanzig in ausländischem Besitz. 1970 gab es acht Niederlassungen von Konzernen aus dem Bereich der E.G., und 1975 hatte sich diese Zahl verdoppelt. Auffällig war der Anteil der westeuropäischen Unternehmen am investierten Kapital, der 1972 die USA deutlich übertraf.

Tabelle 24.
Produktion einiger wichtiger Rohstoffe und Metall in 1.000 t

Metalle	1938	1956	1965	1967	1970	1971
Lignit	108	798	5.080	5.234	7.681	10.887
Bauxit	180	698	1.270	1.659	2.282	2.833
Magnesit	168	62	315	476	718	906
Dipyritus Magnesit	-	-	64	98	217	269
Eisenerz	349	328	-	-	892	1.165

(1. Ikonimikos Tachidromos 28.11.1968 für 1938
 2. Ikonimikos Tachidromos 18.09.1969 für 1956, 1965, 1967
 3. ESYE März 1972 für 1970, 1971).

Tabelle 25.
Die Beteiligung der ausländischen Firmen an Industriebetrieben in bezug auf die gesamte Summe ihrer Aktiva (1972)

Summe der Aktiva in Mio Drachmen	Summe der Betriebe	Ausländische Firmen	Summe der ausl. Firmen in %	Ausländische Firmen in % der Summe
- 9,9	534	39	32,1	7,3
10,0- 49,9	657	79	39,5	12,0
50,0-199,9	340	78	20,4	22,9
200,0-499,9	81	25	4,9	30,9
500,0-899,9	22	8	1,3	36,4
mehr als 900,0	30	20	1,8	66,7
	1.664	249	100	15,0%

(Mpampanasis, Soulas 1976:139).

Tabelle 26.

Investitionsverteilung des ausländischen Kapitals in Mio Drachmen

	Jahr	USA	E.G.	BRD	Frankr.	Italien	G. Brit.
Griechenland	1964	57,9	16,0	-	-	-	9,0
	1972	34,3	43,1	-	-	-	-

(Nikolinakos 1978:42).

In der gleichen Zeit geriet die in griechischem Besitz befindliche Industrie zusehends unter den Einfluß des griechischen Großkapitals (vgl. Chatzimichalis 1978:90).

"Es wird geschätzt, daß etwa ein Drittel des Anlagekapitals der griechischen Industrie amerikanischer Herkunft ist. Die Bundesrepublik, Frankreich, Italien und die Weltbank haben Kredite an Griechenland gewährt. Die Großreeder Onassis und Niarchos verlegten ihre Büros nach Griechenland. Auf der Grundlage der Förderung der Privatinitiative, deren Wichtigkeit die Militärregierung immer wieder betonte, bedeutet dies, daß die Industrialisierung vorangetrieben wird. Zugleich erweist sich jedoch die Zufuhr ausländischen Großkapitals als Stützung der Oligarchie des Landes. Die privilegierten Bedingungen, unter denen es eingeführt wird, werden zu weiterer Monopolisierung der einheimischen Wirtschaft und zur Festigung der Stellung der Oligarchie führen" (Nikolinakos 1969: 24).

Tabelle 27.
Monopol- und Reederkontrolle der griechischen Industrie

Metal- Eisenindustrie	Anzahl der großen Betriebe	Anteil % des Kapitals dieser Betr. an der ges. I.	Reeder- kapital %	Athen, Thessa- loniki	andere Bezirke
Metal- Eisenindustrie	5	86	60,2	4	1
Transport-Verkehr	5	73,7	70,3	5	-
Ölindustrie	4	72,9	68,4	2	2
Chemische Industrie	6	43	64	4	2
Bank- gesellschaften	2	88	52,4	2	-
Tabakindustrien	3	91	12,2	2	16
Zementindustrien	4	54,3	68	2	2
Papierindustrie	4	69	18	1	3

- (1. ESYE 1971
 2. Ikonimikos Tachidromos No. 1160, April 1972
 3. O.E.C.D. 1974
 4. Chatzimichalis 1978:91).

1969 verfügte die Industrie über 23.825.294 Dr. Eigenkapital und 50.247.247 Fremdkapital (Dobas 1973:81). Der größte Teil davon stammte von den großen griechischen Reedern⁺ (Bakojlannis 1972: 34 und Meynaud 1974 II:164).

Die Diktatur konnte vorwiegend auf Erfolge Ihrer Wirtschaftspolitik verweisen, denn es fanden sich im Durchschnitt bis zu zweistellige Steigerungsraten in der Industrieproduktion.

Tabelle 28.

Industrieproduktion-----

<u>Jahr</u>	<u>Steigerungsrate in %</u>
1964	10,6
1965	8,0
1966	15,4
1967	5,0
1968	8,0

- (1. Bank von Griechenland für die Jahre 1964-1966
2. Angaben der Militärregierung für die Jahre 1967, 1968).

Trotz steigender Produktionsziffern kam es jedoch nicht zu einem echten Rückgang der Arbeits-

⁺Weitere Informationen bei Tabelle 27.

losenzahlen (ESYE der Jahre 1964-1968). Die konstante Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung⁺ wurde nur durch ständige Auswanderung⁺⁺ von Arbeitskräften in die Industrieländer Westeuropas gemildert. Die zunehmende Konzentration und die ausländischen Kapitalinvestitionen führten dazu, daß ein Großteil der bodenständigen Klein- und Mittelbetriebe unrentabel arbeiteten und auf dem Markt nicht mehr konkurrenzfähig waren. Die Zahl der Bankrotte stieg sprunghaft. Von 1961-1971 stellten 52% aller griechischen Betriebe mit weniger als fünfzig

⁺Die Unterbeschäftigung betraf am meisten die in der Landwirtschaft Beschäftigten.

⁺⁺Vgl. Charalambis (1980:91): "Die Emigration grösserer Teile der arbeitenden Bevölkerung, obwohl eine Folge der ausbleibenden Industrialisierung und der Landflucht, entwickelte sich zu einer wichtigen politischen und wirtschaftlichen Hilfe für die Stabilisierung der bürgerlichen Macht in Griechenland. Diese Entwicklung, die zu einer regelrechten Welle angewachsen war, erhöhte den positiven Beitrag der "Adiloi poroi" für die Zahlungsbilanz und stützte damit die nationale Währung".

Beschäftigten ihre Produktion ein⁺ (ESYE 1971, Chatzimichailis 1978:142).

Die Struktur der griechischen Wirtschaft wurde durch die Wirtschaftspolitik der Diktatur nicht wesentlich verändert. Nach wie vor wurde der größte Teil des BSP von der Leichtindustrie und dem Dienstleistungsgewerbe⁺⁺ erbracht, die auch erhebliche Zuwachsraten zu verzeichnen hatten, während der Anteil der Schwerindustrie deutlich unter 10% blieb.

Weiterhin gab es eine große Anzahl kleinerer Betriebe mit primitiver technischer Ausrüstung, die nur existenzfähig waren, weil sie auf billige Arbeitskräfte zurückgreifen konnten, denn die industrielle Reservearmee war groß, und

⁺ Hierbei handelt es sich nicht so sehr um ein quantitatives als vielmehr um ein qualitatives Problem, denn gerade die ausländischen Firmen und Monopole genossen zahlreiche Privilegien und Vorteile des Staates (Steuererleichterung, billige Produktionsmittel). Somit waren sie immer in der Lage, wichtige Wirtschaftszweige der griechischen Wirtschaft zu kontrollieren (z.B. Industriezweige, hochentwickelte Technologien). Somit waren sie oft konkurrenzfähiger als die einheimischen Firmen. Konsequenzen, die sich daraus zwangsläufig ergaben, waren Arbeitslosigkeit und Flucht aus dem Land.

⁺⁺ Weitere Informationen bei Amin 1975:191.

die staatliche Repression⁺ verhinderte gewerkschaftliche Arbeit⁺⁺.

Tabelle 29.
Außenhandelsbilanz Griechenlands in Mio. \$

	<u>1960</u>	<u>1965</u>	<u>1968</u>	<u>1969</u>	<u>1970</u>
Summe	706	1.310	1.713	1.965	2.317
Exporte	209	331	465	531	612
Importe	497	979	1.248	1.434	1.705
Defizit	-288	-648	-783	-903	-1.093

(1. Dobas 1973:101

2. Ikonimkos Tachidromos 16.4.1972).

⁺Vassiliou dazu (1979:97): "Die Griechische Allgemeine Arbeiterföderation (GSEE) stand auch unter Kontrolle des Regimes. Diese Organisation wurde immer von den jeweiligen Regierungen kontrolliert. Georgios Papandreou hatte versucht, sie selbständig zu machen, aber die Apostaten-Regierungen vereitelten diesen Versuch. Die Putschisten verboten die Streiks. Die Verwaltung der Föderation hat erst zwei Jahre später dagegen protestiert, als ihre Mitglieder erfuhren, daß sie aus ihrem Amt entlassen würden".

⁺⁺Die Gewerkschaften wurden vom Staat stark kontrolliert.

Gleichzeitig stieg das Außenhandelsdefizit unaufhaltsam⁺. In den letzten Jahren der Diktatur vermochten die Exporte nur noch ein Drittel des Imports zu decken. Importiert wurden von dem Agrarland Griechenland Lebensmittel, Industrieprodukte und Luxusgüter; die Exporte bestanden unverändert hauptsächlich aus Rohstoffen und Agrarprodukten (Tabellen 30,31).

Ein interessanter Gesichtspunkt ist, daß die ausländischen Unternehmen zu 60% für den Export produzierten und nur den kleineren Teil ihrer Produkte auf dem griechischen Markt absetzten. Acht Jahre Wirtschaftspolitik der Diktatur haben am vorindustriellen Charakter der griechischen Wirtschaft wenig geändert. Die Wirtschaft ist weiterhin nicht importsubstituiert, die Außenhandelsbilanz zunehmend negativ. Zudem ist sie weiterhin abhängig von der landwirtschaftlichen Produktion, die trotz sinkender Anteile am BSP die Devisen für die hohen Importe beschaffen muß⁺⁺. Die Grundstoffindustrie bleibt unterentwickelt, während der tertiäre Sektor einen überproportionalen Zuwachs auf-

⁺Die Begriffe "Außenhandelsdefizit" und "Zahlungsbilanz" wurden von Wapenhaus (1960:73) für den Fall Griechenland ausführlich erläutert.

⁺⁺Weitere Informationen bei Kahl (1975:119).

Tabelle 30.
Exportquote der verschiedenen Produkte

	Lebensmittel, Schlachtvieh	Rohstoffe ohne Brennstoff	Rohstoffe und Chemische Produkte	Chemische Produkte	Mechanische Ausrüstung	Industrie- Produkte
1962	56,2	32,1	0,4	2,4	2,0	6,8
1973	29,2	14,7	14,0	5,5	2,1	34,3

Tabelle 31.
Importquote der verschiedenen Produkte

	Lebensmittel, Schlachtvieh	Rohstoffe ohne Brennstoff	Rohstoffe und Chemische Produkte	Chemische Produkte	Mechanische Ausrüstung	Industrie- Produkte
1962	11,3	9,9	7,3	10,0	37,8	23,6
1972	11,6	9,7	12,3	9,2	36,5	20,6

(ESYE der Jahre 1962-1973).

weist. Die direkte Abhängigkeit vom Auslandskapital hat erheblich zugenommen (vgl. Meynaud 1974 II:167). Der Ausbau der verarbeitenden Industrie orientiert sich an den traditionellen Produkten und Produktionsweisen und vernachlässigt zukunftsweisende Industriezweige, wie z.B. die Elektronik-Industrie.

"Dieses Modell der Industrialisierung verhindert außerdem die Steigerung der technischen Qualifizierung, weil sich das Zentrum die Arbeitsschritte für hochqualifizierte Arbeitskraft reserviert" (Amin 1975:171).

Es gelang der Diktatur nicht, Griechenland aus der Unterentwicklung⁺ und Abhängigkeit zu nationaler Unabhängigkeit zu führen, vielmehr wurde ihre Stellung an der Peripherie des Ka-

⁺ Vgl. Bakojiannis (1972:42): "Gewiß spielen bei der Entscheidung der fremden Unternehmergruppen, in Griechenland zu investieren, auch die geographische Lage des Landes und andere objektive Faktoren eine Rolle. Was fremdes Kapital nach Griechenland zieht, sind primär die sozialen Ungleichheiten und die Mängel der sozialen Struktur. Denn gerade diese Situation bedeutet niedrige Lohnkosten und andererseits Privilegien, die sehr oft einer Ausbeutung gleichkommen".

pitalistischen Weltsystems⁺ zementiert.

7.2 Die Stagnation der Landwirtschaft

Die Landreform von 1953 hatte die feudalen Machtverhältnisse, die bis 1911 auf dem Lande herrschten, radikal beseitigt (vgl. Aglanoglou 1981:223). Seitdem gab es keinen nennenswerten Großgrundbesitz mehr. Die vorher beherrschenden Latifundien waren in kleine Bauernhöfe parzelliert worden. Zur dominierenden Produktionsform war der kleinbäuerliche Familienbetrieb geworden. Dazu kam, daß sich in Griechenland, anders als z.B. in England, nicht das System des "farming capitalist", des kapitalistischen

⁺ Amin (1975:285) dazu: "Zentrum und Peripherie gehören zum selben System. Um dieses Ganze von miteinander verknüpften Phänomenen zu erfassen, darf man nicht von Nationen sprechen, als ob diese autonome Ganzheiten bildeten, sondern man muß von einem Weltsystem sprechen (einem weltweiten Rahmen für den Klassenkampf), das durch starke und schwache Glieder gekennzeichnet ist, wobei sich in den letzteren die Widersprüche am schärfsten zeigen".

Pächters in der Landwirtschaft⁺, durchgesetzt hatte, sondern vor der Landreform vornehmlich kleinbäuerliche Pächter die Landwirtschaft betrieben, die jetzt zu Kleinbesitzern aufrückten (Bakojiannis 1972:35).

Als Folge der Auswanderungswelle, besonders in den sechziger Jahren, tauchte neben den Kleinbauern der Pächter verlassener Bauernhöfe als neuer Produzententyp auf. Diese Pächter beschäftigten häufig Lohnarbeiter, ein neues Merkmal der griechischen Landwirtschaft.

⁺Vgl. Charalambis (1980:228): "Die griechische Landwirtschaft ist integriert, sie ist also kapitalisiert, und zwar in dieser bestimmten Form, die ihre Ausbreitung mittels der Institutionen des Staates im Interesse der Bourgeoisie und der unproduktiv-parasitären Mittelschichten der Städte ermöglichte. Eine Veränderung dieser Form der Ausbeutung der Landwirtschaft bedeutete nicht nur eine Effektivierung der landwirtschaftlichen Produktion - worauf Papandreou faktisch abzielte -, sondern eine Veränderung der Produktions- und Einkommensstruktur, die das Ausbeutungsverhältnis qualitativ verändern müßte. Eine Entwicklung, die eine Einkommens-"Revolution" mit sich bringen würde, da sie den Werttransfer vom Land in die Stadt verringern oder zumindest bremsen müßte. Die Folge wäre nicht nur die Aufhebung der Erpressungsmechanismen gegenüber der Bauernschaft, die durch die Abhängigkeit von Bankkrediten und vom Staat überhaupt zu keiner politischen Eigeninitiative fähig war, sondern sie würde auch auf die vollkommene Ablehnung der unproduktiven Mittelschichten der Städte, die von diesem Werttransfer profitieren, stossen".

Nach dem Census im Jahre 1971 sieht das Verhältnis von Agrarbetrieben zu dem Anteil an kultiviertem Ackerboden so aus:

Tabelle 32. Agrarbetriebe in Stremmata	Zahl der Agrarbetriebe	in %	kultivierte Ackerfläche in Stremmata	in %
1- 9	225.820	21,8	1.134.820	3,2
10- 29	384.320	37,1	7.025.860	19,6
30- 49	209.640	20,2	7.924.740	22,1
50- 99	164.340	15,8	10.926.000	30,5
100-199	42.760	4,1	5.529.880	15,4
200-499	8.840	0,9	2.432.580	6,8
mehr als 500	880	0,1	889.060	2,4
Summe	1.036.600	100,0	35.862.940	100,0

(Abdelidis 1976:98)

Trotz der Landreform hatten sich die materiellen Lebensverhältnisse der Bauern jedoch nicht wesentlich gewandelt. Unverändert verfügte die Mehrheit der Bauern nur über kleine und zersplitterte Ackerflächen (s. Tabelle 32). Nach dem Census von 1971 waren 40% der arbeitenden Bevölkerung in der Landwirtschaft beschäftigt; ein Betrieb besaß durchschnittlich 34,5 Stremmata Boden. 79,1% der Betriebe verfügten über weniger als 50 Stremmata.

Obwohl der Anteil der Landwirtschaft am BNP unverändert 30% betrug, fiel das bäuerliche Pro-Kopf-Einkommen kontinuierlich ab. Die Bauern konnten nur versuchen, durch Intensivierung der Arbeit und Ausdehnung der Arbeitszeit dem Sinken des Lebensstandards entgegenzuwirken. Unter der Wirtschaftsform des freien Marktes und Warenaustausches leisteten die kleinbäuerlichen Produzenten ständig unbezahlte Mehrarbeit.

"In Anbetracht des Niveaus der bäuerlichen Realeinkommen wie deren Verteilung, in Anbetracht der gesellschaftlich notwendigen Arbeitszeit, die die griechischen Bauern zu ihrer Reproduktion aufzubringen haben, kann man fraglos behaupten, daß sie im Preis ihrer Produkte nicht den Wert ihrer Arbeitskraft restituiert

erhalten" (Bakoflannis 1972:80).

Abgesehen von Papandreous Reformpolitik blieb die Agrarpolitik der rechtskonservativen⁺ Regierungen bis 1967 unverändert. Sie hielten an dem System von Garantiepreisen für bestimmte Agrarprodukte, Subventionen für die Produktion von Weizen, Gerste, Baumwolle, Rind- und Hammelfleisch, Zollschutz sowie Höchstpreise für bestimmte Agrarprodukte fest. Die Minimalverordnung von Preisen hatte zum Ziel, den Anbau bestimmter Produkte, die der Regelung ökonomisch nicht sinnvoll erschien, zu verhindern oder wenigstens zu reduzieren.

Die Diktatur⁺⁺ setzte, am Vorbild Metaxas orientiert, populistische Maßnahmen an den Be-

⁺ Damit ist die rechtsorientierte Konservative Partei Griechenlands, E.R.E., gemeint.

⁺⁺ Someritis (1969:138) dazu: "Ein weiterer innerer Widerspruch unterscheidet das heutige Regime von dem des 4. August 1936. Wie wir bereits gesehen haben, genoß das letztere die Unterstützung des griechischen "Establishments". Trotz ihrer bäuerlichen und kleinbürgerlichen Herkunft und trotz ihrer Proklamationen, Griechenland aus der Versklavung durch die etablierten Interessen befreien zu wollen, gleichen die jetzigen Diktatoren ihre Proklamationen mehr und mehr den politischen Interessen des griechischen Establishments an, ja, sie erweisen sich als äußerst freundlich gegenüber den wirtschaftlich Mächtigen und erklären sich zu bedingungslosen Befürwortern des Privatunternehmens. Sie berauben sich auf diese Weise der Sympathien der Arbeiterklasse, ohne das Vertrauen der besitzenden Klassen zu gewinnen".

ginn ihrer Landwirtschaftspolitik. Eine ihrer ersten Maßnahmen war z.B. ein allgemeiner Schuldenerlaß für die Bauern, soweit Verbindlichkeiten gegenüber der Agrarbank bestanden.

Später wurde der Plan "1968-1972" für die Landwirtschaft verabschiedet, dessen erklärte Ziele⁺ eine allgemeine Produktionssteigerung und die Verbesserung der Lebensbedingungen der Bauern waren. Erreicht werden sollten die Mechanisierung der Landwirtschaft, die Ausweitung der bewässerten Ackerfläche durch den Bau von Bewässerungsanlagen, eine Verbesserung der Bildung der Bauern, eine Veränderung im Bereich des Handels und Zwischenhandels und die Verbesserung der Infrastruktur auf dem Lande. Die Instrumente konservativer Landwirtschaftspolitik wurden weitgehend unverändert übernommen. Das System der Garantiepreise wurde jedoch so modifiziert, daß der Staat nur noch nach wirtschaftlicher Lage und in von ihm bestimmten Fällen mit Subventionspreisen eingriff. Außer-

⁺Ziele des diktatorischen Programms für die Landwirtschaft waren: "Sanierung der Landwirtschaft von ihren angehäuften organischen Schwächen, Verwertung der vorhandenen Möglichkeiten zur qualitativen und quantitativen Erhöhung der landwirtschaftlichen Produktion und Organisation der landwirtschaftlichen Betriebe auf selbständiger wirtschaftlich-unternehmerischer Basis" (Koordinationsministerium 1970).

dem wurde ein Plan aus dem "Programm 1966" von Papandreou übernommen, nach dem Garantiepreise nur an Kleinbauern gezahlt wurden, deren Betriebe kleiner als vier Hektar waren.

Mit der Parole "Jedem Bauern ein Haus" wurde ein ehrgeiziges Wohnungsprogramm propagiert. Nach den eigenen Angaben der Diktatur waren bis 1970 48.604 Wohnungen in Bau oder fertiggestellt (Tabelle 33).

Tabelle 33.
Neue Wohnungen

	fertiggestellt	in Bau	insgesamt
Opfer von Naturgewalten	25.894	7.670	33.564
Flüchtlinge	3.743	3.253	6.996
Sozialwohnungen	1.593	1.674	2.667
Arbeiterwohnungen	4.255	1.182	5.437
	35.485	13.179	48.664

(Koordinationsministerium 1970:118).

Trotz aller Proklamationen⁺ wurde nichts gegen das parasitäre Verhalten der Zwischen-⁺⁺ und Großhändler unternommen, das mehr und mehr das bäuerliche Pro-Kopf-Einkommen belastete (Abdelidis 1976:236). Die Produktionskosten der Bauern wurden oft durch die Verkaufspreise nicht gedeckt (Kamarinou 1977:142). Andererseits wurden die Agrarprodukte durch den Zwischenhandel manchmal um bis zu 450% verteuert. Um sich mit den Großhändlern nicht zu überwerfen, duldete die Diktatur zunehmende Importe von Agrarprodukten, die auf dem Inlandsmarkt

⁺Vgl. Vassiliou (1979:135-136): "Es wurde keine Maßnahme gegen die strukturellen Schwächen der griechischen Wirtschaft getroffen. Die charakteristischen Merkmale waren 1973 noch die gleichen wie früher. Dazu gehört:

- a) die dauernd zunehmende negative Warenbilanz und die Bedeutung des Dienstleistungsüberschusses zur Deckung des Warenbilanzdefizits,
- b) das Übergewicht des tertiären Sektors,
- c) das landwirtschaftliche Problem und die für die Bauern im ganzen ungünstige Verteilung der auf Steuererklärungen angemeldeten Familieneinnahmen,
- d) die hohen Anteile der Ausgaben für Verteilung und Verwaltung einerseits und die verhältnismäßig niedrigen Anteile der Ausgaben für Erziehung und Gesundheit andererseits".

⁺⁺Die Agrargenossenschaftsmitglieder oder die Agrargenossenschaften hatten kaum direkte Marktverbindungen. Nur 5% der Agrargenossenschaften haben direkt auf den Binnenmärkten verkauft, 95% lief über Zwischenhändler und machte diese Menschen reich. Die Agrarprodukte wurden durch die Vertéuerung durch die Zwischenhändler zu einem viel höheren Preis verkauft.

die heimischen Produkte konkurrenzunfähig machten⁺.

Der sich schon seit den frühen sechziger Jahren abzeichnende Rückgang der Produktion von Getreide und Gemüse wurde nicht gestoppt. Es fand im Gegenteil eine Zunahme der Produktion von Obst statt. Gleichzeitig stieg der Anbau von Trauben.

⁺Weitere Informationen in: ESYE der Jahre 1970-1974; Entwicklung der griechischen Agrarprodukte, Import-Export Produkte.

Tabelle 34.

Jahr	Import			Export			Handelsbilanz	
	1	2	3	1	2	3	Insgesamt	Agrarprodukt
	alle Produkte	Agrar- produkte	Agrar- import in % des Imports					
1970	58.750	7.457	12,7	19.276	9.694	50,3	- 39.478	+ 2.237
1971	62.942	8.752	13,9	19.874	10.527	53,0	- 43.068	+ 1.774
1972	70.373	9.159	13,0	26.125	12.985	49,7	- 44.274	+ 3.825
1973	102.747	15.337	14,9	42.811	16.450	38,4	- 59.935	+ 1.112
1974	131.558	18.011	13,7	60.890	21.377	35,1	- 70.664	+ 3.336

(ESYE 1970-1974).

Tabelle 35 I.
Verteilung der Agrarprodukte nach Ackerfläche

	1961	1967	1970	1971
Getreide	51,6	49,2	48,0	48,2
Hülsenfrüchte	2,4	2,2	3,1	3,0
Gemüse	5,6	5,9	3,8	3,8
Industrieprod.	10,6	8,7	7,6	7,2
Viehfutter	9,5	11,8	12,2	12,1
Trauben	4,7	4,2	6,3	6,2
Obstbäume	15,6	18,0	19,0	19,5
	100	100	100	100

(ESYE 1961, 1967, 1970, 1971).

Tabelle 35 II.
Agrarproduktion in tausend Tonnen

Produkte	1964	1967	1969
Weizen	2.169	1.848	1.752
Reis	113	108	103
Getreide	754	1.261	-
<u>Industrieprodukte</u>			
Tabak	133	106	66
Baumwolle	184	264	310
Zuckerrüben	533	899	1.027
<u>Obst, Gemüse</u>			
Gemüse	2.583	2.923	2.990
Zitrusfrüchte	413	305	583
Obst	405	475	542
Nüsse	104	133	112
<u>Viehfutter</u>			
Getreide	567	1.177	958
Heu	1.295	1.810	1.882
Früchte	66	71	59
Verschiedenes	111	131	112

(Dobas 1973:89).

Es entstand somit die paradoxe Situation, daß die Landwirtschaft für den Export produzierte, während Grundnahrungsmittel importiert wurden (vgl. Dobas 1973:89). Die Produktion von Fleisch und Milchprodukten verzeichnete zwar keinen Rückgang, erreichte jedoch das niedrigste Niveau seit Jahrzehnten.

Tabelle 36.
Agrarproduktion in tausend Tonnen

Produkte	1964	1967	1969
Olivenöl	129	194	156
Rosinen	146	147	174
Weinmost	403	458	518
<u>Tierproduktion</u>			
Fleisch	216,4	250	280
Rindvieh, Schafe	142,2	160	172
Geflügel	29,5	46	58
Schwein	35,7	42	47
Rest	3	2	3
Milch	-	1.295	1.306
Käse	109	122	115
Eier	84	93	100

(Bank von Griechenland 1964, 1967, 1969).

Um die Versorgung der Bevölkerung zu gewährleisten, mußten Fleisch und Milcherzeugnisse importiert werden.

1967 gab es 6.500.000 Stremmata bewässerte Fläche; 1971, gegen Ende der Diktatur, war eine Zunahme um 800.300 Stremmata zu verzeichnen, wobei der größte Teil - 72,4% - der neuen bewässerten Fläche durch Eigeninitiative der Bauern und nur der geringere Teil - 27,6% - mit staatlicher Unterstützung geschaffen wurde (Plastiras 1980:33). Trotz Zunahme der bewässerten Anbaufläche war ein Rückgang der gesamten Anbaufläche zu verzeichnen (Abdelidis 1981:16). Entgegen der offiziellen Planung, die eine jährliche Steigerung des bäuerlichen Pro-Kopf-Einkommens von 5,8% vorsah, fiel der Zuwachs mit 1,8% erheblich geringer aus. Trotz Erhöhung der Agrarpreise von 10% auf 15% gelang es nicht, den allgemeinen Anstieg der Lebenshaltungskosten zu kompensieren. Besonders die Preise für Industrieprodukte (Tabak, Baumwolle) stiegen drastisch an.

Tabelle 37.
Die Entwicklung des Preisindex

Großhandelspreisindex (1961=100)	1968	1969	1970	1971	1972	1973
Allgemein	113,9	118,3	122,9	127,2	135,2	166,9

Verbrauchspreisindex (1974=100)	1968	1969	1970	1971	1972	1973
Allgemein	60,2	61,7	63,5	65,4	68,2	78,8
Lebensmittel	55,4	57,3	52,1	62,1	64,6	78,3

(OECD-Bericht 1977:46).

Man muß davon ausgehen, daß die Preissteigerungen erheblich über den offiziellen Preisen lagen, da die meisten Güter nur zu bis zu 25% überhöhten Schwarzmarktpreisen zu haben waren. Die Einkommenssituation der Bauern wurde verschärft, weil sie in hohem Maße durch die indirekten Steuern⁺ betroffen waren, aus denen der griechische Staat rund 80% seines Steueraufkommens bezog.

Von 1963-1973 läßt sich ein stetiger Rückgang des Anteils der Landwirtschaft am BSP verzeichnen, im wesentlichen zugunsten des Dienstleistungssektors. Gleichzeitig schrumpfte auch die Zahl der in der Landwirtschaft Beschäftigten. Diese Tatsache fand ihr Gegenstück in der anfänglich konstanten, gegen Ende der Diktatur ansteigenden Zahl der Auswanderer. 1967-1974 wanderten 200.000 Griechen in die BRD aus, während die Arbeitslosigkeit in Griechenland inoffiziell 25% und nach den offiziellen Statistiken 6% betrug (Fischer, Rondolz, Farakos 1974:28).

Trotz aller Proklamationen gelang es der Diktatur nicht, die Situation des wichtigsten grie-

⁺"Die indirekte Steuer wird hauptsächlich in Form von Konsumsteuer erhoben und belastet so vor allem die niedrigen Einkommen" (Kahl 1975:90).

chischen Erwerbszweiges entscheidend zu verbessern. Es kam weder zur propagierten Verbesserung der Einkommen noch wurden die Produktionssteigerungen realisiert, die man geplant hatte. Im Gegenteil fanden sich in wichtigen Bereichen der Landwirtschaft Rückgang und Stagnation.

Tabelle 38

Anteil der Sektoren am BSP und an der aktiven Bevölkerung

	Anteil am BSP in %			Anteil an der aktiven Bevölkerung in %		
	1952	1962	1970	1952	1962	1971
Landwirtschaft	33,3	27,6	20,2	56,8	53,4	40,9
Industrie	21,4	26,6	32,8	21,1	22,4	24,2
Großindustrie	16,4	17,9	-	13,3	13,1	-
Dienstleistung	43,9	42,9	47,0	22,1	24,2	34,9

(Kahl 1975:118).

Tabelle 39.
Ackerfläche der Agrarprodukte in %

	1938	1951	1961	1967	1970	1971
Getreide	61,0	62,1	51,6	49,2	48,0	48,2
Hülsenfrüchte	4,6	3,6	2,4	2,2	3,1	3,0
Gemüse	3,4	4,8	5,6	5,9	3,8	3,8
Industriepflanzen	7,3	8,4	10,6	8,7	7,6	7,2
Viehfutter	5,0	4,0	9,5	11,8	12,2	12,1
Trauben	7,1	6,4	4,7	4,2	6,3	6,2
Obst	11,6	10,7	15,6	18,0	19,0	19,5
	100	100	100	100	100	100

(ESYE der Jahre 1938, 1951, 1961, 1967, 1970, 1971).

Die griechische Landwirtschaft war zu dieser Zeit weniger denn je in der Lage, für die Versorgung der eigenen Bevölkerung aufzukommen. Eine uneinheitliche Wirtschaftspolitik ließ es zu, daß wichtige Agrarprodukte importiert und heimische Produzenten ruiniert wurden. Der traditionelle Tabakproduzent führte in steigendem Maße ausländischen Tabak ein. Die Verarmung der Bauernschaft nahm zu, viele Bauern mußten, um den Lebensunterhalt für sich und ihre Angehörigen zu verdienen, Arbeit im Ausland suchen. Diese Tatsachen sind umso wichtiger, als die Wirtschaft Griechenlands und besonders die Wachstumsrate der Industrieproduktion weiterhin von der Landwirtschaft abhängig sind. Denn die landwirtschaftlichen Produkte bringen immer noch den weitaus größten Anteil der Exporte auf; sie sind deshalb die wichtigste Quelle zur Beschaffung von Devisen und zum Ausgleich der chronisch negativen Handelsbilanz (Papandreou V.1981: 243-244).

7.3 Das überproportionale Wachstum des Dritten Sektors

Der Dienstleistungssektor ist der wichtigste Erwerbszweig der griechischen Wirtschaft; schon vor dem Zweiten Weltkrieg wurden hier 51% des BNP erarbeitet. Zwischen 1950-1960 wuchs der Dienstleistungssektor jährlich um 4,7%, zwischen 1960-1970 um 6,7%, und zwischen 1970-1974 gab es eine Steigerung von 6,2% jährlich (Nationalstatistik Griechenlands und Tab. 40, 41, 42).

Tabelle 40.

Anteil der arbeitenden Bevölkerung-----

	<u>1961</u>	<u>1971</u>	<u>1975</u>
Primärer Sektor	53,80	40,51	37,63
Sekundärer "	19,0	25,62	28,75
Tertiärer "	27,20	32,87	33,62
	<u>100</u>	<u>100</u>	<u>100</u>

(Delivani-Negreponti 1981:82).

Tabelle 41.
Anteil der drei Sektoren an der Produktion des BNP
 (in stabilen Preisen des Jahres 1958)

	1938	1951	1960	1970	1974
Landwirtschaft					
(Fischerei- Forstwirtschaft)	34,3	30,0	24,4	18,4	16,9
Industrie					
(Bergwerke, Bauindustrie, verarbeitende Industrie)	18,6	19,0	26,0	33,2	35,5
Dienstleistung	47,1	51,0	49,6	48,4	47,6
	100	100	100	100	100

(ESYE der Jahre 1938-1974).

Tabelle 42.
Entwicklung des Dienstleistungssektor nach Branchen
jährlich (J) und durchschnittlich (d) in % (BNP)

	1950-1960		1960-1970		1970-1974	
	1950=100	J, d %	1960=100	J, d %	1970=100	J, d %
1. Transport (außer Bahn)	175,7	5,8	250,6	9,7	133,0	6,8
a. Übersee	174,5	5,7	194,2	6,9		
b. Verschiedene	172,6	5,6	245,4	9,4		
2. Handel	185,1	6,4	206,6	7,6	138,7	8,6
3. Banken	140,7	3,5	192,3	6,8		
4. Bauwesen	153,3	4,3	173,4	5,6	132,1	7,2
5. Verwaltung/ Versicherung	128,8	2,6	119,3	1,8	126,3	6,0
6. Gesundheit/ Bildung	166,6	5,3	183,5	6,3	120,8	4,9
7. Verschiedene	158,5	4,7	214,6	8,0	113,7	3,3
	159,0	4,7	191,0	6,7	133,0	6,8

1. Nationale Rechnungen Griechenlands 1948-1970; 120-121, No. 1, und 2. ESYE 1975:430).

Werden die globalen Wachstumsraten nach Branchen aufgeschlüsselt, so fanden sich die größten durchschnittlichen Zuwachsraten im Transport- und Kommunikationswesen sowie in der Handelsmarine. Einer der Gründe dafür ist, daß die Reeder eine starke Interessengruppe⁺ bildeten und schon früh starken Einfluß auf die Wirtschaftspolitik ausgeübt hatten. Um die Reeder, die ihre Schiffe häufig unter der Flagge der sogenannten Billigländer⁺⁺ fahren ließen, zu bewegen, ihre Geschäfte wieder unter griechischer Flagge zu betreiben, räumte ihnen die Diktatur erhebliche staatliche Subventionskredite und massive Steuerprivilegien ein. Gleichzeitig stagnierte das Gesundheitswesen.

⁺Bakojannis erläutert die Vorgeschichte der Reedergruppe (Großbourgeoisie): "Das nicht agrarische Bürgertum Griechenlands war, wie gesagt, in erster Linie außerhalb des griechischen Stammlandes ansässig, in Kleinasien, auf den Inseln, in Ägypten und in relativ hohem Maße auch in fremden Nationalstaaten wie England und Frankreich und konnte allein von daher sich nicht zu einer geschlossenen Partei formieren. Es bestand dazu auch kein zwingender Anlaß, denn seine wesentlichen ökonomischen Interessen lagen eben in hohem Maße nicht innerhalb Griechenlands, sondern im Kontext des internationalen Handels" (1972:35).

⁺⁺"Man konnte auf jegliche Arbeitsgesetzgebung verzichten bzw. alle entsprechenden Konventionen und Gesetze umgehen. Die Lösung hieß: Billigflaggen. Die Flaggen von Panama, Honduras, Liberia etc." (Charalambis 1980:55).

Tabelle 43.
Der Dienstleistungssektor in bezug auf das BNP (in Preisen von 1958 und 1970, in %)

	1950	1955	1960	1965	1970	1974
1. Transportwesen	13,0	13,3	14,3	15,9	18,8	15,7
Übersee	2,0	2,2	2,2	2,3	2,1	-
Transport (ohne Bahn)	8,8	8,7	9,6	10,1	12,3	-
2. Handel	20,2	22,1	23,5	24,9	25,5	29,4
3. Banken	4,9	4,8	4,4	4,2	4,3	-
4. Wohnungen	22,0	21,8	21,2	19,4	19,3	16,9
5. Öffentlicher Dienst/ Versicherung	19,1	17,6	15,5	12,9	9,7	17,2
6. Gesundheit/Bildung	7,4	7,2	7,8	7,9	7,5	8,7
7. Andere Dienstleistungen	13,4	13,2	13,3	14,8	14,9	12,1
	100	100	100	100	100	100

(Mpampanasis 1976:88)

Das ist ein Indiz dafür, daß 1968 nur 6,1 Krankenbetten pro 1.000 Einwohner zur Verfügung standen und die Zahl der Ärzte nur 1,6 pro 1.000 Einwohner betrug. Ein weiterer Beleg ist die hohe Säuglingssterblichkeit, die zwar seit den sechziger Jahren einen deutlichen Rückgang zeigte, aber 1960 mit 34,4 pro 1.000 Lebendgeburten immer noch zirka dreimal höher als z.B. in Westeuropa war. Auch das Bildungswesen blieb veraltet und rückständig und wurde den eigenen Bedürfnissen einer sich industrialisierenden Gesellschaft nicht gerecht (Tab. 44, 45).

Tabelle 44.
 Öffentliche Ausgaben (ohne Transferzahlungen) und ihre prozentuale Zusammensetzung
 (in laufenden Preisen, in Mio. Drachmen)

	1967	1968	1969	1970	1971	1972	1973	1974
Verwaltung	9.171 32,6 9.836	9.776 32,3 10.834	10.868 32,0 12.524	12.175 32,2 13.836	13.596 32,9 14.893	15.026 32,7 16.703	18.927 34,1 19.385	23.904 30,6 31.796
Verteidigung	35,0 1.569	35,8 1.643	37,0 1.738	36,7 1.815	36,0 1.925	36,4 2.115	35,0 2.416	40,7 3.266
Justiz/Polizei	5,6 2.310	5,4 2.396	5,1 2.692	4,8 3.030	4,7 3.311	4,6 3.960	4,4 4.812	4,2 6.328
Gesundheit	8,2 433	7,9 429	7,9 434	8,0 495	8,3 519	8,1 543	8,7 674	8,1 824
Sozialvers./Wohlfahrt	1,5 4.323	1,4 4.602	1,3 5.012	1,3 5.648	1,2 6.272	1,2 6.807	1,2 8.394	1,0 10.738
Erziehung	15,4 488	15,2 545	15,0 604	15,0 743	15,1 746	14,8 789	15,1 839	13,8 1.215
Sonstiges	1,7 28.130	1,8 30.225	1,8 33.872	2,0 37.742	1,8 41.362	1,7 45.943	1,5 55.447	1,6 78.071
	100	100	100	100	100	100	100	100

(1. National Accounts of Greece 1958-1975
 2. Ministry of Coordination, Athen 1976:113-115).

Tabelle 45.
Das Bruttonationaleinkommen (BNP)

	1938	1957	1961	1963	1965	1970	1972
Landwirtschaft	34,4	35,6	30,5	30,0	28,8	19,1	17,5
Industrie	18,6	24,1	26,3	27,0	26,2	29,8	33,5
Dienstleistungen	19,3	19,8	19,7	20,5	20,6	24,2	
Handel	11,1	12,0	11,7	11,7	12,1	10,9	49,0
Transport/Kommunikation	5,2	5,5	8,2	8,7	8,3	7,4	
Auslandsüberweisung	7,7	3,0	3,6	4,1	4,0	2,2	
Andere Dienstleistungen	3,8	-	-	-	-	6,4	
	100	100	100	100	100	100	100

(Samaras 1978:36).

Der Anteil der Beschäftigten im tertiären⁺ Sektor nahm von 1961-1978 kontinuierlich von 27,2% auf 36,3% zu. Gleichzeitig konnte man einen leichten Rückgang des tertiären Sektors an der Erwirtschaftung des BNP im selben Zeitraum verzeichnen, woraus eine ständige Abnahme der Produktivität resultierte. Für den gleichen Zeitraum läßt sich sicher nachweisen, daß die im Dienstleistungssektor Beschäftigten auch den größten Teil des NE stellten.

Aus diesem Zusammenhang heraus ist es verständlich, daß die Tourismusbranche zusammen mit den Überweisungen der Auswanderer in zunehmendem Maße das steigende Außenhandelsdefizit Griechenlands kompensieren mußten (vgl. Samaras 1978:35). Der große Nachteil einer solchen Einnahmequelle ist ihre Instabilität, da sie von mannigfaltigen Einflüssen abhängig ist.

⁺"Der Dritte Sektor (Handel, Dienstleistungen, Verwaltung usw.) liefert in den entwickelten kapitalistischen Ländern 40% bis 50% des Bruttosozialprodukts, in den unterentwickelten Ländern 30% bis 60%: um 30% in den Weltmarkt weniger integrierter Länder (Länder im Innern Afrikas, Afghanistan usw.), über 50%, häufig sehr viel mehr noch, bei hohem Grad der Integration in den Weltmarkt" (Amin 1975:191).

Tabelle 46

	Handelsdefizit in Mio \$	Defizit (Inflations- bereinigt)
1967	694	219
1968	768	243
1969	884	336
1970	1.084	402
1971	10.302	327
1972	1.572	368
1973	2.800	1.175

(Bank von Griechenland - statistische Angaben).

Die Zunahme des tertiären Sektors in der griechischen Wirtschaft zeigt nicht wie in den Industriestaaten einen parallelen Verlauf zu dem primären Sektor, sondern er ist traditionell erheblich stärker entwickelt. Seine Expansion resultiert nicht aus der Notwendigkeit, einen wachsenden Surplus zu absorbieren, sondern ist die Folge der internationalen Arbeitsteilung, die den abhängigen Wirtschaften die Verwertung des unproduktiven Zirkulationskapitals zuweist (Baran-Sweezy 1967:58).

Die Hypertrophie des tertiären Sektors ist somit ein weiterer Hinweis für die Rückständigkeit der griechischen Wirtschaft.

"Wenn ein hoher Anteil des Volkseinkommens in einem Land aus Dienstleistungen entsteht, dann kann das sowohl ein Indiz für eine ausgespro-

chen rückständige Gesellschaft, wenn eine breite Basis an Industrieprodukten vorhanden ist, ein Indiz für eine sog. Wohlstandsgesellschaft sein. Beide Phänomene sind im gegenwärtigen kapitalistischen System international verbunden" (Bakojannis 1972:34).

8. Die Agrargenossenschaften unter der Diktatur

8.1 Die allgemeine Entwicklung der Agrargenossenschaften und die Politik der Diktatur.

Der Wirtschaftspolitik der Diktatur lag ein wirtschaftsliberales Konzept zugrunde. Gleich nach der Machtübernahme wurde offiziell eine Politik für den freien Markt proklamiert. In diesem Konzept gab es keinen Platz für die Agrargenossenschaften. "Wo es Interesse privater Unternehmen gibt, muß eine Einmischung der Agrargenossenschaften vermieden werden" (Rosler 1968:387).

Da die Mehrheit der Agrarbevölkerung in Griechenland organisiert war und wegen des bedeutenden Anteils der Agrargenossenschaften an der landwirtschaftlichen Produktion mußte die Diktatur alles daran setzen, die Genossenschaftsbewegung zu kontrollieren. Dabei kam der Diktatur die schon bestehende mittelbare und unmittelbare Abhängigkeit der Agrargenos-

senschaften vom Staat zugute. Zusätzlich wurde das Gesetz 31/1967 verabschiedet, das alle Verwaltungs- und Aufsichtsräte auflöste und die staatlich nominierten Vertreter aus diesen Räten zurückrief. Die neuen Verwaltungs- und Aufsichtsräte der Agrargenossenschaften und der PASEGES wurden entweder direkt von der Diktatur delegiert oder von staatlichen Präfekten nominiert. Bis zum Zusammenbruch der Diktatur fanden keine Wahlen zu den Selbstverwaltungsorganen mehr statt. Eine demokratische Mitbestimmung der Mitglieder gab es nicht mehr, Kritik und abweichende Meinungen waren verboten⁺. Die Zusammenarbeit wurde erzwungen, der freie Zutritt zu den Agrargenossenschaften war nicht mehr gewährleistet, den Gegnern des Regimes war der Eintritt verwehrt. Gleichzeitig wurden die Agrarvereine⁺⁺ aufgelöst und verboten, besonders wurden die Vereine der landlosen Bauern verfolgt, weil viele von ihnen aktiv an Protestaktionen und Demonstrationen beteiligt und zugleich Mitglieder sogenannter progressiver Parteien (Zentrumsunion, EDA) waren.

⁺Nach Angaben des Interviews mit dem Direktor der Union von Jiannitsa, den 15. Mai 1981.

⁺⁺Die Agrarvereine sind als Verband und nicht als Genossenschaft organisiert.

Viele kommunistische und progressive Bauern aus diesem Verein wurden verfolgt oder ins Exil getrieben (Z. Thessaloniki, 9. November 1981). Mit der Aufhebung der Versammlungs- und Vereinsfreiheit sowie des Streikrechtes war es den Bauern unmöglich, sich außerhalb der staatlich kontrollierten Agrargenossenschaften zu organisieren.

"Das staatlich geförderte Genossenschaftswesen bot sich dann auch dem Militärregime nach 1967 als geeignetes Herrschaftsinstrument und als Kontroll- und Spitzelmechanismus zur Unterdrückung der Bauern an" (Z. Ta Nea, vom 25. September 1974: 9 -No 8967).

Neben dem direkten Einfluß durch ihre Vertreter in den Selbstverwaltungsorganen bediente sich die Diktatur, wie auch schon ihre Vorgänger, der Kreditvergabe als Werkzeug zur Durchsetzung ihrer Politik. Wie vor der Diktatur wurden zum größten Teil kurzfristige Kredite gewährt und nicht langfristige, niedrigverzinsbare, die den Bauern am meisten geholfen hätten.

Tabelle 47.
Kredite der Agrarbank in Mio. Drachmen

	Kurzfristige Kredite			Summe	Mittel- und langfristige Kredite	Summe
	Für Ackerbau	Pfand	Agrargenos- senschaft			
1966	3.693,4	890,9	3.116,2	7.700,5	1.800,4	9.500,9
1967	4.117,5	958,6	2.909,0	7.985,1	3.001,2	10.986,3
1968	5.088,0	950,3	3.104,6	9.142,9	4.556,4	13.699,3
1969	5.799,3	722,3	3.695,4	10.217,0	4.486,6	14.703,6
1970	6.578,8	912,4	4.247,4	11.738,6	4.851,0	16.589,6
1971	7.818,0	913,0	4.537,0	13.268,0	5.839,0	19.107,0

(Agrarbank 1966-1971).

Durch das Antragssystem, das die Entscheidung über den Kredit nicht nur der Bank, sondern auch dem Direktor der Agrargenossenschaften überließ, wurde erreicht, daß die Gelder nur politisch "zuverlässigen" Bauern (Sympathisanten oder Vertrauten des diktatorischen Regimes) zugute kam. Häufig war aber auch Korruption und Vetternwirtschaft im Spiel. 1969 stellte die Union von Jiannitsa einen Kreditantrag. Das Geld sollte zum Bau einer Obstkonservenfabrik dienen. Der Antrag⁺ wurde ohne Begründung abgelehnt. Einige Monate später baute Garufallas, ein Großunternehmer, mit öffentlichen Geldern die Fabrik. Die Bauern wurden unter diesen Bedingungen immer passiver und

⁺Das diktatorische Regime hat viel proklamiert und wenig getan. Vgl. Koordinationsministerium (Public Relations Service, Athen 1970:38): "Einen wirksamen Faktor für die Entwicklung und Modernisierung der Agrarwirtschaft stellte seit der Revolution die hohe und rationell verteilte Finanzierung aller Branchen der Primärproduktion dar. Die Kreditpolitik der Nationalregierung zielte vor allem auf die Befreiung der Agrarwirtschaft von der Last nicht programmierter und anti-produktiver Finanzierungen ab, auf die Erweiterung und Modernisierung des Agrarkapitals, Steigerung der Produktion und Leistung der Landwirtschaftsbetriebe, Schaffung und Ausbau landwirtschaftlicher Industrien, Unterstützung bei Förderung dynamischer, produktiver Branchen, neuorientierte Tätigkeit unserer Bauern und schließlich auf gesunde Wohnverhältnisse und Lebenskomfort".

apathischer. Der Rückgang der in der Agrargenossenschaftsbewegung organisierten Mitglieder war eine unausbleibliche Konsequenz.

1966 waren 750.000 Mitglieder in 7.000 Agrargenossenschaften und über 130 Unionen organisiert (Mavrojiannis 1979:176).

1971 hatten die Agrargenossenschaften um 5,5% und ihre Mitgliederzahl um 4% abgenommen, und bis 1973 gab es einen erneuten Rückgang um 6,4% bzw. um 5,5%.

Trotz zunehmender Passivität und Unterdrückung durch die Diktatur und ihrer antikommunistischen Propaganda kam es zu mehreren großen Bauerndemonstrationen, als der Staat zugunsten des Großkapitalisten Andreadis in Megara ein Elektrizitätswerk im Verwaltungsbezirk Kavala enteignen wollte (Nikolinakos 1974:155).

Tabelle 48.
Zahl der Agrargesellschaften

Jahr	Ag. in Funktion	Ag. nicht in Funktion	Insg.	Mitgl.	Kapital in Funktion	Mitglieder- durchschnitt
1965	7.733	1.055	8.788	755.000	011.238.000	98
1966	7.766	1.179	8.945	754.513	-	97
1967	7.721	1.144	8.865	753.717	703.553.000	97
1968	7.776	1.109	8.885	754.513	858.081.000	97
1969	7.635	913	8.548	755.300	959.300.000	99
1970	7.493	866	8.359	745.111	1.068.200.000	99
1971	7.333	756	8.089	726.512	-	99
1972	7.249	-	-	713.625	-	99
1973	7.115	468	7.583	699.670	-	98
1974	7.050	427	7.477	697.590	-	99

(1. Agrarbank - "Stimme der Genossen" -

2. Agrarbank-Klimis "Griechenlands Landwirtschaft" (Art)
1960 in (Mag.) Neue Agrarrundschau.

8.2 Die Agrargenossenschaft ersten Grades am Beispiel Vasilika

Vasilika ist ein Dorf in Nordgriechenland, 27 km von Thessaloniki entfernt, mit ca. 7.000 Einwohnern. Die meisten Einwohner sind in der umliegenden Landwirtschaft beschäftigt. Angebaut werden vor allem Obst und Gemüse, häufig in Treibhauskulturen. Getreideanbau und Weinbau werden ebenfalls betrieben, haben aber längst nicht die Bedeutung wie der Gartenanbau. Die landwirtschaftliche Genossenschaft Vasilikas wurde 1917 gegründet⁺. Damals hatte sie 17 Mitglieder, heute zählt die Genossenschaft 350⁺⁺ Genossenschaftsbauern. Sie ist hauptsächlich Kredit- und Versorgungsgenossenschaft. Der Verwaltungsrat besteht aus 5, der Aufsichtsrat aus 3 Personen. Die Genossenschaftsanteile kosten zur Zeit 20.000 Dr. Wirtschaftlich arbeitet sie besonders mit Unionen des Kreises (Nomos) und den benachbarten Agrargenossenschaften ersten

⁺ Wiedergegeben nach der Sekretärin der Genossenschaft/Interview vom 22. Oktober 1981.

⁺⁺ Die Zahl der Mitglieder ist nicht repräsentativ, da die durchschnittliche Mitgliederzahl 100 Personen beträgt.

Grades zusammen. Sie betreibt auch einen bescheidenen Außenhandel, indem sie Kunststoffgegenstände des täglichen Gebrauchs und für die landwirtschaftliche Produktion direkt aus Frankreich importiert.

Die Genossenschaft vermittelt an ihre Mitglieder Vorzugskredite der Agrarbank. Im Jahre 1980 betrug der Einzelkredit 200.000 bis 300.000 Dr. Außerdem empfiehlt sie ihren Mitgliedern, Konten bei der Agrarbank zu führen und ihr Geld dort zu einem Vorzugszins (1980: 13,5%) anzulegen. Die Genossenschaft besitzt einen Supermarkt, ein Lagerhaus von 900 m², zwei Transportwagen, einen Tankwagen, eine Brückenswaage sowie eine eigene Tankstelle. Im Supermarkt werden die eigenen Produkte zu Vorzugspreisen an die Mitglieder verkauft. Außerdem vertreibt die Agrargenossenschaft Dünger und Pflanzenschutzmittel der Agrarbank zu besonders günstigen Preisen. Mit dem Lastwagen werden die Produkte zum Markt der nahegelegenen Großstadt Thessaloniki transportiert, um so den Zwischenhandel zu umgehen. Mit der Tankstelle und dem Tankwagen werden die Betriebe mit Treibstoff für die landwirtschaftlichen Nutzfahrzeuge und mit Brennstoff für die Treibhäuser und Haushal-

te versorgt. Für Ihre Aktivitäten als Genossenschaft ersten Grades bekam Vasilika 1981 eine Auszeichnung vom Landwirtschaftsministerium.

Während der Diktatur hat die Agrargenossenschaft weiter bestanden und gearbeitet. Es gab jedoch keine Wahlen zu den Selbstverwaltungsorganen; Verwaltungs- und Aufsichtsräte waren vom Landwirtschaftsministerium oder der Kreisbehörde eingesetzt worden. Linke⁺ und liberale⁺⁺ Genossenschaftsmitglieder waren Verfolgung und Pressionen ausgesetzt. In der wirtschaftlichen Entwicklung der Agrargenossenschaft zeigte sich ein ständiger Rückgang der Mitgliederzahl mit einer sprunghaften Zunahme in den Jahren nach der Diktatur.

⁺ Mitglieder der EDA; diese Partei hat viele gemeinsame Ziele mit den heutigen eurokommunistischen Parteien; Sympathisanten der illegalen K.K.E. (Kommunistische Partei Griechenlands).

⁺⁺ Mitglieder der Zentrumsunion.

Tabelle 49.
Die Kapitalentwicklung der landwirtschaftlichen Kredit-Genossenschaft von Vasilika in Dr.
(1968-1974)

<u>Jahr</u>	<u>Rücklagen</u>	<u>Zusätzliche Rücklagen</u>	<u>Abschreibungen</u>	<u>Genossenschaftsanteile</u>
1968	28.299	227.103	481.972	1.207.000
1969	28.319	227.103	533.418	1.236.000
1970	44.642	267.205	567.380	1.236.000
1971	37.947	267.205	545.078	1.176.000
1972	42.472	273.167	615.239	1.220.000
1973	47.406	273.167	657.420	1.086.000
1974	50.796	273.167	680.166	1.745.000

(Agrarbank, Wirtschaftsjahresberichte 1968-1974).

Die Gewinne und Rücklagen⁺ zeigten in der gesamten Zeit eine positive Entwicklung. Wie überall im Land bildete auch in Vasilika die Kreditvergabe⁺⁺ einen besonderen Mißstand, da die Kontrolle der Funktionäre durch die Mitglieder nicht gewährleistet war⁺⁺⁺. Bei der Kreditvergabe waren der Korruption und Willkür Tür und Tor geöffnet. Die üblichen Auflagen wurden häufig umgangen, und die Kredite konnten leicht zweckentfremdet werden.

Vasilika verfügt über einen Kindergarten, ein Gymnasium und zwei private Fremdsprachenschulen. Die Mädchen und Frauen auf dem Dorf haben weniger Möglichkeiten als die Jungen oder Männer, die Schule zu besuchen oder sich am sozialen Leben aktiv zu beteiligen. Dieses Bild

⁺Die Agrargenossenschaften sind gesetzlich verpflichtet, 10% des jährlichen Ertrages bei der Agrargenossenschaft als Rücklage zu deponieren.

⁺⁺"Das griechische Genossenschaftswesen ist - abgesehen von seinem zahlenmäßigen Umfang - schwach und auf einzelne Funktionen (z.B. Verteilung von Krediten) beschränkt" (Kahl 1975:102).

⁺⁺⁺Vgl. Heckt (1980:10): "Das Prinzip der Selbstverwaltung ist heute zumindest teilweise durchgebrochen, da die verantwortliche Leitung der Genossenschaft in vielen Fällen von bezahlten Fachkräften ausgeübt wird".

ist durch Tradition und bis 1980 durch die Gesetzgebung verfestigt worden. Die Benachteiligung der Frau in Stadt und Land entspricht bzw. entsprach jedoch nicht den sonstigen Fortschritten und Entwicklungstendenzen.

1974 war Ich⁺ in Vasilika Zeugin der Zurückhaltung der Frau gegenüber politischen Ereignissen des Landes. Als die Parlamentswahlen (erste Wahlen nach der Diktatur) stattfanden, nahm keine Frau aktiv am Wahlkampf teil. Die Enttäuschung der Kandidaten war später groß, als sie feststellen mußten, daß die Frauen nicht zu den Wahlversammlungen kamen, sondern daß statt dessen nur ihre Männer erschienen waren. Das war ein Beweis dafür, daß die Bäuerinnen nicht nur unterdrückt wurden, sondern daß sie gleichzeitig apathisch waren und einen Platz am Rande der Ereignisse einnahmen.

Trotz meines häufigen Erscheinens im Büro der Agrargenossenschaft in Vasilika habe ich keine

⁺ Die folgenden Ausführungen entsprechen persönlichen Erfahrungen, die von mir in Vasilika gemacht wurden.

weiblichen Mitglieder⁺ (BäuerInnen) angetroffen. 1981 wurde diese äußerliche Benachteiligung der Frau durch ein Gesetz abgeschafft. Durch die Agrarbewegung, die eine Änderung im Sinne der PASOK⁺⁺ anstrebt, wurde diese Problematik zusammen mit der Verbesserung des gesamten Agrargenossenschaftswesens zum hauptsächlichen Programm. In den letzten zehn Jahren verbreitete sich ein veränderter Stil der Zusammenarbeit und Zielsetzungen der Agrargenossenschaften. Es wird heute den Bauern und BäuerInnen gemeinsam bewußt, daß das Agrargenossenschaftswesen, wie es bis 1981 organisiert war, nicht funktionsfähig sein konnte, weil

⁺ Grund dafür kann sein, daß die BäuerIn auf dem Land immer noch der alten Rolle verhaftet ist, sich in jeder Situation unterzuordnen und nur um das augenblickliche Leben und Überleben zu kämpfen und zu arbeiten. Das politische Leben in der Öffentlichkeit, in den Gewerkschaften und Genossenschaften, ist für sie immer noch uninteressant; Ihre Probleme und Interessen werden nach wie vor nicht oder nur in geringem Maße beachtet und behandelt. Die gesamte Politik wird noch stark von ihren vordergründigen Interessen und Bedürfnissen bestimmt. Der staatliche Protektionismus und Dirigismus wurde - bis 1980 laut Gesetz - von solchen manipuliert und hervorgebracht, die als Außenstehende keinen Einblick in das Leben auf dem Land gewonnen hatten und den Bauern keinen Platz für eigene Initiativen einräumten.

⁺⁺ PASOK: Sozialistische Partei Griechenlands (Panhellenische Sozialistische Bewegung).

seine Grundlage nicht auf der Zusammenarbeit⁺ und den Interessen der Bauern beruhte, sondern auf den Antagonismus zwischen den kleinen und den größeren Agrargenossenschaften (Unionen, Zentralunionen) gerichtet war.

Nach Äußerungen der Bauern in Vasilika mißtrauten sie der Union, der sie angehörten, weil die Entscheidungen und Ziele der Union nicht von den Genossen selbst, sondern von Außenstehenden bestimmt wurden⁺⁺. Diese Verletzung des Prinzips der Selbstverwaltung (s. Seite 169, Fußnote +++) verbreitete großes Mißtrauen unter den Bauern gegenüber den Verwaltungsor-

⁺ Vgl. Faust (1958:335): "Groß auch wären die Ausstrahlungen im sozialen Bereich, denn keine andere Unternehmungsform der Wirtschaft birgt so wie die Genossenschaft die Möglichkeit zu fruchtbarer sozialer Entfaltung in sich; sie ist dazu veranlagt, durch das ethische Postulat zur gegenseitigen Hilfe die in dieser Zeit vielfach zerstörten Bindungen von Mensch zu Mensch wieder herzustellen, sie vermag den für die Genossenschaft tätigen Menschen die verlorene Beziehung zu ihrer Arbeit zurückzugeben und sie ist auch imstande, durch den Ausgleich der sozialen Gegensätze die seit eh und je bestehende Spannung zwischen Kapital und Arbeit zu mildern".

⁺⁺ Die aufgeführten Ergebnisse der Auswirkungen der politischen Situation auf die Bauern von Vasilika beruhen auf einem intensiven persönlichen Kontakt meinerseits zu den Bauern auf dem Lande, der seit 1974 ständig gepflegt wurde.

ganen und dem Aufsichtsrat der Unionen. Bis heute leidet die Arbeit der Agrargenossenschaften unter diesem gestörten Vertrauensverhältnis; das bedeutet ein großes Hindernis für das notwendige ausgeglichene Klima der Zusammenarbeit. Dieser direkte Eingriff des Staates in das Agrargenossenschaftswesen verwirrte die Bauern von Anfang an (seit der Verabschiedung des Gesetzes 602/1914-15) und machte sie mißtrauisch gegenüber jeder seiner Initiativen oder Maßnahmen. Nach Jahrzehnten äußern sich die Bauern heute offener als früher, zumindest nach stundenlangen Gesprächen, in denen man ihr Vertrauen gewinnen kann.

Die Bauern zeigten sich besonders während der Diktatur vorsichtig und manchmal auch aggressiv (z.B. gegenüber der Presse), weil sie Angst vor Verfolgung und Exil hatten. Abwehr äußerte sich in Apathie und Neutralität: sie zeigten kein besonderes Interesse an der Zusammenarbeit und dem zwischenmenschlichen Klima in der Agrargenossenschaft.

Vasilika führte die Arbeiten der Agrargenossenschaft unter der Diktatur weiter. Die menschlichen Beziehungen zwischen den Genossen und Bauern litten an gestörtem Vertrauen und Desinteresse. Was vor der Diktatur (1967) der Pro-

tektionismus und Dirigismus des Staates durch die Einmischung Außenstehender (Vertreter des Staates, Agrargenossenschaftsdirektoren und Beamte der Agrarbank) Im Agrargenossenschaftswesen anrichtete, vollendete das diktatorische Regime durch die sofortige Einsetzung seiner Vertrauensleute In die Spitzenpositionen der Agrargenossenschaften.

Nach der Wiederherstellung der Demokratie Im Juli 1974 sprachen die Menschen auf dem Dorf ungeru über die Repressionen und Verfolgungen, weil sie Immer noch Angst vor bestimmten Personen hatten, den nominierten Direktoren und Prüfern des Agrargenossenschaftswesens, die während der Diktatur zu Amt und Würden gekommen waren.

Bei meinen Befragungen konnten sich die Bauern in Vasilika nur langsam von dieser Angst befreien. Sie waren zunächst nicht bereit, über Ihre Probleme zu sprechen. Sie äußerten sich nicht in Anwesenheit von anderen Genossen, sondern nur nach stundenlangen Bemühungen In Privatgesprächen. Dieses stark gestörte Vertrau-

ensverhältnis⁺ ist bis heute nicht bereinigt. Man kann uneingeschränkt behaupten, daß die Agrargenossenschaft von Vasilika auch während der Diktatur um ihre wirtschaftlichen Ziele als Unternehmen bemüht war; die Förderung der Agrargenossenschaft als soziale Gruppe wurde unterlassen, weil Angst vor Verfolgung das Leben bestimmte. Das zwischenmenschliche Klima, das Vertrauen, die Ehrlichkeit und die Bereitschaft zur Zusammenarbeit wurden unter der Diktatur stark strapaziert.

Die Bauern in Vasilika zeigten besonders in den letzten fünf Jahren, daß sie sich bewußt mit ihrer Rolle in der Landwirtschaft und in der Agrargenossenschaft identifizierten. Jetzt - nach Jahrzehnten (1914) - ergreifen sie die Initiative, ein selbstverwaltetes Agrargenossenschaftswesen zu organisieren.

Nach der Diktatur gab es drei verschiedene Strömungen, die sich um ein neues Agrargenossenschaftswesen bemüht haben. Diese Strömungen sind stark von parteipolitischen und bestimmten Gruppierungen geprägt und durch besondere

⁺ Das habe ich immer wieder feststellen müssen, so z.B., als die Sekretärin der Agrargenossenschaft in Vasilika mich mehrmals abgewiesen hat, als ich um Daten und bestimmte Zahlen der Agrargenossenschaft gebeten habe (Oktober, November 1981).

Thesen gekennzeichnet. Eine Strömung, die rechtskonservative Partei - damals "E.R.E", heute "Neue Demokratie" - zeigt ein plötzliches Interesse an den Agrargenossenschaften. Diese Partei behauptet, die neue Form der Agrargenossenschaft darzustellen, obwohl sie sich nicht von der bisherigen unterscheidet, die direkt vom Staat und der Agrarbank abhängig war und als Kreditverteiler gearbeitet hat. Der Großteil der Bauern in Vasilika und in ganz Griechenland glaubt nicht mehr an die Funktionsfähigkeit dieser Agrargenossenschaftsform, weil die bisherige Praxis bewiesen hat, daß die Kapitalbeschaffung der Agrargenossenschaften nicht die einzige Lösung für die Verbesserung des Lebensstandards der Landbevölkerung darstellt. Ohne die Perspektive einer Lösung der Bodenstruktur der Ackerfläche im Auge zu haben, ohne die Minderung oder Abschaffung der Rolle

der Zwischenhändler⁺ durch die direkte Verbindung der Agrargenossenschaften mit den Märkten kann das Agrargenossenschaftswesen nicht zugunsten der Agrargenossenschaftsmitglieder, also der ganzen Bauernschaft, arbeiten.

Die zweite Strömung wird von den ehemaligen Anhängern der Zentrumsunion unter der Landbevölkerung gefördert. Sie befürworteten die Agrarreform, aber ihre damaligen Parteiführer (Venizelos und dann Georgios Papandreou, der Vater des heutigen Ministerpräsidenten) hatten kein konkretes Bild oder Programm für die Durchführung dieser neuen Form des Agrargenossenschaftswesens. Die heutige Zentrumsunion ist in mindestens drei Parteien (Gruppierungen) zersplittert und tritt für die Liberalisierung des Agrargenossenschaftswesens ein - nach dem Vorbild der Agrargenossen-

⁺"Bei Absatz der Agrarprodukte dominieren absolut die traditionellen Wege über einen mehrstufigen Zwischenhandel in den Dörfern und Markorten. Dabei sitzen die Vermittler, Aufkäufer, Händler und Dorfkrämer, stets am längeren Hebel, da die Kleinbauern finanziell völlig von ihnen abhängig sind. Zwischen den Ernten fehlt es an Bargeld zur Bestreitung des Lebensunterhaltes und der Betriebsausgaben. Die Händler geben den Bauern Barvorschüsse auf die zu erwartende Ernte, oder der Dorfkaufmann liefert während des Winters auf Kredit" (Bougioukos 1977:93).

schaften in Westeuropa -, schläft aber keine genaue Form vor. Weil diese Strömung für die Enteignung des kirchlichen⁺ Grundbesitzes, der Jahrzehntlang verlassen und unkultiviert blieb, eintrat, hat sie großen Anklang bei der Landbevölkerung und besonders in der Umgebung von Vasilika gefunden.

Erst seitdem die PASOK ein konkretes Programm vorgeschlagen, jedoch noch nicht verabschiedet hat, ist es der Landbevölkerung deutlich geworden, daß der Strömung der ehemaligen Zentrumsunion ein Programm für das Agrargenossenschaftswesen fehlte. Der große Unterschied zwischen den verschiedenen Strömungen für den Aufbau eines Agrargenossenschaftswesens und dem Vorschlag der PASOK ist, daß die "Panhellenische Sozialistische Bewegung" bis jetzt die einzige politische Bewegung ist, die für ein

⁺ Vasilika und Umgebung verfügen über eine große Zahl von besitzlosen Bauern, obwohl in der Nähe vom Kloster "Agia Anastasia" eine umfangreiche Ackerfläche zur Verfügung steht (eine Statistik liegt nicht vor). Die Kirche aber ist streng dagegen, diese Ackerfläche zu "normalen" Verkaufspreisen an die ackerlosen Bauern zu verkaufen; sie verkauft diese Ackerfläche extrem billig an Personen, die nichts mit der Landwirtschaft zu tun haben.

selbstverwaltetes Agrargenossenschaftswesen eintritt, das fern von staatlichen Einflüssen und direkten Einmischungen arbeitet. Schwerpunkt des Agrargenossenschaftswesens ist nämlich nicht allein die Kapitalbeschaffung, sondern vor allem die Änderung der parzellenartigen Bodenstruktur des Landes. Das soll durch die Gründung neuer, größerer Agrargenossenschaften geschehen, der sogenannten "Agrarindustrialgenossenschaften"; hier wird die Agrarproduktion in größerem Maße als auf Dorfebene durchgeführt, die Agrarprodukte werden direkt in den Agrargenossenschaften verarbeitet, verpackt und können direkt auf den Märkten verkauft werden.

Das Wahlverhalten der Bauern in ganz Griechenland und speziell in Vasilika zeigt, daß die Agrargenossenschaftsmitglieder mit dieser Agrargenossenschaftsform sympathisieren. Bei den Wahlen zu den Selbstverwaltungsorganen der Agrargenossenschaften erzielten die Befürworter dieser Strömung hohe Gewinne (1982).

Diese neue Form der Agrargenossenschaften gibt den Bauern Hoffnung, so daß sie sich (in umfangreichem Maße) im ganzen Land mobilisiert und motiviert fühlen; aus diesem Grund hat die Mitgliederzahl der Agrargenossenschaften über-

raschend stark zugenommen; allein im Jahr 1982 stieg die Zahl der Mitglieder um 150.000.

(Die Mitgliederzahl der Agrargenossenschaften betrug in ganz Griechenland seit Jahrzehnten ca. 750.000).

Die positive Reaktion der Landbevölkerung und speziell der Bauern in Vasilika zeigt, daß sich die Mehrheit der Bauern mit der neuen Agrargenossenschaftsform, wie sie die PASOK vorschlägt, fast identifiziert.

Für Vasilika wie für die gesamte Bodenstruktur in Zentralmakedonien wäre es meiner Ansicht nach angebracht gewesen, der Agrargenossenschaft den Charakter einer Produktionsgenossenschaft zu geben, wo die Ackerflächen (z.B.) zweier Dörfer zusammengelegt worden wären und die Produkte entweder allein verarbeitet und verpackt oder den Unionen geschickt würden, wenn dort besondere Maschinen und Anlagen zur Verfügung stehen, die die Agrargenossenschaft ersten Grades nicht besitzt.

Für Vasilika, das eine flache Bodenstruktur und ein gutes Klima für den Gemüseanbau hat, wäre die Vergrößerung der vielen Treibhäuser eine ideale Lösung, denn dadurch könnte die Produktion gesteigert und gleichzeitig die Qualität

zu dennoch günstigen Verkaufspreisen verbessert werden.

Vasilika stellt eine Ausnahme bezüglich direkter Marktverbindungen dar, denn es liegt ganz in der Nähe von Thessaloniki, das einen der größten Gemüsemärkte Griechenlands besitzt. Die Agrargenossenschaftsmitglieder bemühen sich augenblicklich intensiv darum, die Agrargenossenschaft zu verwalten. Diese Initiative der Bauern ist durch die neue Perspektive des Agrargenossenschaftswesens bedingt.

8.3 Die Union am Beispiel Jiannitsa

Jiannitsa ist die Kreishauptstadt des Kreises Pella in Nordgriechenland, zirka 50 km von Thessaloniki entfernt. Die Union der landwirtschaftlichen Genossenschaft von Jiannitsa wurde 1928 gegründet und besteht seitdem ununterbrochen. 1979 umfaßte sie 72 Genossenschaften ersten Grades. 14 davon waren Kreditgenossenschaften, 17 verfügten über eigene Büros und 32 besaßen eigene Lagerhäuser. Ein Anteil kostete 1979 50.000 Drachmen pro 50 Genossenschaftsmitgliedern. Nach den Angaben der Union waren 9.985

Familien Mitglieder. Die Union beschäftigt ständig zirka 35 Angestellte sowie 10 bis 13 Zeitbeschäftigte, die bei saisonbedingten Arbeiten im Archiv, in der Buchhaltung, im Ein- oder Verkauf und zur Bearbeitung von Kreditanträgen je nach Bedarf angestellt werden. Jiannitsa ist keine Union reinen Typs, sondern ihre Aktivitäten umfassen sowohl Versorgungs- als auch Verbrauchs- und Kreditarbeit. Im Vergleich mit anderen Unionen ist Jiannitsa eine recht aktive Union. Nach ihrer Satzung verfolgt sie folgende Ziele: Organisation der Bauern in Genossenschaften; die Verbesserung des Einkommens ihrer Mitglieder durch Steigerung der Produktion und Senkung der Herstellungskosten; Organisation der gesamten Produktion durch gemeinsame Verwaltung, Verarbeitung und Vertrieb der Agrarprodukte; Versorgung der Mitglieder mit Lebensmitteln und Produkten für den täglichen Bedarf zu möglichst niedrigen Preisen; Schulung der Mitglieder besonders über neue Anbaumethoden mit dem Ziel der Produktivitätssteigerung. Die Union verfügt über einen Supermarkt mit vier Filialen in den umliegenden Dörfern. Ein Verkaufslokal für Pflanzen, Dünger und Schutzmittel, sechs Lagerhäuser für insgesamt 5.400 t Baumwolle, eine Baumwoll-

verarbeitungsmaschine mit einer Leistung von 12.000 m³ pro Stunde, ein Kühlhaus für Obst mit 30.000 m² Fläche in Kallipolis⁺ und eine Mais-trockenanlage mit einer Kapazität von 60.000 kg pro Stunde sowie acht weitere Lagerhäuser für 8.800 t in den umliegenden Dörfern gehören ihr. Die Union hält Anteile und Beteiligungen an anderen Unternehmen in Höhe von 38 Mio Drachmen. Die Union beteiligt sich an:

1. Sekove (Aktiengesellschaft): Tomaten, Gemüse und Obstkonserven
2. Provigal (Nestle-Hellas, Aktiengesellschaft): Milchkonserven
3. Sekap (Aktiengesellschaft): Tabak-Verarbeitung
4. Ase (Aktiengesellschaft) -genossenschaftliche, Verlag für die Landwirtschaft
5. Spe (Aktiengesellschaft) für die Versorgung der Agrargenossenschaften jeden Grades
6. Kydep (halbstaatliche Zentralorganisation)
7. PASEGES (Zentralbund der Genossenschaften)
8. Ktinotrofiki (Zentralgenossenschaft) für die Verarbeitung und den Verkauf der Produkte aus der Viehzucht.

⁺Kallipolis: kleine Stadt im Kreis Jiannitsa

8.4 Die Aktivitäten der Union von Jiannitsa während der Diktatur

Nach dem Gesetz 31/ vom 14.6.1967 waren in Jiannitsa wie in allen Genossenschaften die gewählten Vertreter entlassen worden und durch von der Militärregierung ernannte ersetzt worden. Die Generalversammlungen als Vertretungsorgan der Basis tagten nur noch dreimal im Jahr, während die Verwaltungsräte immer häufiger zusammentraten. Da die Kontrolle durch die Basis fehlte, und die Direktoren und die Funktionäre ausschließlich von der Regierung und den Kreisbehörden ihre Anweisungen erhielten, wurde der Verwaltungsapparat der Union zusehends bürokratisiert. Das führte zu häufigen Pannen gerade im kaufmännischen Bereich, wo wichtige Entscheidungen versäumt wurden. So mußte die Union große Verluste hinnehmen, als 1972 große Mengen Käse verdarben und Düngemittel wegen Überschreitung des Verfalldatums vernichtet werden mußten. Die Geschäfts- und Investitionspolitik wurde immer von der Politik der Zentralregierung angeordnet, ohne dabei jedoch die regionalen Probleme und Besonderheiten zu berücksichtigen. Man konnte nicht einmal von einer minimalen Par-

tizipation der Gemeinde, Genossenschaften und anderer Gruppen an Entscheidungsprozessen der Regierung sprechen⁺. Da die Diktatur auch in der Landwirtschaftspolitik wirtschaftsliberalen marktwirtschaftliche Ziele verfolgte, kollidierte sie häufig mit den auf Kooperation basierenden Strukturen der Agrargenossenschaft. Das führte dazu, daß die Union ihre entstandenen wirtschaftlichen und politischen Verbindungen zu den umliegenden Städten und Märkten verloren und wirtschaftlich ganz auf die Zentrale ausgerichtet wurde. Die Bürokratisierung der Verwaltung trat besonders bei der Kreditvergabe zutage. Hier breitete sich Vetternwirtschaft und Korruption aus⁺⁺, da die Kredite oft nicht nach objektiven Bedürfnissen, entsprechend den offiziellen Kriterien, sondern nach politischen und persönlichen Sympathien bewilligt wurden. Es wurde dann auch Zweckentfremdung der Gelder erlaubt, z.B. zum Bau von Discotheken statt zur Investition im Betrieb. Die Bäuerin konnte nicht mit gleichem Recht wie

⁺Wiedergegeben nach Mitgliedern der Union am 22. Mai 1980.

⁺⁺Wiedergegeben nach Mitgliedern der Union am 23. November 1981.

der Bauer als "normales" Mitglied der Agrargenossenschaft beitreten. Nur die Witwen konnten Mitglieder werden⁺.

Die Kredite, die die Union von 1968-1970 vermittelte, stammten hauptsächlich von der Agrarbank und nur zum kleinen Teil aus dem eigenen

⁺ Die Benachteiligung der Frau auf dem Land bzw. der Beteiligung in der Agrargenossenschaft blieb bis zum Regierungswechsel im Jahre 1981 bestehen. Das Gesetz (602/1914-15) konnte diese Ungerechtigkeit gegenüber der Bäuerin nicht beseitigen; auch die zum Teil geänderten Agrargenossenschaftsgesetze (1979) brachten keine überwältigende Verbesserung. Die Bäuerinnen leisteten oft doppelt so viel Arbeit (16 Stunden) als die Arbeiterinnen - Haus- und Hofarbeit - und verdienten dabei dennoch kein eigenes Geld. Die Gesetzgebung hat bis 1981 die Situation der Frau auf dem Land nicht berücksichtigt. Durch Doppelbelastung wurde die Bäuerin passiv, weil sie keine Zeit und Chance nachzudenken hatte. Charakteristisch für ihre Situation ist, daß bis 1961 die Frauen nicht als Arbeitnehmer bzw. -geber in Statistiken aufgeführt wurden.

Kapital (s. Tab. 50, 51). Eigenkapital⁺ wurde nur bis zu einer Höhe von maximal 500.000 Dr. vergeben. Übereinstimmend mit der Situation im ganzen Land überwogen die kurzfristigen⁺⁺ Kredite deutlich gegenüber den mittel- und langfristigen (Tab. 50).

⁺Vgl. Geist (1981:22).

⁺⁺"Die kurzfristige Finanzierungspolitik der ATE (Agrarbank) hat als Ziel, den laufenden Kapitalbedarf der Landwirte zu decken und somit die jährliche Produktion zu unterstützen. Die Gewährung von kurzfristigen Darlehen ist insofern wichtig, als davon weitgehend der Verwertungsgrad des Produktionspotentials der Landwirtschaft und demzufolge das Endvolumen der Agrarproduktion abhängt. Diese Aufgabe der ATE gewinnt darüber hinaus aufgrund der Tatsache an Bedeutung, daß der Selbstfinanzierungsgrad in der griechischen Landwirtschaft sehr niedrig ist" (Alexopoulos 1981:63).

Tabelle 50.

Kredite des Unionkapitals in Drachmen

<u>Jahr</u>	<u>Kredit</u>
1968	5.000
1969	50.000
1970	285.000

(Agrarbank - Wirtschaftsjahresberichte 1968-1970).

Tabelle 51.

Kredite der Agrarbank an die Union Jiannitsa (in Drachmen)

<u>Jahr</u>	<u>kurzfristig</u>	<u>mittelfristig</u>
1968	203.147.910	8.080.491
1969	249.384.224	16.800.000
1970	326.853.914	23.061.700
1971	217.126.000	9.616.000
1972	231.310.000	29.024.000
1973	323.033.000	-

(Agrarbank - Wirtschaftsjahresberichte 1968-1973).

Die wichtigen Produkte der Union waren Baumwolle und bestimmte Obstsorten wie Äpfel, Birnen, Pfirsiche, Trauben. In diesem Bereich stagnierten die Produktion und Verarbeitung mindestens im Zeitraum von 1970-1973 (weitere Informationen Tabelle 51).

Die Produkte, die die Union⁺ erntete und verkaufte, wurden durchschnittlich (1967-1973) an 5.000 Mitglieder pro Jahr verkauft⁺⁺. An diesen Arbeiten nahmen 62 Agrargenossenschaften ersten Grades teil. Zum allergrößten Teil waren diese Produkte Lebensmittel, und zwar Grundnahrungsmittel⁺⁺⁺.

⁺Vgl. Panos (1962:229): "Als zweite Instanz haben die Genossenschaften regionale Zusammenschlüsse gebildet, deren wirtschaftliche, jedoch gleichzeitig berufliche, verbandsmäßige Aktivität die Grenzen einer Provinz (entsprechend einem deutschen Verwaltungskreis) deckt. Es bestehen heute 132 Zentralgenossenschaften (Unionen) mit 5.958 Genossenschaften als Mitglieder, zu denen 594.000 einzelne Landwirte gehören".

⁺⁺Diese Produkte wurden in Unionssupermärkten verkauft.

⁺⁺⁺Dazu Agrarbank-Bericht des ökonomischen Jahres 1970:7.

Tabelle 52.
Lieferung der Agrarprodukte von der Union

<u>Jahr</u>	<u>Agrarprodukte</u>	<u>in t</u>	<u>beteiligte Bauern</u>	<u>Dörfer</u>
1971	Pfirsiche	3.062,758	453	23
	Äpfel	1.041,0	103	16
	Birnen	97,651	16	6
	Trauben	190,882	43	1
	(Saat) Baumwolle	1.041,268	keine Angabe	
1972	Pfirsiche	2.412,0	264	16
	Äpfel	250,0	23	9
	Birnen	182,122	28	9
	Baumwolle	2.983,0	keine Angabe	
1973	Pfirsiche	3.235	349	
	Birnen	8,0	3	
	Äpfel	272	18	
	Baumwolle	2.535	1.053	

(Agrarbank - Bericht der ökonomischen Jahre 1971-1973).

9. Einflüsse der Agrargenossenschaftstheorien auf das griechische Agrargenossenschafts- wesen

Die Umwandlung des Wirtschafts- und Gesellschaftssystems Mitte des 19. Jahrhunderts nach der Befreiung der Griechen von den Türken zwang die unteren Schichten, vor allem die Bauern (ehemalige Pächter der Türken), zu einer neuen Form der Zusammenarbeit, die ihnen aus ihrer Armut heraushelfen konnte.

Während dieses Umwandlungsprozesses vom Feudalsystem über das Pachtsystem in den Jahren der Türkenherrschaft zum System von Kleinfamilienagrarbetrieben in der Landwirtschaft fehlte jedoch als drittes Element innerhalb der Produktionsfaktoren das notwendige Kapital.

Die Überwiegende Mehrheit der Kleinbauern war

gezwungen, Geld aufzunehmen, um Ihre Existenz⁺ zu sichern.

Abdelidis⁺⁺ behauptet - Im Gegensatz zu anderen Kritikern - daß die Bauern aus eigener Initiative Genossenschaften gegründet haben, bevor

⁺"Da in der Landwirtschaft Erzeugnisse produziert werden, die sowohl für den Verkauf als auch für den eigenen Lebensunterhalt geeignet sind, wird selbstverständlich in jedem landwirtschaftlichen Betrieb ihrer Verwertung im Haushalt der bäuerlichen Familie eine beachtliche Bedeutung zukommen und zwar läßt sich sagen: Je niedriger der volkswirtschaftliche Entwicklungsstand eines Landes ist, umso ausschlaggebender wird die Selbstversorgung zum Zweck der landwirtschaftlichen Produktion. In dieser Entwicklungsphase kann der landwirtschaftliche Betrieb noch nicht als 'erwerbswirtschaftliches Unternehmen' aufgefaßt werden, dessen Ziel und Zweck die Maximierung des Gewinns sein muß. Von den drei, hierfür erforderlichen Produktionsfaktoren 'Boden, Arbeit und Kapital' fehlt das letztere. Und über die Betriebsorganisation, das heißt die Auswahl der Betriebszweige, entscheidet nicht ihre Rentabilität, sondern ausschließlich der Bedarf der Familie für ihren Lebensunterhalt" (Blohm 1977/78:1).

⁺⁺ Abdelidis ist Diplomburist der Universität Athen und Doktor der Akademie für Wirtschaftsstudien in Bukarest. Sein spezielles Gebiet ist die Agrarökonomie und die Genossenschaft. Er hat viele Jahre in Instituten und Zentren von Bukarest und Paris als wissenschaftlicher Mitarbeiter und als Verantwortungsperson bei bestimmten Untersuchungen mitgewirkt. Seit 1975 ist er Leiter der EKKE Athens (National-Zentrum sozialer Fragen). Seine Werke wurden auf griechisch, rumänisch und französisch übersetzt. Einige seiner Bücher sind: "Die Agrargenossenschaftsbewegung" Athen 1976, "Die Probleme der Agrargenossenschaften" 1980, "Themen der Agrarökonomie" 1981, "Die Schwäche der Agrargenossenschaften"/in Eleftherotypia 13.08.1979.

die Gründung dieser Genossenschaften gesetzlich geregelt wurde. Für Abdelidis ist die Genossenschaft ein neues soziales Phänomen (vgl. 1978:17): Als Resultat des kapitalistischen Systems erscheint die Genossenschaft parallel zu der Entwicklung der kapitalistischen Produktionsverhältnisse. Seitdem das Leben der Arbeiter durch die Ausbeutung unmenschlich geworden war, seitdem Hunger, Elend und Arbeitslosigkeit die Arbeiter in eine Sackgasse gebracht hatten, seitdem sich Arbeitskämpfe gegen die Mechanisierung der Arbeit in Fabriken ausgebreitet hatten, seitdem fühlten die Arbeiter und die Gewerbetreibenden, daß sie im Wettbewerb mit den großen kapitalistischen Firmen unterlegen waren. Durch die Umwandlung der feudalen Produktionsverhältnisse wurde ein großer Teil der Bauern selbst Eigentümer. Im Laufe der Zeit entwickelten sich die kapitalistischen Produktionsverhältnisse in den Dörfern weiter, brachten aber die kleinen und mittleren Haushalte in eine erneute Existenzbedrohung. Seitdem ist die Notwendigkeit entstanden, freiwillige-, Selbsthilfe- und verantwortungstragende Organisationen zu gründen, um ihre ökonomischen Interessen gegenüber ihren Ausbeutern zu schützen. Abdelidis stellt immer wieder fest, daß die Ge-

nossenschaft ein notwendiges Ergebnis des Kapitalismus und seiner Ausbeutungsmethoden (mit der Entstehung parasitärer Berufe wie dem des Zwischenhändlers) ist. Er unterscheidet die Begriffe "Genossenschaft" und "Kooperation" und kommt zu dem Resultat, daß die Genossenschaft nicht nur aus wirtschaftlichen Zielen gegründet worden ist, sondern auch aus soziokulturellen und beruflichen Interessen⁺. Sie ist eine Form der Zusammenarbeit mit mehreren Zielen, die über ökonomische Interessen und Bestrebungen hinausreichen.

Diese Behauptung Abdelidis, der jahrelang in Rumänien gelebt und am Genossenschaftswesen mitgearbeitet hat, steht im Gegensatz zu der These von Engels, daß es Genossenschaften mit dem Namen "Marktgenossenschaften" schon in vorkapitalistischer Zeit gegeben habe (Engel 1970:288). Abdelidis widerspricht sich jedoch, wenn er be-

⁺ Vgl. Weisser (1968:102): "Ohne Zweifel hat die moderne Genossenschaft von Haus aus einen sozialpolitischen Sinn. Unter Sozialpolitik wird hierbei der Inbegriff derjenigen Maßnahmen verstanden, die bestimmt sind, die Lebenslage wirtschaftlich und sozial Schwächer zu beeinflussen. Alle Hauptformen der Genossenschaften, wie sie uns heute in Deutschland und in aller Welt vor Augen treten, haben diese Beziehung zu Bevölkerungsgruppen, die wirtschaftlich schwach sind oder ohne die Stütze, die ihnen ihre Genossenschaften gewähren, wirtschaftlich schwach wären".

hauptet, daß die ersten Genossenschaften in Griechenland entstanden sind. Er bezeichnet nämlich sowohl viele Formen der Zusammenarbeit, wie z.B. die "Syntrofia von Ampelakia" (Kameradschaft von Ampelakia) in Thessalia im 18. Jahrhundert als auch die Berufsvereine auf den Inseln Hydra, Spetzes, Psarra und Chios als Genossenschaften (vgl. Abdelidis 1978:28), obwohl er betont, daß die Genossenschaften ein Ergebnis des Kapitalismus seien. Die Produktionsverhältnisse des 18. Jahrhunderts waren aber nicht kapitalistisch, sondern es gab eine Selbstversorgungswirtschaft mit minimalen Marktverbindungen. Nach seiner Meinung führte die Befreiung von den Türken zur Ausbildung der bürgerlichen Klasse. Diese bürgerliche Klasse, wie sie von Abdelidis genannt wird, hat zwar die Mittel, Ausbeutungsverhältnisse zu etablieren und ihre Machtposition in Wirtschaft und Gesellschaft zu festigen. Es fehlten aber die Voraussetzungen für eine Gesellschaft mit Handelsbeziehungen (Umwandlungsprozess einer Naturalwirtschaft zu einer Geldwirtschaft). Abdelidis, wie die meisten Kritiker des Genossenschaftswesens, die sich mit dem Agrarproblem Griechenlands befaßt haben, setzt die Schicht der Großgrundbesitzer mit einer bürgerlichen

Klasse gleich.

Es ist jedoch meiner Ansicht nach nicht möglich, die klassisch-marxistische Ideologie, so wie sie Abdelidis und andere Theoretiker vertreten, schematisch auf die Entwicklung der Klassen Griechenlands zu übertragen.

Abdelidis lehnt jede Einmischung in die Agrar-genossenschaft und jegliche Kontrolle durch den Staat ab (vgl. Abdelidis 1976:71). Er stellt fest, daß die Agrargenossenschaften zweiten (Unionen) und dritten Grades (Zentralunionen) fast nur unter Kontrolle des Staates arbeiten und nicht nach genossenschaftlichen Interessen und Prinzipien.

Kordatos⁺, der zweite Theoretiker des Agrargenossenschaftswesens, bezeichnet die Genossenschaft als Schutzorganisation und als Resultat des Kapitalismus (1973:167-168). Er lehnt

⁺ Jiannis Kordatos (1891-1961), Historiker und Soziologe, wurde in Zagora, einem Bergdorf Pilius, geboren. Er hat Rechtswissenschaft in Athen studiert. Er war Gründer der "Sozialarbeiterpartei" (1918) und Sekretär und Direktor ihrer (Partei-)Zeitung. Er hat sich besonders mit der Problematik der Genossenschaft vor dem Befreiungskrieg im Jahre 1821 auseinandergesetzt. Seine Werke: "Die Kameradschaft von Amelakia" 1973, "Die Geschichte der Agrargenossenschaftsbewegung in Griechenland" Athen 1973, "Die Geschichte der Arbeiterbewegung in Griechenland" Athen 1970. Er versuchte die Geschichte Griechenlands anhand des Marxismus-Leninismus zu interpretieren.

die Theorie ab, nach der es schon vor dem Kapitalismus Genossenschaften gegeben habe. So nennt er die Art der Zusammenarbeit (Menschen mit dem gleichen Beruf), wie z.B. die "Syntrofla von Ampelakia" im 18. Jahrhundert, "Berufsvereine" (1973:154). Auch für ihn ist die Genossenschaft eine Notwendigkeit der Umwandlung der Gesellschaft von einer Feudalwirtschaft zu einer kapitalistischen Gesellschaft.

"Wie wir wissen, ist die Genossenschaft Ergebnis der neueren wirtschaftlichen Entwicklung, das heißt als eine Organisation mit hauptsächlich wirtschaftlichen Zielen. Die Idee der wirtschaftlichen Zusammenarbeit der Kleinproduzenten, Gewerbetreibenden und Arbeiter entstand generell nach der Gründung der nationalen Wirtschaft in jedem Lande, während das Industriekapital mit großer Unterdrückung und Verelendung die kleinbürgerlichen Schichten in die Städte brachte, sich das Einkommen dieser Kleinproduzenten aneignete und zu Proletariern machte" (Kordatos 1973:166).

Kordatos ist der Überzeugung, daß die Genossenschaft ein Ergebnis des Kapitalismus ist. Er scheint der Meinung zu sein, daß die Genos-

senschaft - wie Marx und Engels (vgl. Abdelidis 1981:41) feststellten - eine Illusion für die Arbeiter und Bauern ist, solange sie glauben, daß der Kapitalismus ohne Klassenkampf mit Hilfe der Genossenschaft zum Sozialismus gewandelt werden könnte.

Abdelidis ist davon überzeugt, daß die Bauern die Genossenschaften als Mittel zum Schutz ihrer Interessen und als Mittel für ihren Kampf gegen den Protektionismus des Staates ansahen (Abdelidis 1978:56). Er sieht die Genossenschaften als Organisation, die zum Wandel des Wirtschaftssystems führen könnte. Abdelidis Theorie weicht in Anlehnung an eurokommunistische Positionen von der klassischen Marx-schen Theorie ab, für ihn bedeutet jedoch die Bekämpfung des Monopolkapitalismus eine Klassenallianz aller nicht monopolistischen Gruppen der Bevölkerung, die ihre Klasseninteressen

sen⁺ des Klassenkampfes gegen das Monopolkapital für die Dauer dieses Kampfes zurückstellt. Abdelidis unterscheidet andere Formen der Zusammenarbeit von der Form der Genossenschaft:

"Eine Genossenschaft ist eine Gruppe mehrerer Personen, die eine freie Vereinigung bildet, um ihre Arbeiten und Aktivitäten für ein bestimmtes oder mehrere bestimmte Ziele zu koordinieren" (Abdelidis 1978:19).

Er nennt zwei grundlegende Charakteristika und Voraussetzungen für eine Genossenschaft: die Personenvereinigung mit freiem Eintritt und die speziellen wirtschaftlichen Ziele.

Abdelidis glaubt, daß die Genossenschaft eine ideale Lösung der verschiedenen Probleme im wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Bereich ist.

⁺Vgl. Poulantzas (1975: 172).

Kordatos hingegen vertritt die Auffassung, daß sowohl die Gesellschaft als auch die Wirtschaft nur durch den revolutionären Umsturz umgewandelt werden können.

Nach den Entelgnungen und den verschiedenen Phasen der Bodenreform (1871, 1909-1911, 1923, 1938) gibt es in Griechenland kaum noch Großgrundbesitz, sondern zum größten Teil Familienbetriebe mit kleinen und zersplitterten Flächen, primitiver Ausrüstung und wenigen Bewässerungsanlagen. Die Bodenstruktur, die klimatischen Verhältnisse, die Bodenqualität und das Erbrecht verhindern Verbesserungen. Von 1900 bis 1910 kämpften die Bauern um ihre Existenz und hatten kaum Marktverbindungen (Subsistenzwirtschaft). Ein Bauer zu sein, war für ihn eine Lebensweise und keine Tätigkeit zum Einkommenserwerb. Es wurde vor allem nicht produziert, um Gewinne zu erzielen, sondern um sich selbst versorgen zu können. Die Wandlung der Landwirtschaft von einer Feudalwirtschaft zu einer Geldwirtschaft seit dem zwanzigsten Jahrhundert zwang die Bauern, Kredite aufzunehmen. Um die Situation auf dem Lande unter Kontrolle zu haben und um die Existenz der Bauern, die die Mehrheit der

Bevölkerung bildeten, nicht zu gefährden, versuchten die konservativen Kräfte Griechenlands eine Lösung in Anlehnung an Idealen Westeuropas zu finden, weil sie andernfalls eine gesamte oder revolutionäre Änderung der Produktionsverhältnisse befürchten mußten.

Die Bauern deckten ihren Kapitalbedarf mit Krediten der Nationalbank (bis 1929) und nach 1929 mit solchen der Agrarbank⁺. Der Staat nutzte die Gelegenheit, mit Verabschiedung des Agrargenossenschaftsgesetzes (1914/1915) das Genossenschaftswesen für seine Entwicklungs- und Agrarpolitik zu instrumentalisieren. Der Staatsinterventionismus äußerte sich in Gesetzgebung, Kredit- und Preispolitik sowie speziell in der Genossenschaftsplanung durch vom Staat nominierte Geschäftsführer oder Beamte.

Diese Gesetzgebung bevorzugt die Gründung von Kreditgenossenschaften in Anlehnung an die Raiffeisengenossenschaften. Es wurde versucht, die schwachen und kleinen Bauern durch Kredi-

⁺Panos (1962:230) dazu: "Bei der Gründung der Agrarbank hat ihr der Staat das Recht auf Revision der Genossenschaften übertragen und ihr die Pflicht auferlegt, durch entsprechende Maßnahmen das Genossenschaftswesen zu fördern. So wurde, neben der Kredit- und der Technischen Abteilung, als dritte Hauptabteilung die Genossenschaftsdirektion geschaffen".

te zu unterstützen.

Die Kreditgenossenschaften, die nicht nur bei ihrer Gründung, sondern auch heute noch die Mehrheit der Agrargenossenschaften bilden, arbeiten als Filialen der Agrarbank. Mit ihren geringen Geschäftsanteilen und den geringen Einnahmen aus den Mitgliederbeiträgen können sie ihre Autonomie⁺ nicht bewahren. Wenn es um unmittelbare Existenzgefährdung ging, zeigten sich die Bauern ebenso solidarisch wie während des Bürgerkriegs und nach den Weltkriegen; sonst waren sie mißtrauisch gegenüber dem Staat, weil sie ihre schlechten Erfahrungen während der türkischen Besatzungszeit auf den griechischen Staat übertrugen. Wo der Staat aus eigener Initiative handelte, waren die Bauern zurückhaltend und mißtrauisch. Dieses Mißtrauen wurde größer und uneingeschränkter, weil fast alle Bauern nicht die Chance besaßen, die Grundschule und weiterführende Schulen zu besuchen und dadurch diese Ungleichheiten abbauen zu können. Wegen der großen Rückstände in Bil-

⁺ Im Zusammenhang mit der Autonomie und Selbsthilfe taucht der Begriff "echte Genossenschaft" auf, das heißt: Strenge Kritiker erkennen nur solche als 'echte' Genossenschaften an, bei denen die Kriterien Autonomie und Selbsthilfe absoluten Bestand haben.

dung und Erziehung gelang es den Bauern nicht, sich ein genaues Bild über die Genossenschaften und ihre Ziele zu machen. Sie fürchteten, ihr Eigentum zu verlieren, wenn die Rede von Produktionsgenossenschaften war, obwohl das die einzige Lösung für die Rationalisierung und Rentabilität der Parzellenagrarproduktion war. Die Raiffelsengenossenschaft fand ein großes Echo bei den griechischen Bauern, weil sie nicht die Eigentumsverhältnisse ändern wollte. Die griechischen Bauern setzten sich in großem Maße für ihr Eigentum ein, egal, ob es sich um kleine oder mittlere Flächen Land handelte. Die Zeit der türkischen Besatzung und ihr besonderes Pachtsystem hatte die Mentalität und Neigungen der Bauern stark geprägt. Die Intellektuellen und die Politiker, die von der Genossenschaftsform Raiffelsens beeinflusst waren, setzten diese Form, das heißt die Kreditgenossenschaft, durch, weil sie Machtpositionen im Staatsapparat hatten, und festigten damit die Besitzstruktur des Landes (vgl. Keetman 1970:136).

Raiffelsen lehnte die Revolutionierung der Produktionsverhältnisse auf dem Lande ab und strebte daher auch keine Veränderung der Ge-

seilschaftstruktur an. Seine Grundgedanken basierten auf dem christlichen Glauben (Faust 1959:250). Raiffeisen⁺ trat für die Verbesserung des Lebensstandards der Bauern durch Darlehen und Kredite ein. Die Theorie und Praxis Raiffeisens wurde ohne wesentliche Abwandlung vom griechischen Staat übernommen: die Organe der Genossenschaften, ihre Aufgaben und Funktionen sowie die Struktur der Agrargenossenschaften auf den verschiedenen Ebenen.

Der größte Teil der Genossenschaften in Griechenland sind heute Kreditgenossenschaften. "Da die Kreditgenossenschaften, dem Raiffeisenprinzip gemäß, nebenbei das Bezugs- und Absatzgeschäft betreiben, ist es selbstverständlich, daß sie den größten Prozentsatz der Gesamtzahl der Genossenschaften ausmachen" (Panos 1962:229).

Während Raiffeisen nicht nur ein wirtschaftliches Ziel mit der Genossenschaft anstrebte,

⁺ Vgl. Schultz (1970:32): "Der Mann, der die große Notlage erkannte und sich um Abhilfe bemühte, war Friedrich Wilhelm Raiffeisen (1818-1888). Er gründete auf genossenschaftlicher Basis Darlehnskassen-Vereine - später Spar- und Darlehnskassen genannt - , die den Landwirten zinsgünstige Kredite beschaffen und auch beim Bezug von Betriebsmitteln und dem Absatz landwirtschaftlicher Erzeugnisse behilflich sein sollten".

sondern auch soziale⁺Ziele, gelang es den griechischen Genossenschaften fast nur, wirtschaftliche⁺Ziele zu verfolgen .

In Griechenland hat sich die Kreditgenossenschaft (Genossenschaft ersten Grades) seit 1914/1915 weit verbreitet. Heute ist sie die wichtigste Form der Genossenschaft, die die überwiegende Mehrheit der Genossenschaften ersten Grades stellt. 61,7% dieser Agrargenossenschaften sind Kreditgenossenschaften und nur 28,7% sind gemischte Agrargenossenschaften, das heißt, sie beschäftigen sich in erster Linie mit der Produktion, der Lieferung und dem Verkauf der Agrarprodukte. Die Produktionsgenossenschaften befinden sich noch im Aufbaustadium. Die Genos-

⁺"Aus der Geschichte unseres eigenen Genossenschaftswesens ist bekannt, daß bei den Begründern der Genossenschaftsbewegung nicht nur wirtschaftliche Motive maßgebend waren, sondern auch gesellschaftspolitische und ideelle Ziele angestrebt wurden. Das ist besonders deutlich bei den Grundsätzen in Erscheinung getreten, die Raiffeisen seinerzeit bei der Begründung der ersten ländlichen Genossenschaften vertreten hat. Während aber im Anfangsstadium die Grundsätze Raiffeisens sich noch wesentlich von denen anderer Führer der Genossenschaftsbewegung unterschieden, die sich auf den ökonomischen Bereich beschränkten, sind heute auch bei unseren Raiffeisen-Genossenschaften die gesellschaftlichen und erzieherischen Aufgaben so weit in den Hintergrund getreten, daß sie im wesentlichen ihren wirtschaftlichen Zielen zu dienen haben, nämlich der Förderung des Erwerbs ihrer Mitglieder" (Schiller 1973: 85-86).

senschaft (ersten Grades) verfügt über kein eigenes Ackerland, was charakteristisch für Griechenland ist (vgl. Kamarinou 1977:54). Man kann sagen, die Gründung von Produktionsgenossenschaften auf unterster Ebene der Genossenschaftsorganisation wäre die geeignetste Lösung für die rückständige griechische Agrarproduktion, die von starker Parzellierung der Anbauflächen geprägt ist. Das wurde jedoch bis in die siebziger Jahre von den meisten Bauern abgelehnt und verhindert. Bildung und Erziehung können helfen, die Zurückhaltung der Bauernschaft gegenüber jeder Form der Zusammenarbeit, wie z.B. gegen die Produktionsgenossenschaft als eigentumsgefährdende Institution, abzubauen. Durch eine Reihe von Aufklärungs- und Informationskampagnen auf dem Lande könnte diese Form der Genossenschaft den Bauern als ideale Agrargenossenschaftsform nahegebracht werden. Wie der konservative Kritiker der Agrargenos-

senschaften, Pepelasis⁺, feststellt, ist die Struktur der Agrargenossenschaften hierarchisch und vom Landwirtschaftsministerium und der Agrarbank abhängig. Er schlägt die Dezentralisierung der Agrargenossenschaften und die gemeinsame Großproduktion von mindestens 150 Stremmata vor (Pepelasis 1978:28, 29, 35). Pepelasis versucht Lösungen zu finden, die der europäischen Realität angepaßt sind. Eine Großproduktion kann nicht durchgeführt werden, weil die Nachteile gegenüber den Vorteilen überwiegen würden. Griechenland müßte einen enormen Anstieg der Arbeitslosigkeit, ein gravierendes demographisches Problem auf dem Lande und eine große Auswanderungswelle erwarten, weil viele arbeitslose Bauern nur geringe Chancen hätten, eine Stelle als Industriearbeiter zu finden. Unsere Erfahrung hat bis heute deutlich gezeigt, daß diese Probleme sehr

⁺A. Pepelasis hat Volkswirtschaft in London und Berkley studiert und anschließend promoviert. Von 1963 bis 1967 war er zweiter Direktor der ATE (Agrarbank). Bis 1973 war er Professor an der Universität in Virginia. Er hat an verschiedenen Projekten und Forschungsplänen der Universität von Stanford und Harvard in den USA teilgenommen. Viele Aufsätze und Bücher sind inzwischen von ihm veröffentlicht worden, u.a.: "Agrotika (Über die Landwirtschaft) unter einer anderen Perspektive" Athen 1978, "Wirtschaftliche Entwicklung" New York 1961. Er war jahrelang Mitarbeiter der Zeitung "To Vima".

wahrscheinlich rasch entstehen würden. Wegen der anhaltenden Vernachlässigung der Landwirtschaft⁺ und der bedrohten Existenz der Agrarbevölkerung hat Griechenland 1960 bis 1970 die größte Abwanderungswelle in die Städte und ins Ausland seiner neueren Geschichte erlebt (1961 wanderten 40% der Agrarbevölkerung ab, vgl. Pepelasis 1978:158).

Die zwei griechischen Theoretiker Abdelidis und Kordatos stellen beide heraus, daß die Genossenschaft immer ein Produkt des Kapitalismus ist.

"Die ersten Genossenschaftsideen erschienen mit der Entwicklung von kapitalistischen

⁺ Ein Grund dafür ist, daß die Landwirtschaft am Rande des kapitalistischen Systems in Griechenland steht, vgl. Charalambis (1980: 226): "In der Landwirtschaft stößt die wachsende Kapitalinvestition auf immer weiter wachsende Kosten in der Relation zum investierten Kapital. Je höher die Investition, desto höher die Kosten. Dies widerspricht dem kapitalistischen Normalfall, wo die Erweiterung und/oder Intensivierung der Produktion die Kosten senkt. Kapitalistisch gesehen ist dieses Problem nur lösbar durch die Durchsetzung von Extra-Profiten, d.h. durch die Erhöhung der Preise der landwirtschaftlichen Produkte und den damit verbundenen Werttransfers von anderen Bereichen der Wirtschaft in die Landwirtschaft. Das würde natürlich eine latente Krise für die Industrie bedeuten aufgrund des Profitverlustes und des wachsenden Preises der Arbeitskraft (Verteuerung der Reproduktionskosten der Arbeiter)".

Produktionsverhältnissen und entwickelten sich später mit dem weiteren Aufbau dieser Produktionsverhältnisse" (Abdelidis 1978:25 und Kordatos, vgl. 1973:167).

"Die Genossenschaftsideen entwickelten sich in den letzten Jahren und bezwecken, daß die kleinen Gewerbetreibenden mittlere und kleine Bauernorganisationen gegen die kapitalistische Ausbeutung gründen" (Kordatos 1973: 169).

Abdelidis und Kordatos befassen sich jedoch nicht mit der Frage, warum in den sogenannten sozialistischen Ländern (Osteuropas), wo es keine "a priori" kapitalistische Ausbeutung gibt, dennoch Genossenschaften gegründet wurden⁺.

Abdelidis analysiert und kritisiert die hierarchische Struktur des Genossenschaftswesens und schlägt Genossenschaftsformen vor; Kordatos befürwortet keine Form der Genossenschaft,

⁺Nach Auffassung von Abdelidis und Kordatos kann es eine Genossenschaft nur unter kapitalistischen Produktionsverhältnissen in westlichen Ländern geben. Es stellt sich die Frage, wie die beiden Theoretiker die Tatsache erklären, daß trotz kommunistischer Verhältnisse in den Ostblock-Staaten Agrargenossenschaften entstehen konnten.

sondern er kritisiert die schlechten Produktionsverhältnisse auf dem Lande und schreibt alle strukturellen Probleme der Genossenschaft den Großgrundbesitzern und der heutigen bürgerlichen Klasse zu.

Abdelidis kämpft für die Rechte der einfachen Bauern und ist gegen die Stimmkumulation, da sie nur Vorteile für die Reichen brächten. Er ist gegen die Kreditgenossenschaften, die nur eine Filiale der Agrarbank seien, und setzt sich für die Durchsetzung der Produktionsgenossenschaften ein. Obwohl die Großproduktion für Griechenland keine ideale Lösung wäre, spricht er sich dennoch dafür aus.

Ich bin der Meinung, daß der Staat nur im Anfangsstadium die Kreditgenossenschaften fördern sollte, daß seine Aufsicht und Kontrolle mit fortschreitender Entwicklung nachlassen muß zugunsten anderer Agrargenossenschaftsformen, wie der Produktions-, Bezugsgenossenschaft usw.

9.1 Die Doppelnatur der Genossenschaft

Wenn man versucht, die verschiedenen Auffassun-

gen über die Genossenschaften zu analysieren, kommt man zu dem Ergebnis, daß es bei der Genossenschaft um zwei grundlegende Ziele geht. "Genossenschaft ist die zum Handeln verbündete Gemeinschaft oder noch besser, denn das gehört zu ihrem Begriff: die Gemeinschaft, insofern sie handelt" (Oppenheimer 1964 I:370). Abdelidis bezeichnet sie als Personenvereinigung mit bestimmten wirtschaftlichen Zielen (1978:19); der griechische Gesetzgeber legt fest: "Die Genossenschaft ist - nach diesem Gesetz 1914/1915 (602) - die Gesellschaft, die über ein variables Kapital verfügt, die aus Mitgliedern besteht, deren Zahl auch variabel ist und dessen Ziel die Verbesserung der wirtschaftlichen Lage der eigenen Mitglieder ist" (Gesetz 602 1914-15: 159).

Das Soziale und das Ökonomische sind wesentliche Elemente der Genossenschaft, da die Genossenschaft einerseits aus einer Menschengruppe mit Gemeinschaftssinn besteht, und sich diese Gruppe andererseits mit den wirtschaftlichen Interessen ihrer Mitglieder beschäftigt. Diese Personenvereinigung schließt sich in erster Linie nicht aus kulturellen oder sozialen Interessen, sondern vor allem aus wirtschaftlichen Gründen zusammen. Man kann die einzelnen Bestrebungen,

die mit dem Verband zusammenhängen, nicht isoliert betrachten, wenn man über die Genossenschaft spricht: Die Genossenschaft beinhaltet zwei Widersprüche in sich, die Bindung der Genossen und der Wille, durch diese Bindung dennoch Selbständigkeit zu bewahren. Die Autonomie wird auch durch den freien Eintritt in die Vereinigung einer Genossenschaft begünstigt; lediglich das wirtschaftliche Interesse bestimmt das Motiv für das Zusammenkommen der Genossen.

Es wird somit verständlich, daß für den Bestand und die Weiterentwicklung der Genossenschaft das ökonomische bedeutsamer ist als der soziale Faktor; die wirtschaftliche Leistung und der damit verbundene Aufschwung ist der primäre Zweck des kooperativen Zusammenschlusses. Wenn eine Genossenschaft keine wirtschaftlichen Vorteile für die Genossen aufweist, werden ihre Mitglieder sich in kürzester Zeit für den Austritt entscheiden.

Daß die Genossenschaft einen doppelten Charakter⁺ besitzt, daran kann niemand zweifeln - weder im theoretischen noch im praktischen Sinne -, wenn man den Sinn dieser Vereinigung zu verstehen versucht. Es ist einmal der Drang nach Individualität und uneingeschränkter Selbständigkeit und zum anderen der Hang des einzelnen, durch die Vereinigung mit anderen zu gemeinsamem Wirken zu gelangen.

Die Mitglieder der Genossenschaft müssen mit dem Wesen dieser Organisationsform vertraut sein und sich dementsprechend verhalten, denn das ist für die Funktionsfähigkeit der Genossenschaft unerläßlich. Die Genossenschaft verlangt eine Ein- oder Unterordnung des einzelnen und seiner Interessen zugunsten des Gesamtinteresses.

Draheim⁺⁺ verdeutlicht das Ziel und den Inhalt

⁺Vgl. Heckt (1980:7): "Eine Genossenschaft besteht auf der einen Seite aus der Gruppe der Mitglieder, der genossenschaftlichen Personenvereinigung, und auf der anderen Seite aus der genossenschaftlichen Betriebswirtschaft, die mit den Mitgliederwirtschaften funktional verbunden ist. Das Besondere dieser Doppelnatur der Genossenschaft im Vergleich z.B. zur Aktiengesellschaft liegt in der engen Verflechtung dieser beiden Teile".

⁺⁺Draheim (1968:15-50).

der Genossenschaft, wenn er sagt, daß das Ziel, die höchste wirtschaftliche Leistungsfähigkeit jeder Genossenschaft, mit dem besten zwischenmenschlichen Klima in der Genossenschaft als Personenvereinigung zu kombinieren sein muß (vgl. Faust 1958:334).

Um das zwischenmenschliche Klima unter den Genossen zu pflegen und zu sichern und um es nach möglichen Konfliktsituationen und ihren Ursachen zu überprüfen, ist es wichtig, die Voraussetzungen für den Zusammenhalt einer Genossenschaft herauszufinden.

Das Ziel, Homogenität unter den Mitgliedern einer Genossenschaft zu erreichen, bleibt vorerst Utopie, da die Genossen aus den verschiedensten Schichten und somit mit den unterschiedlichsten Problemen zusammenkommen. Mit dieser Problematik muß sich jedoch sowohl jede Klassengesellschaft als auch die griechische Gesellschaft und das Genossenschaftswesen auseinandersetzen.

Zunächst müssen für alle Genossen einer Agrargenossenschaft die gleichen Rechte und Pflichten gelten, speziell die Stimmkumulation müßte abgeschafft werden, das demokratische

Prinzip "ein Mann - eine Stimme" (pro Person eine Stimme) muß gelten.

Die Gruppe von Menschen, die sich in einer Genossenschaft zusammenschließt, verliert ihr Solidaritätsgefühl sowie den Gemeinschaftsgeist, wenn Jedes Mitglied je nach seiner finanziellen Lage behandelt wird. Nach dem griechischen Gesetz konnten die Genossen bis 1981 mit mehr als einem Geschäftsanteil mehrere Stimmen haben (bis zu fünf). Somit hatten bestimmte Mitglieder, besonders die wohlhabenden, besondere Vorrechte (vgl. Kordatos 1973:262). Je homogener die Interessen der Agrargenossenschaftsmitglieder sind, desto effektiver und größer ist der Gemeinschaftssinn, der den Geist einer Agrargenossenschaft bestimmt.

Wenn eine Genossenschaft autonom, das heißt ohne Fremdhilfe durch den Staat arbeitet, muß sie, um wirtschaftlich zu sein, eine bestimmte Größe haben.

"Die Genossenschaft als wirtschaftliche Einrichtung, als Unternehmung, strebt nach einer Größe, die die optimal konkurrenzfähige Leistung verspricht. Sie versucht dadurch im Sinne der wirtschaftlichen Vernunft zu handeln. Das Streben nach optimalen Betriebsgrößen ist ein wesentlicher Teil des Vorganges, den wir mit

Ökonomisierung bezeichnen" (Draheim 1952: 107-108).

In Griechenland ist die Größenproblematik der Agrargenössenschaften nur in den letzten zehn Jahren richtig zur Sprache gekommen. Es gibt zwei große Tendenzen, das Größenproblem zu lösen. Die eine ist durch die Verhältnisse in der EG mit ihrer stark agrarischen Großproduktion beeinflusst, die andere beinhaltet ein neues, für die griechischen Kleinfamilienbetriebe geeignetes Modell.

Der Trend des ersten Einflußbereiches strebt die Umwandlung der Kleinfamilienbetriebe in großkapitalistische Unternehmen an, die die Mehrheit der ehemaligen Bauern dann als Lohnarbeiter beschäftigen würden.

Der zweite Lösungsversuch setzt voraus, daß Griechenland einen neuen Weg gehen muß, um die

Agrarstruktur⁺ zu verbessern und die Arbeitslosenquote der Landwirte herabzusetzen. Diese zweite Möglichkeit zielt auf die Einführung der Produktionsgenossenschaft in bestimmten lokalen Grenzen (Dorfgemeinschaft).

Man müßte in Anbetracht der Mentalität der Bauern (Mangel an Bildung, Fatalismus und Traditionalismus) in Griechenland auf ihre starke Bindung an ihr Eigentum und ihr Mißtrauen gegenüber dem Staat Rücksicht nehmen.

Mit der Einführung von Produktionsgenossenschaften würde das Verlangen der Bauern nach Selbständigkeit in gefährlicher Weise ignoriert. Das griechische Agrargenossenschaftswesen hat sich bis vor kurzem (1981) nicht mit dem Pro-

⁺Weitere Informationen bei Bougioukos (1977: 104): "Wegen des Mangels an außerlandwirtschaftlichen Arbeitsplätzen bilden die landwirtschaftlichen Betriebe auch die soziale Anfangsstation für alle, die anderweitig keine Arbeit finden.

Die meisten Betriebe sind schon aus diesem Grunde mit Arbeitskräften überbesetzt. Hinzu kommt die Unteilbarkeit der Arbeitskraft, die sich natürlich bei der Kleinheit der Betriebe in einem hohen Arbeitskräftebesatz je ha niederschlägt. Die Folge ist eine geringe Arbeitsproduktivität. Es wird geschätzt, daß die Produktion je Erwerbsperson in der Landwirtschaft nur 40 v.H. der Produktion im EG-Durchschnitt erreicht".

blem der wirtschaftlichen Größe der Agrargenossenschaften befaßt, weil die bedeutsamste Form der Agrargenossenschaften die Kreditgenossenschaft war, die durch den Staat dirigiert wurde. Inzwischen werden auf breiter Basis Diskussionen über diese Problematik geführt.

Die Kapitalbeschaffung⁺ bildet immer noch das Haupthindernis für die Entwicklung anderer Formen der Agrargenossenschaft in einem Land wie Griechenland, das sich auf dem Weg von einem Entwicklungsland zu einer Industrienation befindet.

"Da das Pro-Kopf-Einkommen in Entwicklungsländern gering ist, ist es demgemäß auch die Fähigkeit zur Kapitalbildung. Wenn nun die für den Zusammenschluß in Frage kommenden Einheiten nicht über ein Mindestmaß an Kapitalkraft verfügen, erstehen auch hier Grenzen, es sei denn, die finanziellen Beiträge werden ergänzt durch Kapitalhilfe, wie das ja in den Entwicklungsländern durch den Staat geschieht" (Hoppenberg

⁺ Mit der totalen Finanzierung der Agrargenossenschaften durch den Staat, wie es in vielen Entwicklungsländern geschieht, wird das Prinzip der Selbsthilfe unwiderruflich verletzt und die Autonomie der Agrargenossenschaften gefährdet.

1960:26).

Wenn die Agrargenossenschaft ihre Autonomie durch die Abhängigkeit vom Staat verliert, kann sie ihren eigenen Charakter als dynamische Form zur weiteren Entwicklung und Umwandlung der Landwirtschaftsstruktur kaum noch aufrechterhalten.

Der griechische Staat wollte dirigistisch seine Agrarpolitik durchsetzen. Er benutzte die Agrargenossenschaft als Mittel für seine Sozialpolitik und unterdrückte jede Initiative der Agrargenossenschaftsmitglieder, wie z.B. den Versuch einer direkten Verbindung mit dem Binnenmarkt (Verkaufsgenossenschaften). Der Staat zeigte ausschließlich Interesse für die korrekte Verteilung der Kredite an die Agrargenossenschaften.

Der Gemeinschaftssinn einer Gruppe wie der einer Genossenschaft zeigt sich nach Abdelidis deutlich, wenn es um bedrohliche Situationen für die Agrarbevölkerung geht (Abdelidis 1976:89). Nach 1950 wurde den Agrargenossenschaftsmitgliedern bewußt, daß sie in der Gruppe mehr erreichen konnten als allein.

Kordatos stellt fest, daß die Arbeit und Aktivitäten der Agrargenossenschaft sehr gering im Vergleich zu ihrer Mitgliederzahl sind (Kordatos 1973:262).

Die Agrargenossenschaften können neue Formen entwickeln, wenn sie das Problem der Kapitalbeschaffung gelöst haben. Bis dahin wird weiter die Kreditgenossenschaft die entscheidende Agrargenossenschaftsform bleiben. In Griechenland befindet sich der Ökonomisierungsprozeß der Agrargenossenschaft, das heißt der Agrargenossenschaft in Unternehmensform, im ersten Stadium. Das gilt besonders für die Agrargenossenschaften ersten Grades, die über sehr geringe Kapitalbeschaffungsmöglichkeiten verfügen. Der Unternehmenscharakter dieser Agrargenossenschaft ist sehr begrenzt (Fischgenossenschaften, Obst- und Gemüsegenossenschaften). Im Gegensatz dazu ist die Betriebsform der Agrargenossenschaft unter den Agrargenossenschaften zweiten Grades (die Unionen) sehr verbreitet. Durch die 51%ige Staatsbeteiligung (an den Unionen, Zentralunionen) ist die Möglichkeit der Mitglieder, die Geschäftspolitik der Agrargenossenschaften ihren Interessen gemäß zu beeinflussen, sehr eingeschränkt.

Die Landwirtschaft steht noch weitgehend außerhalb der Sphäre der kapitalistischen Investitionen (s. S. 208).

Vergopoulos⁺ nennt (1975:209) dafür folgende Gründe:

- a) die Agrarpreise fallen ständig; die Produktionskosten werden nicht mehr gedeckt.
 - b) der Bodenpreis steigt ständig.
 - c) die Industrieprodukte werden immer teurer.
 - d) die Lohnarbeiter haben in der Landwirtschaft unter diesen Umständen keine Zukunft.
 - e) das Kreditwesen arbeitet nicht nach den Bedürfnissen der Bauern, sondern nach der Profitierung des Bankkapitals.
 - f) die Agrarproduktion wird steuerlich nicht als Familienbetrieb, sondern als Unternehmen behandelt. Das soll die Statistik der privaten sowie öffentlichen Investitionen für die Landwirtschaft verdeutlichen (Tab. 53, s. S. 268).
- Der Staat hält die Bauern und die Agrargenossenschaftsmitglieder am Rande des kapitalisti-

⁺K. Vergopoulos ist Professor an der Universität in Thessaloniki für wirtschaftliche und soziale Fragen der Landwirtschaft. Er beschäftigt sich im besonderen mit der Kleinfamilienagrarpromuktion und behauptet, daß sie am Rande des kapitalistischen Systems stehe.

Vergopoulos Werke sind: "Das Agrarproblem in Griechenland" 1975, Athen-Thessaloniki, "Der Nationalismus und die wirtschaftliche Entwicklung" Athen 1978, sowie viele Veröffentlichungen und Artikel, besonders in progressiven Zeitungen, so z.B. der Artikel "Übergang zum Sozialismus" (1980 Juni-Juli), 1981.

tionen (s. S. 208).

Vergopoulos⁺ nennt (1975:209) dafür folgende Gründe:

- a) die Agrarpreise fallen ständig; die Produktionskosten werden nicht mehr gedeckt.
 - b) der Bodenpreis steigt ständig.
 - c) die Industrieprodukte werden immer teurer.
 - d) die Lohnarbeiter haben in der Landwirtschaft unter diesen Umständen keine Zukunft.
 - e) das Kreditwesen arbeitet nicht nach den Bedürfnissen der Bauern, sondern nach der Profit-erwartung des Bankkapitals.
 - f) die Agrarproduktion wird steuerlich nicht als Familienbetrieb, sondern als Unternehmen behandelt. Das soll die Statistik der privaten sowie öffentlichen Investitionen für die Landwirtschaft verdeutlichen (Tab. 53, s. S. 268).
- Der Staat hält die Bauern und die Agrargenossenschaftsmitglieder am Rande des kapitalisti-

⁺ K. Vergopoulos ist Professor an der Universität in Thessaloniki für wirtschaftliche und soziale Fragen der Landwirtschaft. Er beschäftigt sich im besonderen mit der Kleinfamilienagrarpromktion und behauptet, daß sie am Rande des kapitalistischen Systems stehe.

Vergopoulos Werke sind: "Das Agrarproblem in Griechenland" 1975, Athen-Thessaloniki, "Der Nationalismus und die wirtschaftliche Entwicklung" Athen 1978, sowie viele Veröffentlichungen und Artikel, besonders in progressiven Zeitungen, so z.B. der Artikel "Übergang zum Sozialismus" (1980-Juni-Juli), 1981.

schen Systems, das heißt der Staat versucht nicht, die Besitzstruktur auf dem Lande so zu ändern, daß sie entweder als Selbständige oder als Lohnarbeiter in die Agrarproduktion eingegliedert werden können. Die Ursache dafür ist, daß sich der Staat vor den gesellschaftlichen Folgen einer solchen Politik fürchtet⁺. Aus diesem Grund muß der Staat auch eine feste Aufsicht und Kontrolle über die Agrargenossenschaften ausüben.

Abdelidis sagt, daß die Agrargenossenschaften immer noch keine große Bedeutung haben.

"Trotz Ihres wichtigen Fortschritts ab Ende des Zweiten Weltkrieges ist die wirtschaftliche Bedeutung der Agrargenossenschaft auf nationaler Ebene immer noch zu gering. Auf regionaler Ebene ist die Arbeit der Agrargenossenschaft (das heißt in den Präfekturen) besser" (Abdelidis 1980:21).

Um ihre wirtschaftlichen Ziele zu erreichen, braucht die Agrargenossenschaft Kapital, tech-

⁺ Denn eine forcierte Konzentration nach kapitalistischem Muster würde die Mehrzahl der Kleinbauern zur Aufgabe ihrer unrentablen Betriebe zwingen. Viele von ihnen würden in die Städte abwandern und dort das Heer der Arbeitslosen vermehren und einen sozialen Unruheherd bilden, der für den Staat gefährlicher wäre als die jetzigen Zustände auf dem Land.

nische Ausrüstung und große, zusammenhängende Ackerflächen. Nur durch Information und Aufklärung können die Bauern in Griechenland verstehen lernen, wie die Hindernisse für eine rationelle und konkurrenzfähige Agrarproduktion beseitigt werden können.

In den letzten Jahren - besonders nach dem Eintritt⁺ Griechenlands in die Europäische Gemeinschaft (EG) im Jahre 1981 - haben sich die Probleme der Agrargenossenschaften zugespitzt.

Man kann sagen, daß die Agrargenossenschaft ihre beiden Grundelemente, das Soziale und ökonomische, untrennbar beibehalten und pflegen muß.

⁺"Man befürchtet, daß die griechische Wirtschaft von Westeuropa und vor allem von seinen Konzernen abhängig werden könnte, die ihre Entscheidungen nicht an den Bedürfnissen des Landes, sondern an der Maximierung ihres Gewinnes ausrichten würden. Dadurch werde die Entwicklung einer eigenständigen, branchenmäßig ausgewogenen Industriestruktur erschwert, ja unmöglich gemacht. Viele mittlere und kleine Betriebe würden dem verstärkten Wettbewerb nicht standhalten können, die Arbeitslosen würden - als Folge der EG-Freizügigkeit - abwandern, so daß dem Lande sein produktives Kapital verloren gehen könnte. Auch für die griechische Landwirtschaft sieht die PASOK hauptsächlich Nachteile. Politisch soll eine Verstärkung des Einflusses der USA und der Bundesrepublik vermieden werden, man fürchtet außerdem, daß der Beitritt die Umwandlung in eine sozialistische Gesellschaft behindern könnte" (Groeben 1979:20-21).

"Die bisherige Betrachtung hat ergeben, a) daß In jeder Genossenschaft zwei Teilgebilde eingeschlossen sind, und zwar eine Personenvereinigung (mit gemeinschaftsnahem oder mit zweckgesellschaftlichem Charakter) und ein Betrieb (mit oder ohne Unternehmungscharakter) und, b) daß der Grundauftrag das Band zwischen Personenvereinigung und Betrieb ist" (Henzler 1962:29).

Daß die Agrargenossenschaft primär um die Erfüllung wirtschaftlicher⁺ Aufgaben besorgt ist, wird niemand in Frage stellen. Ob es sich um eine Vertriebs- oder Produktionsgenossenschaft handelt, betrachtet man die Größe einer Agrargenossenschaft, so kann man feststellen, daß mit steigendem Umfang die Interessen des einzelnen immer weniger berücksichtigt werden können und in den Hintergrund rücken.

Es ist somit erforderlich, die Größe der Agrar-

⁺Vgl. Faust (1958:334): "Die Genossenschaften stehen als Einzelgebilde in der Wirtschaft und haben die Spielregeln und Gesetzmäßigkeiten ihrer rational eingestellten Umwelt zu beachten. Darum ist eines gewiß: Weist eine Genossenschaft keine wirtschaftliche Leistung auf, wird sie bald von ihren Mitgliedern verlassen. Die wirtschaftliche, die genossenschaftliche Leistung bleibt der primäre 'Zweck' des kooperativen Zusammenschlusses; er sollte aber, wir wiederholen es, nicht ihr alleiniger Inhalt sein".

genossenschaft so zu bemessen, daß die Übersicht beibehalten werden und der Kontakt unter den Agrargenossenschaftsmitgliedern immer persönlicher Art bleiben kann.

Es muß berücksichtigt werden, daß sich die griechischen Agrargenossenschaften jetzt zum ersten Mal bewußt mit der Doppelnatur der Genossenschaft auseinandersetzen versuchen. Ich bin der Ansicht, daß die Agrargenossenschaften in Anlehnung an Raiffeisen in Griechenland nicht mehr den Bedürfnissen der Bauern entsprechen. Die Genossenschaften Raiffeisens sind für das Anfangsstadium (als dominierende Form der Genossenschaften) der Agrargenossenschaften geeignet. Besteht für eine Agrargenossenschaft nicht mehr an erster Stelle das Problem des notwendigen Kapitals, so können an die Stelle der Kreditgenossenschaften andere, wie z.B. Produktionsgenossenschaften oder Konsumgenossenschaften, treten. Für Griechenland gilt es, diese Überlegungen in das jetzige Agrargenossenschaftswesen einfließen zu lassen.

9.2 Unternehmenserhaltung und Mitgliederinteressen

Um die Produktionskosten soweit wie möglich zu senken, ist eine zunehmende Mechanisierung⁺ der Produktion nötig. Die oft teuren Maschinen sind jedoch nur bei genügend großer Produktion rationell. Beide Mechanismen zwingen zu immer größeren Betriebsgrößen. Deswegen ist es verständlich, daß das Größenproblem des Unternehmens mit der Wettbewerbsproblematik in einem engen Zusammenhang steht.

In den Industrieländern, in denen das Problem der Kapitalbeschaffung in den Agrargenossenschaften nicht mehr in so großem Maße wie in den Entwicklungsländern besteht, bietet sich die Möglichkeit an, andere Agrargenossenschaftstypen neben den Kreditgenossenschaften zu gründen (vgl. Schiller 1973:89). Heute gibt es in Westeuropa viele landwirtschaftliche Großbetriebe mit genossenschaftlicher Organisationsbasis. Bei der heutigen Form dieser Betriebe kann man sie nur schwer von solchen unterscheiden, denen die genossenschaftliche Basis fehlt.

⁺ Um die Produktionskosten soweit wie möglich zu senken, ist eine angepaßte Mechanisierung der Produktion an eine bestimmte Größe der Ackerflächen erforderlich, damit die Erzeugnisse nicht nur rentabel, sondern auch produktiver und billiger produziert werden können.

Es muß versucht werden, eine Kombination der Verwendung autochthoner Methoden des Anbaus und der Mechanisierung zu finden, die nicht zu Lasten der Natur und der Umwelt geht, denn die Natur muß immer als unersetzliche Produktivkraft betrachtet werden.

Die Mehrheit der In genossenschaftlichen Betrieben Beschäftigten kann man nicht als Genossenschaftsmitglieder bezeichnen, da häufig Lohnarbeiter beschäftigt werden. Es wird in der Regel auf Gewinnmaximierung geachtet und nicht nach genossenschaftlichen Prinzipien und Zielen gestrebt, die - nach Raiffeisen - nicht nur wirtschaftlichen Charakter haben. In Griechenland gibt es solche Großagrarbetriebe, wie man sie in den Industrieländern vorfindet, nicht, wenn man sie nicht mit den Zentralgenossenschaften (Agrargenossenschaften dritten Grades) vergleichen will, die nicht Genossenschaften im eigentlichen Sinn, sondern Aktiengesellschaften mit starker staatlicher Beteiligung sind.

Die Zentralgenossenschaften⁺, die für die Sammlung bestimmter Agrarprodukte, z.B. Ge-

⁺ Vgl. Draheim (1952:134): "Während die Einzelgenossenschaft, grundsätzlich aus natürlichen Personen bestehend, ihre doppelte Natur als Gruppe und als Unternehmung klar zeigt, liegen die Dinge bei der Zentralgenossenschaft, deren Mitglieder juristische Personen, nämlich Genossenschaften sind, etwas komplizierter.

Über den Unternehmungscharakter einer Zentralgenossenschaft ist nicht zu streiten, er tritt im Gegensatz zu manchen Einzelgenossenschaften meist viel prägnanter in Erscheinung".

treide, Baumwolle, Oliven, Tabak zuständig sind, arbeiten nicht unter genossenschaftlichen Geschäftsführern, sondern nach den Weisungen des Staates, der zumeist mit 51% Hauptaktionär ist. Ob die Interessen des Staates und die der Agrargenossenschaftsmitglieder übereinstimmen, ist eine andere Frage. Wie die Praxis zeigt, sind die Interessen nicht identisch (Interview, den 22. Oktober 1981 - Nordgriechenland).

Der Grund, warum die griechischen Bauern sich zu Agrargenossenschaften zusammenschließen, ist nicht eine möglichst profitable Kapitalverwendung, sondern das Bestreben, ihre Existenz zu sichern. Besonders deutlich wird die Angst der Agrargenossenschaftsmitglieder um ihre Existenz in den Agrargenossenschaften ersten Grades, wo die Bauern durch die Bodenstruktur (kleine, verstreute Ackerflächen), die veralteten Anbaumethoden, die wenigen Bewässerungsanlagen und ihre finanzielle Not am meisten besorgt sind. Gerade in den letzten zehn Jahren wurde es den Bauern bewußt, daß sie das Problem der Betriebsgröße (die sie zugleich als Hindernis ansahen, nämlich die zerstreute Bodenstruktur des Landes) nur mit neuen Formen der Agrargenossenschaft lösen. Man

darf nicht vergessen, daß die ganze Bauernfamilie in den Arbeitsprozeß des Bauern eingegliedert ist, das heißt die Frau, die Kinder und sogar arbeitslose Verwandte arbeiten in den Agrarfamilienbetrieben und leisten unbezahlte Arbeit.

Wesentliches Merkmal der Arbeitssituation auf dem Bauernhof ist, daß die Bauernfamilie ganz selbstverständlich ihre Arbeit als ihre Lebensaufgabe bewerkstelligt, weil ihr jede Möglichkeit genommen wird, in der Industrie eine Arbeitsstelle zu finden. Somit wird häufig Unterbeschäftigung und Arbeitslosigkeit verdeckt.

Die Familie des Bauern dient für die Existenzsicherung auf dem Land. Das resultiert aus der Tatsache, daß die Landwirtschaft eine Rolle am Rande des Systems (des wirtschaftlichen Systems) für die ganze griechische Wirtschaft zu spielen hat (vgl. Charalambis 1980:226).

Man muß feststellen, daß die Großproduktion sowie die Verarbeitung, Lieferung oder der Verkauf von Agrarprodukten in Tonnen noch nicht in Griechenland verbreitet ist. Es gibt nur dreizehn Produktionsgenossenschaften (Obst- und

Tabakproduktion); Ihre Mitgliederzahl ist auf die Dorfebenegemeinschaft beschränkt, wie es das Gesetz für die Agrargenossenschaft ersten Grades angeordnet hat (vgl. Abdelidis 1980:46).

Außer den Genossenschaften gibt es noch bestimmte Gruppen (Verwandte, Nachbarn aus anderen Dörfern), die wegen der gemeinsamen Agrarproduktion (z.B. Herstellung von Baumwolle) zusammenarbeiten. Solche Gruppen lösen sich jedoch nach der Saison wieder auf. Diese Art der Zusammenarbeit nennt man "Saisongruppenarbeit"; sie betrifft solche Agrarprodukte, die für eine Großproduktion geeignet sind, beispielsweise Baumwolle, Getreide und Obst.

Die Produktionsgenossenschaften, die in geringer Zahl in Griechenland bestehen, beschäftigen sich immer noch mit der Kreditverteilung der Agrarbank. So kann man feststellen, daß die Agrargenossenschaften in Griechenland zum größten Teil Kreditarbeiten und zum kleinen Teil andere Aktivitäten vollziehen, welche die Produktion indirekt betreffen. Solange das Kreditproblem nicht gelöst wird, besteht die Not

bei der Kapitalbeschaffung weiterhin.

Betrachtet man die heutigen Bedürfnisse, so zeigt es sich, daß das Kreditproblem besser durch die Agrargenossenschaftsmitglieder gelöst werden kann. Diese Gedanken deuten an, daß die Agrarbank in eine genossenschaftliche Bank umgewandelt werden muß. Dann würden die Bedürfnisse der Bauern nach ihren eigenen Vorstellungen und Erwartungen befriedigt und nicht durch die betrieblichen Interessen der Bank blockiert, wie es heute noch der Fall ist. Wenn es um Genossenschaften ersten Grades geht (kleine Agrargenossenschaften auf Dorfebene), kann man deutlich sehen, daß sich diese Agrargenossenschaften, Verkaufs- oder Konsum-, Produktions- oder Kreditgenossenschaft, um die Erhaltung des Unternehmens kümmern, aber nicht, weil sie an dem Gewinn interessiert sind, sondern weil sie durch die Unternehmenserhaltung eine Chance für ihre Existenzsicherung sehen.

Die Agrargenossenschaft ersten Grades ist bezüglich des Verkaufs von Agrarprodukten auf dem Binnenmarkt nur zu einem kleinen Prozentsatz im Vergleich zu der gesamten Agrargenossenschaftszahl vertreten (5%).

Die Agrargenossenschaften ersten Grades in

Griechenland haben nur wenige Marktverbindungen (zum überwiegenden Teil werden die Marktverbindungen fast immer durch Zwischenhändler hergestellt).

Im Gegensatz dazu haben die Agrargenossenschaften zweiten Grades - die sogenannten Unionen - viel mehr direkte Marktverbindungen; das liegt daran, daß sich die Unionen nicht in erster Linie mit der Kapital- und Kreditbeschaffung beschäftigen und somit viel mehr Planungs- und Koordinierungsmöglichkeiten haben. Die erfahrenen Geschäftsleitungen der Unionen sind eher in der Lage, ihre ökonomischen Ziele zu verwirklichen. Diese Unionen sorgen je nach den Bedürfnissen für die Sammlung, die Lagerung und Verarbeitung bestimmter Agrarprodukte.

"1960 hatten die Unionen unter ihrer Kontrolle und Besitz:

- Lagerhäuser für 270.000 t Getreide
- 20 Baumwollverarbeitungsmaschinen
- 6 Olivenfabriken
- 4 Dosenfabriken
- 6 Molkereien
- 15 Weinkellereien

- 5 Seifenfabriken
- 2 Obstsäftefabriken"

(Kamarinou 1977:128).

Die Unionen vertreten jedoch nicht immer die Interessen der Agrargenossenschaftsmitglieder, weil sie durch vom Staat direkt nominierte Geschäftsführer geleitet werden und dadurch mehr dem Interesse des Staates verpflichtet sind⁺. Die Diskrepanz der Interessen zwischen Geschäftsführer und Agrargenossenschaftsmitgliedern führt oft zu Resignation und verbreitet ein Desinteresse der Genossenschaftsmitglieder an den Arbeiten der Union. Die Genossen fühlen sich somit direkt an den Staat ausgeliefert.

Die heutige Bewegung kämpft gegen diese Einengung und verlangt die Wahl der Geschäftsleitungen durch die Mitglieder (Interview 22. Oktober in Jiannitsa). So könnte es zur neuen Agrargenossenschaft kommen, in der die Agrargenossenschaftsinteressen mit denen der Geschäftsleitung zum größten Teil identisch wären.

Pepelasis hält eine Verbesserung der Situation

⁺"Die Leitung der meisten Genossenschaften wird heute nicht mehr durch Mitglieder, sondern durch qualifizierte Fachkräfte ausgeübt" (Heckt 1980:29).

der Agrargenossenschaften nur für möglich, wenn die Aktivität der Agrarbank und des Staates so dezentralisiert werden, daß jedes Agrargenossenschaftsmitglied im direkten Kontakt mit den verschiedenen Ämtern des Landwirtschaftsministeriums steht, um seine Probleme zu lösen (vgl. Pepelasis 1978:29).

Abdelidis hält allein organisatorische Änderungen nicht für ausreichend, um das Problem der Existenzsicherung der Agrargenossenschaft zu lösen, er verlangt durchgreifende Reformen der Struktur der Agrargenossenschaftsbewegung. Um das finanzielle Problem der Agrargenossenschaft ersten Grades zu beseitigen, schlägt Abdelidis die Vereinigung von zwei oder drei Nachbardörfern zu einer Agrargenossenschaft vor. Neben der Generalversammlung sollten kleine, auf ein bestimmtes Agrarprodukt (z.B. Tabak) spezialisierte Kommissionen aus 2 bis 3 Mitgliedern mit beratender Funktion gebildet werden. Auf diese Weise soll verhindert werden, daß die auftauchenden Probleme auf dem bürokratischen Weg durch die Zentrale der Agrargenossenschaften (PASEGES) oder durch das Landwirtschaftsministerium gelöst werden, und die direkte Beteiligung der Genossenschafts-

mitglieder garantiert wird (Abdelidis 1976: 146).

Abdelidis sieht die Unionen als Koordinierungsorgane der Agrargenossenschaften ersten Grades einer Präfektur (Nomos). Er lehnt die direkte Einmischung des Staates sowohl in die Geschäftsführung als auch in die Kapitalanlage ab (1980:57).

Kordatos hält die Beteiligung und Einmischung des Staates in die Agrargenossenschaften für gefährlich und lehnt sie absolut ab; nur ohne Beeinflussung könnten die Agrargenossenschaften ihre Interessen als Unternehmen vertreten (vgl. Kordatos 1973:263).

Wenn sich mehrere Agrargenossenschaften ersten Grades einer Präfektur auf ein oder zwei Agrarprodukte spezialisieren würden, was z.B. in Ost- und Zentralmakedonien wegen der Bevölkerungsdichte leicht zu realisieren wäre, könnten Agrargenossenschaften meiner Meinung nach ihre finanzielle Not und Abhängigkeit von den Banken und vom Staat vermeiden. Andererseits könnten sie entsprechend der eigenen Bedürfnisse und Interessen arbeiten, wenn das ganze Agrargenossenschaftswesen nur von Mitgliedern

geleitet würde und das Problem der Geschäftsleitung durch Außenstehende überwunden würde. Der Staat⁺ könnte statt seines Interventionismus in direkter oder indirekter Form Methoden einführen, die motivierend auf das Engagement der Bauern wirken würden, um fehlende Agrarprodukte einzuführen, die der Versorgung der griechischen Bevölkerung dienen würden (Nahrungsmittel). Mit einer leistungsfähigen Landwirtschaft könnte Griechenland die Möglichkeit der Selbstversorgung durch eigene Agrarproduktion gewinnen und so die Abhängigkeit von Konsumgütern aus den Industrieländern abbauen (vgl. Amin 1975:277). Auf diese Weise könnte Griechenland mehr Devisen ersparen, die dringend erforderlich sind, um neue Arbeitsplätze im Bereich der Landwirtschaft schaffen zu können.

⁺"Der zentralistische Staat lagert fern und fremd über der realen Bevölkerung, die in Ortsgemeinden lebt. Das Verwaltungsrecht bedient sich der Dörfer nicht wie das in Skandinavien, den Niederlanden oder Deutschland geschieht" (Pfeffer 1959:12-20).

9.3 Betriebswirtschaftliche Probleme des Genossenschaftswesens

Eine Agrargenossenschaft braucht ein Mindestkapital, um ihre Investitionen und Produktion finanzieren zu können.

Die Herkunft des Geldes (Mitgliederbeiträge, Kredite) spielt für eine Genossenschaft eine große Rolle, weil die Kapitalbeschaffung aus eigener Quelle die Abhängigkeit von außenstehenden Gruppen reduzieren kann. Auf diese Weise stehen weiterhin die Interessen und Bestrebungen der Agrargenossenschaftsmitglieder im Mittelpunkt; die Ziele der Eigeninitiative und der Selbsthilfe durch eigene finanzielle Mittel werden so in den Vordergrund gerückt.

Jeder konnte laut Gesetz, ob Bauer oder Akademiker⁺ (z.B. Rechtsanwalt oder Arzt), in eine Agrargenossenschaft eintreten und mehrere satzungsgemäße Anteile erwerben. Somit konnte die Genossenschaft im Interesse der Besitzenden manipuliert werden, weil das Stimmrecht je nach der Zahl der Geschäftsanteile geregelt war. Das Eigenkapital einer Agrargenossenschaft in

⁺ Das heißt diejenigen, die in dem Dorf (der Agrargenossenschaft) über eigenes Land verfügen.

Griechenland wird aus den Geschäftsanteilen, aus den jährlichen Rücklagen, die gesetzlich mit 90% des erwirtschafteten Gewinns festgelegt sind, gebildet.

Das kann auch generell auf die Verhältnisse in Griechenland übertragen werden. Die zwei großen Probleme, die mit der Beteiligung zusammenhängen, sind die geringe Mitgliederzahl, das geringe Finanzkapital der meisten Mitglieder und die Größe der Agrargenossenschaft (Anbaufläche).

Die echten Genossenschaften, nämlich die Agrargenossenschaften ersten Grades, beschränken sich in Griechenland auf eine oder höchstens zwei benachbarte Dorfgemeinden. Die durchschnittliche Mitgliederzahl beträgt ca. 150 Personen. Der Geschäftsanteil kann in monatlichen Raten von mindestens 104 Dr. (1 DM entspricht 38 Dr. - 1983) bezahlt werden, das sind 1.248 Dr. im Jahr. Man kann sich vorstellen, daß die finanziellen Probleme einer Genossenschaft, die mit Eigenkapital arbeitet,

sehr mannigfaltig sind. Die Agrargenossenschaften in Griechenland sind daher auf Fremdfinanzierung angewiesen. Deshalb sind die Agrargenossenschaften und auch die einzelnen Mitglieder zum großen Teil von Banken oder fremden Investoren abhängig.

"Die Heranziehung von fremden Investoren zur schnellen und ausgiebigen Bildung von Anteils-kapital widerspricht der Genossenschaft als Unternehmungstyp und der ihr Innewohnenden 'Geschlossenheit'. Es würden sonst u.U. Interessen Außenstehender in die Genossenschaft hineingezogen werden, die dem Genossenschaftszweck, nämlich den wirtschaftlichen Bedürfnissen der Mitglieder zu dienen, entgegenstehen könnten" (Draheim 1952:87).

Die Agrargenossenschaften ersten Grades haben in Griechenland wenig Chancen, ihre betriebswirtschaftlichen Probleme selbständig zu bewältigen. Das Gegenteil gilt für die Unionen, die Agrargenossenschaften zweiten Grades, die in der Regel ihr Eigenkapital ohne große Mühe aufbringen können. Denn eine Union besteht aus allen Agrargenossenschaften eines Nomos (Verwaltungsbezirk) und verfügt dadurch über eine große Mitgliederzahl. Die Größe der Union spielt ebenfalls eine wichtige Rolle und ist

ein Sicherheitsfaktor für die Kreditwürdigkeit der Genossenschaft gegenüber den Banken. Je größer die Zahl der Mitglieder ist, desto mehr Geschäftsanteile können ausgegeben werden; auf diese Weise wird ein Teil des Eigenkapitals aufgebracht. Betriebswirtschaftliche Probleme treten in der Regel dann auf, wenn die Leitung einer Union von einer außenstehenden Person, wie z.B. von einem vom Landwirtschaftsministerium nominierten Unionsdirektor übernommen wird. Er vertritt die Politik und die Interessen des Staates, die häufig den Bedürfnissen der Agrargenossenschaften zuwiderlaufen. Der Direktor führt hauptberuflich die laufenden Geschäfte der Union und ist Chef der Verwaltung. Die Generalversammlung der Union spielt keine so entscheidende Rolle wie in der Agrargenossenschaft ersten Grades. Sie tagt nur einmal oder zweimal pro Jahr. Aus diesem Grund fühlen sich die Agrargenossenschaftsmitglieder in vielen Fällen abhängig vom Unionsdirektor und bezeichnen die Union als eine "Pseudogenossenschaft".

Abdelidis sagt, daß die Unionsdirektoren häufig die Unerfahrenheit der Agrargenossenschaftsmitglieder ausnutzen und somit ihre Meinung einfach durchsetzen. Dies geschah im großen

Ausmaß während der Diktatur, in der die Unionsdirektoren direkt von der Junta-Regierung nominiert wurden (Abdelidis 1976:127).

Auf die Agrargenossenschaft dritten Grades, die Zentralgenossenschaft, braucht hier nicht eingegangen zu werden, weil sie nicht als Genossenschaft, sondern als Aktiengesellschaft organisiert ist. Ist die Agrargenossenschaft in Griechenland als ein Unternehmen eingerichtet, so stellen gerade die Größe und die Kapitalbeschaffung aus eigenen, zur Verfügung stehenden Mitteln die schwierigsten Probleme dar.

"Raiffeisen verschloß sich jedoch nicht der Erkenntnis, daß ein bestimmtes Eigenkapital zum Betrieb eines Unternehmens erforderlich ist und trat folgerichtig für die Schaffung eines Reservefonds ein, während er die unmittelbare Beteiligung der Genossen ablehnte. Es darf jedoch nicht verkannt werden, daß Raiffeisen nicht gegen, sondern für die Beteiligung des Genossen mit seinem Vermögen war. Denn die uneingeschränkte solidarische Haftung ist die stärkste Form der Beteiligung mit dem Vermögen, da der Genosse im Falle des Scheiterns der Genossenschaft voll und ganz haften muß" (Geist 1981:23).

Das Problem der Kapitalbeschaffung und der Größe einer Agrargenossenschaft und die damit verbundenen Schwierigkeiten bezüglich der betriebswirtschaftlichen Funktionen beschäftigen noch heute hauptsächlich Theoretiker und Kritiker, die sich mit dem

Agrargenossenschaftswesen auseinandersetzen

Pepelasis ist der Meinung, daß die Lösung der betriebswirtschaftlichen Probleme der Agrar-genossenschaft mit der Vergrößerung der zur Verfügung stehenden Fläche des Ackerbodens verbunden ist. Jedes Agrargenossenschaftsmitglied muß mindestens über 150 Stremmata bearbeiteten Bodens verfügen (10 Stremmata entsprechen 1 Hektar); die Fläche darf sich nicht aus einzelnen verstreuten Parzellen zusammensetzen. Das Problem der Bauern ohne Bodenbesitz muß hierbei in den Hintergrund treten, weil dieses zu einer anderen Epoche (Türkenherrschaft) gehört (vgl. Pepelasis 1978:35). Er spricht sich für ein Agrargenossenschaftswesen aus, in dem nur Bauern das Recht haben, Agrargenossenschaftsmitglieder zu werden, denn nur so können seiner Meinung nach die Interessen der Bauern genügend berücksichtigt werden.

Abdelidis hält es für richtig, die Großproduktion im Stil der Produktionsgenossenschaften einzuführen; er unterscheidet zwei Typen. Der eine Typ ist zuständig für die gemeinsame Kultivierung des Ackerbodens, der andere für die Verarbeitung und den Verkauf der Agrarprodukte (vgl. Abdelidis 1980:25).

Abdelidis hält den ersten Typ für den geeigneteren, denn nur so können seiner Ansicht nach

die betriebswirtschaftlichen Probleme, speziell die Wettbewerbsfähigkeit und eine rationelle Produktion, angemessen gelöst werden (1980:21).

Eine ausreichende Größe der Genossenschaften stellt einen wichtigen Faktor für die Überwindung der betriebswirtschaftlichen⁺ Probleme dar. Je kleiner eine Genossenschaft ist, desto geringer ist die Chance, auch in finanzieller Hinsicht die Probleme aus eigener Kraft und mit Hilfe von eigenem Kapital zu bewältigen.

"Eine Ausnutzung der technischen und organisatorischen Rationalisierungsvorteile ist erst ab einer bestimmten Betriebsgröße möglich" (Heckt 1980:1).

⁺ Draheim (1968:98) dazu: "Zweifelloos wirken die das allgemeine Wirtschaftswachstum bestimmenden Faktoren auch auf das Unternehmensewachstum ein. Wachstumsvorgänge der Unternehmen hängen unter anderem von der betrieblichen Ausnutzung technischer Neuerungen ab, die für das Wirtschaftsgeschehen in der jeweiligen Branche relevant sind. Für ein Schritthalten der Unternehmen mit dem gesamtwirtschaftlichen und branchenbezogenen Wachstum stellt die Anpassung an den technischen Entwicklungsstand eine Vorbedingung dar. Die Folge solcher Anpassungsprozesse ist die zunehmende Anlagen- oder Kapitalintensität der Betriebe. Die Nutzung des technischen Fortschritts wirkt sich in Betrieben in wirtschaftlichen Faktorkombinationen und in höheren Leistungsmengen aus".

In Griechenland ist das Größenproblem sowie die Kapitalbeschaffung der Agrargenossenschaft in eine Krise geraten, weil das bestehende Genossenschaftswesen wenig Möglichkeiten für bestimmte Agrargenossenschaften (Agrargenossenschaften ersten Grades) bereithält, ihre finanzielle Abhängigkeit von außen (Agrarbank, Staat) zu lockern. Die Unionen sind die einzigen Agrargenossenschaften, die über ein großes Eigenkapital verfügen und damit ihre betriebswirtschaftlichen Probleme (Rationalisierung und Reduzierung der Produktionskosten, Wettbewerbsfähigkeit der Agrarprodukte) relativ einfach lösen können.

Um für die Agrargenossenschaften eine finanzielle Grundlage zu schaffen und eine rationelle Produktion durch entsprechende Investitionen zu ermöglichen, sollte meiner Auffassung nach die Beschränkung der Agrargenossenschaften auf eine Dorfgemeinde aufgehoben werden. Größere Agrargenossenschaften, die je nach Bodengüte und Produkten 2 bis 4 Dorfgemeinden umfassen und nicht auf wenige Produkte spezialisiert sind, könnten dann mit eigenem Kapital die noch akuten bestehenden Probleme lösen.

9.4 Agrargenossenschaften und Entwicklungs- politik in den "Entwicklungsländern", speziell in Griechenland

Obwohl die Agrarproduktion rückständig ist (außer Obst- und Gemüseproduktion) und den Inlandsbedarf von Agrarprodukten nicht decken kann, ist die Wirtschaft - und hier besonders die Industrie - von der Entwicklung der Landwirtschaft abhängig. Den größten Teil der Exporte Griechenlands machen Agrarprodukte aus. Sie bringen Devisen für die chronisch defizitäre griechische Handelsbilanz. Außerdem lebt eine große Prozentzahl der Bevölkerung auf dem Land (bis 1970 45%, heute 30% der Bevölkerung). Aus diesen Gründen wurde diese Bevölkerung zusammen mit dem Agrargenossenschaftswesen vom Staat als Instrument für die Durchsetzung seiner Sozial- und Entwicklungspolitik eingesetzt. Es muß betont werden, daß die landwirtschaftliche Produktivität durch Rationalisierung und Organisation zugunsten der ganzen Wirtschaft gesteigert werden mußte. Er versuchte, die Landbevölkerung dazu zu bewegen, auf dem Land als Bauern tätig zu bleiben, indem er ihr besondere Anreize bot (Garantiepreise für bestimmte Agrarprodukte - Getreide, Olivenöl -, Steuererleichterungen,

Kredite mit niedrigen Zinsraten). Er gründete die Agrarbank, die die Kreditversorgung auf dem Lande übernehmen sollte. Seiner Auffassung nach war die Kapitalbeschaffung für die Bauern oder die Agrargenossenschaften das Hauptproblem. Durch diese Politik wurde das Agrargenossenschaftswesen nicht zu einem Besserungs- oder Änderungsfaktor des Lebensstandards der Bauern, sondern diente als Mittel, die bestehende Position der Landwirtschaft am Rande der Wirtschaft zu stabilisieren. Diese Entwicklung vollzog sich nicht zufällig, sondern sie folgte dem Modell und den Prioritäten des griechischen Staates entsprechend den Klasseninteressen der Bourgeoisie (s. S. 138).

Es gibt drei mögliche Wege, auf denen die Landwirtschaft positiv zur Wirtschaftslage beitragen kann. Diese Wege sind jedoch durch bestimmte Modelle geprägt. Der erste beinhaltet den schnelleren Aufbau des Industriesektors, in dem ein großer Teil der Bauernschaft als Industriearbeiter absorbiert werden kann. Hier ist aber der Übergang von Arbeitskräften aus der Landwirtschaft in andere Berufe zu fördern, um so die Bildung von Produktionsüberschüssen zu hemmen,

wie es in den Industrieländern⁺ geschieht, und der übrigen Landbevölkerung die Teilnahme an der Einkommensentwicklung zu ermöglichen. Dieser Weg kann dort praktiziert werden, wo die Voraussetzungen für die Integration der Landbevölkerung in einem anderen Sektor der Wirtschaft, wie z.B. dem Industriesektor, gegeben sind. Die Praxis zeigt, daß der erste Weg nur in den sogenannten "Industrieländern" praktiziert werden kann. In diesen Ländern wurde die Industrielle Revolution (während des 19. Jahrhunderts) direkt durchgeführt; Technologie, Entwicklung, Fortschritt und Kapital waren eng miteinander verbunden; und diese Faktoren stehen seitdem immer

⁺Vgl. Schiller (1973:81): "Es liegt im Zuge der Zeit, daß man sich in den westlichen Industrieländern in neuer Zeit in zunehmendem Maße mit den Problemen der Entwicklungsländer beschäftigt. Das ist vor allem darauf zurückzuführen, daß zwischen den Industrienationen auf der einen Seite und den Entwicklungsländern andererseits ein gewisses Spannungsverhältnis besteht, und daß die bedrohliche Kluft zwischen reichen und armen Völkern infolge des rapiden Bevölkerungswachstums, das gerade für letztere typisch ist, sich eher vergrößert als verringert".

noch in enger Verbindung zueinander.

Für Griechenland wäre allerdings die Beschreibung des Weges mit einer großen Arbeitslosenwelle⁺ verbunden, weil die Industrie noch lange nicht so weit entwickelt und fortgeschritten ist, den Bauern Arbeitsplätze in den Städten zu garantieren.

Die scheinbar große Entwicklung im Industriesektor (Fortschritte in der Leichtindustrie) und die damit verbundene Urbanisierungswelle der Agrarbevölkerung in den 60er Jahren geriet in eine Sackgasse und endete mit der größten Auswanderungswelle (1960), die Griechenland bis dahin erlebt hatte.

Die Abhängigkeit Griechenlands von den Industrieländern spielt eine entscheidende Rolle beim Aufbau seiner Wirtschaft, die sich nach den Bedürfnissen des internationalen Marktes⁺⁺ richtet.

⁺Vgl. Senghaas (1974:53).

⁺⁺Vgl. Marcuse (1969:27).

tet⁺. Griechenland hat immer noch keine eigene Schwerindustrie und keine Landwirtschaft, die die eigene Versorgung vollständig deckt. Somit wird sowohl die Abhängigkeit von den Konsumgütern als auch von den Agrarprodukten der Industrieländer gefestigt, was die Einfuhrquote beweist (s. Tab. 29, 31).

Innerhalb des zweiten Weges übernimmt der Staat die Aufgabe des Initiators und des Durchsetzers der Entwicklungspolitik. Für einen Staat in einem "Entwicklungsland" ist es von großer Bedeutung und von großem Interesse, die Freundschaft zu anderen Industriestaaten aufzubauen und aufrechtzuerhalten, denn sie erscheinen häufig für den weniger entwickelten Staat als wertvolle Kreditgeber. Er wird es immer darauf anlegen, diese Beziehungen bis zum äußersten zu pflegen. Er wird stets darum bemüht sein müssen, die gesellschaftliche und ökonomische Struktur des Landes unter Kontrolle zu haben, damit dieses Verhältnis nicht gestört wird. Griechenland ging diesen Weg mit kurzen Unterbrechungen in den Jahren 1963 und 1964 bis 1980. Die Landwirtschaft wurde nicht in das System

⁺Weitere Informationen bei Amin I 1979:51 (gr.).

integriert und war für die privaten Investoren kein erstrebenswertes Gebiet (vgl. Vergopoulos 1975:200 -250). Der Staat garantierte für bestimmte Agrarprodukte -"Subventionspreise"- und hatte die Aufsicht und Kontrolle über das Agrargenossenschaftswesen, damit es weiterhin von seinen Krediten und seiner Preispolitik abhängig blieb. Der Staat benutzte die Preispolitik und die Kontrolle des Agrargenossenschaftswesens, um die Entwicklung in Richtung auf die Verbindung mit den westlichen Industriestaaten durchzusetzen, die zu einer Außenseiterrolle der Landwirtschaft führte. Der Staat kämpfte mit der Unterstützung der Bourgeoisie (vgl. Charalambis 1980:60) gegen eine mögliche Revolution auf dem Lande durch die am Existenzminimum stehenden Bauern mit Hilfe besonderer bilateraler Abkommen mit Staaten wie der BRD im März 1960 (Auswanderungswelle in die BRD). Auf diese Weise vermied der Staat Aufstände der arbeitslosen Bauern und schickte sie auf den internationalen Arbeitsmarkt. Die verschiedenen, zum großen Teil konservativen Regierungen hätten neue Arbeitsplätze schaffen können, wenn sie um den Aufbau der Schwerindustrie sowie um neue Typen von Agrargenossenschaften, die zur Rehabilitation des

Lebens auf dem Lande hätten führen können, bemüht gewesen wären. Das wäre aber gegen die Zielsetzungen der Bourgeoisie gewesen, die von dieser Situation profitierte.

Der dritte Weg ist in Griechenland noch nicht praktiziert worden. Es bestehen jedoch realistische Aussichten, daß er für die besondere Bodenstruktur, die Kultur und die Tradition sowie für die eigentümliche Mentalität der Bauern geeignet ist. Dieser Weg ist durch die Agrarbewegung in den letzten zehn Jahren gekennzeichnet. Er sieht keine entscheidende Einkommensverbesserung der Bauern oder der Agrargenossenschaftsmitglieder durch die staatliche Festlegung von bestimmten Preisen für Agrarprodukte (das heißt Subventionierungspolitik) vor; er lehnt die absolute Einmischung des Staates in das Agrargenossenschaftswesen ab.

Die Großproduktion durch Agrargenossenschaften löst ein großes Interesse in Griechenland aus. Dazu gibt es zwei Einflußbereiche. Der eine hält diese Großproduktion in Agrarbetrieben auf genossenschaftlicher Basis für angebracht, in denen die Landbesitzer (Bauern) an der Agrargenossenschaft direkt beteiligt

und die landlosen oder arbeitslosen Bauern für sie als Lohnarbeiter tätig werden. In dieser Hinsicht hat diese Strömung mit den Agrarbetrie- ben in westlichen Ländern, die als kapitalistis- sche Betriebe (Hauptziel Gewinnmaximierung) organisiert sind, viel gemeinsam. Diese Strö- mung ist seit dem Ende der Diktatur besonders verbreitet, während sich konservative Politiker (vor allem der konservativen Partei "Neue De- mokratie") für den Eintritt Griechenlands in die EG - Europäische Gemeinschaft - aussprachen, um die politische Stabilität des Landes durch die Zugehörigkeit⁺ zum westlichen politöko- nomischen System zu sichern. Es wird hier je- doch außer acht gelassen, daß die Landwirte zum großen Teil nur über kleine Familienagrar- betriebe verfügen. Durch den neuen Trend wür- de eine große Arbeitslosenquote unter den Bauern zu verzeichnen sein, die nur wenig Mög-

⁺"Angesichts der Ungewißheit über die inter- grierende Kraft des militärischen Bündnis- ses an der Südfanke der NATO und im Mittel- meer ist es umso wichtiger, die Europäische Gemeinschaft als Bündnisgrundlage, viel- leicht sogar als Fundament einer gemeinsamen Sicherheitspolitik der west-europäischen Staaten im Bündnis mit Nordamerika zu erhal- ten. Eine erweiterte Europäische Gemein- schaft wird eine solche Aufgabe allerdings nur erfüllen, wenn ihr institutionelles und normatives System funktionsfähig bleibt" (Groebe 1979:21).

lichkeit hätten, sich an Großgenossenschaften zu beteiligen oder aber lediglich als Lohnarbeiter in diesen Agrargenossenschaften tätig sein könnten (vgl. Kamarinou 1977:95). Zudem muß die Mentalität auf dem Land berücksichtigt werden: die Bauern wollen weder ihre Selbständigkeit noch ihre Kleinfamilienagrarbetriebe aufgeben.

Der Beitritt Griechenlands in die EG wird erst 1988 mit allen Rechten und Verpflichtungen wirksam werden.

Ich bin der Meinung, daß dieser Eintritt das Ende für eine große Zahl von Betrieben bedeuten wird, die schon jetzt am Rande ihrer Existenz stehen. Nur Agrarbetriebe, die über eine entwickelte Technologie, ein vernünftiges Management und eine konkurrenzfähige Größe verfügen, haben eine Chance, im Wettbewerb zu

überleben. Durch bloße Arbeitsintensivierung der Familienbetriebe⁺ kann keine große Produktionssteigerung ermöglicht werden. Außerdem tauchen in Regionen intensiver Agrarproduktion durch Monokulturen und Übernutzung Umweltprobleme im Zusammenhang mit der Landwirtschaft auf (speziell in den Gebirgsgebieten und auf den griechischen Inseln). Diese Probleme können überwunden werden, wenn sich die Landwirtschaft wie die gesamte Wirtschaft an den inneren Bedürfnissen und Prioritäten und nicht am internationalen Markt orientieren würden. Das Agrargenossenschaftswesen, wie es bis heute strukturiert ist und vom Staat (mit Hilfe der Bourgeoisie) dirigiert wird, kann keine Initiative ergreifen, diese Lage zu ändern; Somit bleibt die Agrargenossenschaft abhängig und beschränkt auf solche Aktivitäten, die dem Staat zugute kommen (Kreditwesen).

⁺ Autschbach (1969:17) dazu: "Die Anpassungsschwierigkeiten der Organisationsform des Familienbetriebes im Sinne der agrarpolitischen Zielvorstellung werden in wachsendem Maße dadurch verschärft, daß auch die landwirtschaftliche Technologie zur Entwicklung von Maschinenaggregaten, technischen Einrichtungen und Produktionsverfahren, steigender Leistungsfähigkeit tendiert, deren kostengünstiger Einsatz aber an Flächen- und Bestandsgrößen gebunden ist, die im bäuerlichen Familienbetrieb in der Regel nicht verfügbar sind".

Der Staat soll, so fordert es die in den letzten Jahren hervorgegangene Agrarbewegung, nur als Berater des Agrargenossenschaftswesens fungieren. Das Kreditproblem soll mit Hilfe einer Genossenschaftsbank gelöst werden. Diese Bank muß an die Stelle der ehemaligen Agrarbank treten, denn nur sie könnte die Interessen ihrer Mitglieder tatsächlich vertreten. So könnte eine weitere Verschuldung der Bauern bei privaten Geldverleihern verhindert werden. Diese, von nicht traditionsgebundenen Bauern vertretene Vorstellung, sieht die Agrargenossenschaft nicht als Instrument des Staates, sondern als autonome und selbstverwaltete Organisation der Bauern.

Abdelidis ist der Meinung, daß die Großproduktionsgenossenschaften für die griechische Landwirtschaft geeignet wären. Er stimmt mit der Form der Agrarbetriebe in der Europäischen Gemeinschaft überein. Dabei achtet er nicht auf die negativen Auswirkungen dieser Produktionsgenossenschaftsform, z.B. auf die rasche Änderung, Vernachlässigung der Dörfer und kleinen Städte in der Provinz, die die Heimat der Bauernschaft bilden. Diese Produktionsgenossenschaft wird seiner Meinung nach den Verstädterungsprozeß beschleunigen (Abdelidis

1980:40-50).

Griechenland hat schon unter dieser Phase (um 1960 und Ende 1974/Anfang 1975) gelitten. Die Bevölkerungskonzentration in einigen wenigen Großstädten brachte vor allem in "Entwicklungsländern" wie in Griechenland entsprechende Probleme, wie Umweltverschmutzung, Verelendung, erhöhte Infrastrukturkosten, Versorgungsschwierigkeiten mit sich⁺. Die Verbesserung des Lebensstandards kann nicht nur durch das Pro-Kopf-Einkommen des Bauern beschrieben werden. Der Landbewohner (Bauer) sowie der Stadtbewohner müssen die gleichen Arbeits-, Bildungs- und Persönlichkeitsentwicklungsmöglichkeiten haben (vgl. Pepelasis 1978:65).

⁺ Weitere Informationen bei Nikolinos (1973:169).

Tabelle 53.
Investitionen für die Landwirtschaft (1948-1970) in %

Jahr	1948	1953	1960	1961	1963	1965	1968	1969	1970
A.	5,7	5,9	9,4	9,1	10	12	10	8	8
B.	7,4	11,5	22	24	23	13	13	14	17

(Nationale Rechnungen Griechenlands 1948-1970).

A= Privatinvestitionen für die Landwirtschaft in % der gesamten Privatinvestitionen

B= Öffentliche Investitionen in % der gesamten öffentlichen Investitionen

Nach dem Gesetz 1262/1982 von 1982 wurden eine Reihe von Investitionsanreizen - Im Rahmen des neuen Wirtschaftsprogramms - in Griechenland verabschiedet und veröffentlicht.

"Das neue Gesetz, das ein wichtiger Bestandteil der allgemeinen Wirtschaftspolitik der Regierung darstellt, zielt auf eine schnelle und koordinierte Mobilisierung und Nutzung des Produktionspotentials ab, um so die wirtschaftliche Dezentralisierung und die rationellere Verteilung der wirtschaftlichen Aktivitäten innerhalb des Landes zu fördern" (Investitionsanreize in Griechenland 1982:5).

Die Unternehmen von Genossenschaften oder Organen der kommunalen Selbstverwaltung werden vom Gesetz 1262/1982 am ehesten erfaßt. Diese Investitionsanreize umfassen:

1. Zuschüsse,
2. Zinssubventionen,
3. Steuervergünstigungen,
4. Sonderabschreibungen.

In diesem Gesetz werden aber nicht nur neue Anreize zum Investieren in Griechenland gemacht; diese Anreize richten sich auch an Bevölkerungsgruppen, die geringe Chancen haben, ein Unternehmen zu gründen, wie z.B. (ehemalige Bauern),

die Auslandsgriechen sowie die Agrargenossenschaftsmitglieder, Agrargenossenschaften usw. Diese Gesetzgebung zeigt die Richtlinien der Regionalpolitik⁺ der PASOK Regierung und setzt die Ziele der Dezentralisierung und der schnellen Entwicklung der Peripherie gegen die städtischen Zentren. Sie geht davon aus, daß Griechenland ein Land geprägter Charaktere (wirtschaftlicher und politischer Charakter) des peripheren Kapitalismus ist. Die größten Unterschiede in der Infrastruktur bestehen zwischen städtischen Regionen (Athen, Thessaloniki, Patra, Piräus) und ländlichen Regionen in Griechenland, das ist eine unbestreitbare Tatsache der ungleichen Entwicklung des Landes⁺⁺. Diese ungleiche Entwicklung der verschiedenen ländlichen und städtischen Regionen hat in der Bevölkerung immer noch ungleichen Lebensstandard, ungleiche Bildungs- und Berufsmöglichkeiten

⁺ Die Gemeinden und Präfekturen beteiligen sich nach dieser Regionalpolitik aktiv und direkt an Entscheidungsprozessen der Zentralregierung. Die Initiative für die weitere Entwicklung der Region zu ihren Gunsten liegt vor allem in den Händen der Bevölkerung. Entscheidungen werden in den Generalgemeindeversammlungen getroffen (z.B. Projekte, die die Kultur, die Gemeinde und die Verkehrssicherheit der Bevölkerung betreffen).

⁺⁺ Wiedergegeben nach Chatzimichalis (1979: 507).

ten sowie nicht gerechtfertigte Aufstiegschancen zur Folge. Die Regional- sowie die Agrarpolitik bestanden in zwei Programmen der rechtskonservativen Regierungen, die bis 1980 an der Macht waren; sie strebten nicht danach, diese "Anomalien" oder Ungerechtigkeiten beseitigen zu wollen. Wer im Zentrum (in den Städten Athen, Thessaloniki und neuerdings Patra) studierte oder studiert, hatte und hat höheres Sozialprestige, bessere Bildung und deswegen gute Aufstiegschancen.

Damit die Agrargenossenschaft ihre Ziele erreichen kann, muß sie den Stand des Existenzminimums ihrer Mitglieder überwinden. Erst dann kann man von einer Genossenschaft sprechen, die über so viel Kapital verfügt, daß dieses Kapital akkumuliert werden kann und somit die technische Ausrüstung der Genossenschaft teilweise gedeckt werden kann. So wird die Qualität, und wenn es sich um Massenproduktion handelt, die Wettbewerbsfähigkeit, der Agrarprodukte auf dem Markt sichergestellt. Die Agrargenossenschaft kann in den Entwicklungs-

ländern⁺ sowie in Griechenland auch dazu beitragen, die Landwirtschaft wieder zu beleben und eine Wirtschaftspolitik in die Wege zu leiten, die autonom und nach den inneren Bedürfnissen des Landes ausgerichtet ist.

⁺Vgl. Hoppenberg (1960:31): "Die Regelungen der Entwicklungsländer, die nicht unter östlichem Einfluß stehen, haben klar zu verstehen gegeben, daß für die Zukunft ein freies und funktionsfähiges Genossenschaftswesen erstrebt wird (Primärcharakter), was wiederum bedeutet, daß die genossenschaftlichen Grundsätze letzten Endes respektiert werden. Das Wollen an sich ist also noch nicht gegen die Auffassung: 'Staatshilfe ist nur insoweit gerechtfertigt, als sie Selbsthilfe ermöglicht' - gerichtet".

10. Zusammenfassung und Ausblick

Charakteristisch für die griechische Landwirtschaft des 19. Jahrhunderts war der Gegensatz zwischen einer Klasse von Großgrundbesitzern und Großpächtern und einem Heer von Kleinpächtern und landlosen Bauern. Diese waren einer scharfen Ausbeutung durch die Großgrundbesitzer ausgesetzt. Ein ausgeklügeltes System von Pachten und Abgaben mit zum Teil erheblichen Hebesätzen und ständig steigenden Steuern führte zu einer zunehmenden Verelendung der Landbevölkerung.

Um 1900 formierte sich eine Protestbewegung, deren Ziel eine umfassende Landreform mit entscheidender Änderung der Besitzverhältnisse auf dem Lande waren. Blutiger Höhepunkt war der Aufstand von Kileler 1910. Dem zunehmenden Druck des ländlichen Proletariats mußte der Staat schließlich nachgeben.

Die Folgen waren die stufenweise durchgeführten Landreformen 1910, 1923 bis 1932 und 1950, die schließlich den Großgrundbesitz fast vollständig beseitigten.

Seitdem ist der kleinbäuerliche Familienbetrieb, zu dem 5 bis 10 Familienangehörige gehören, charakteristisch für die griechische Landbevölkerung; er besitzt im Durchschnitt 35 bis 45 Stremmata Land. Gewöhnlich ist der bäuerliche Grundbesitz nicht zusammenhängend, sondern weit zerstreut. Diese kleinen Betriebe waren damals nicht in der Lage, rational und effektiv zu produzieren.

Während sich in den kapitalistischen Metropolen auf dem Lande die kapitalistische Produktionsweise durchsetzte, die zu einer zunehmenden Konzentration der bäuerlichen Betriebe in landwirtschaftlicher Großproduktion führte, wurde in Griechenland durch die Bodenreform und Erbteilung die Zahl der Kleinbetriebe ständig erhöht. Die Produktivität der griechischen Landwirtschaft blieb daher im Vergleich zu den Landwirtschaften Westeuropas und Amerikas ständig zurück⁺.

Nachdem die griechische Wirtschaft sich von einer Feudal- in eine Geldwirtschaft gewandelt hatte, zeigte sich, daß sich die Bauern immer stärker verschuldeten und von Krediten abhän-

⁺Vgl. Abdelidis 1980:55.

gig wurden; das veranlaßte den Staat, mehrmals spektakuläre Schulden zu erlassen, ohne daß jedoch eine radikale Ausmerzung des Übels erreicht wurde.

Ökonomisch ist Griechenland bis heute ein Agrarland mit starker Abhängigkeit von den Metropolen des Weltkapitalismus. Da die Industrielle Revolution des 19. Jahrhunderts in Griechenland nicht stattfand und auch nicht nachgeholt wurde, ist die Industrielle Entwicklung entscheidend von den Bedürfnissen des kapitalistischen Weltmarktes und nicht von den Bedürfnissen des Binnenmarktes geprägt. Eine fehlende Schwer- und Technologieindustrie und die Hypertrophie des tertiären Sektors sind die Folgen. Die Wirtschaftspolitik der letzten Diktatur hat diese Tendenz noch extrem verschärft, indem ein zunehmender ausländischer Kapitalimport gefördert wurde, was zur Beherrschung des Binnenmarktes durch ausländische Konzerne geführt hatte. Die Eingliederung der griechischen Wirtschaft in den kapitalistischen Weltmarkt wurde dadurch noch verstärkt⁺.

Während der ganzen Zeit erbrachte die Land-

⁺Vgl. Dobas 1973:88.

wirtschaft nicht den größten Teil des BNP; es wurde jedoch von der staatlichen Wirtschaftspolitik versäumt, durch Modernisierung der Produktionsweise und angepaßte Mechanisierung die Produktivität der Landwirtschaft auf Welt-niveau zu heben.

Der griechische Kleinbauer mit seiner Parzellenwirtschaft konnte trotz der Mitarbeit der ganzen Familie nicht rational und konkurrenzfähig produzieren. Daraus entstand eine zunehmende Abhängigkeit von Fremdkapital, das in Form von Bankkrediten aufgenommen werden mußte. Die ersten Agrargenossenschaften verbanden sich vor allem mit dem Ziel, ihren Mitgliedern durch gemeinsames Vorgehen eine stärkere Position gegenüber den Banken zu verschaffen und die Kreditkonditionen zu erleichtern.

Tabelle 54.
Agrarbevölkerung im Jahr 1961

Geschlecht	Arbeitgeber	Bauer und gleichzeitig selbständlg	Nicht bezahlte Mitglieder der Familie	Lohnarbeiter	Summe
Männer	25.000	699.000	335.000	127.000	1.186.000
Frauen	6.000	77.000	647.000	40.000	770.000
Summe	31.000	776.000	982.000	167.000	1.956.000
	1,5%	40%	50%	8,5%	100%

(Kamarinou 1977:95)

Aus dieser Tabelle wird ersichtlich, daß die überwiegende Mehrheit der Bauern selbständlg ist, daß entscheidend weniger Frauen selbständlg sind als Männer und daß die Lohnarbeiter im Vergleich zu den Selbständigen einen kleinen Prozentsatz ausmachen.

Noch heute sehen die Agrargenossenschaften in der Kreditbeschaffung und der Kreditverteilung ihre Hauptaufgabe; der größte Teil entwickelt darüber hinaus keine anderen Aktivitäten. Schon frühzeitig versuchte der Staat, Einfluß auf die Agrargenossenschaftsbewegung zu erlangen⁺. Mit dem Gesetz 602/1915 wurden die Organisationsformen, die Struktur, die Besitzverhältnisse und die Selbstverwaltung der Agrargenossenschaften staatlich festgelegt. Die Agrargenossenschaftsbewegung ist seitdem gegliedert in Agrargenossenschaften ersten Grades auf Gemeindeebene, Agrargenossenschaften zweiten Grades als landesweite Organisationen.

Bei der Agrargenossenschaft ersten und zweiten Grades ist ein genossenschaftliches Beteiligungssystem und bei den Agrargenossenschaften dritten Grades eine Beteiligung auf Aktienbasis vorgeschrieben. Zudem existiert ein Zentralverband der Agrargenossenschaften, die PASEGES.

1929 wurde die Agrarbank gegründet, die zu 51% dem Staat gehörte. Durch das Gesetz sind die Agrargenossenschaften verpflichtet, 10% ihrer Gewinne als Garantie bei der Agrarbank zu hinterlegen. Die von der Bank an die Agrargenossenschaften vergebenen Kredite waren in der Regel

⁺Wiedergegeben nach Kamarinou (1977:131).

etwas zinsgünstiger als die Ihrer Konkurrenten. Das führte dazu, daß die Agrarbank zum dominierenden Geschäftspartner der Genossenschaften wurde. Oberstes Ziel Ihrer Geschäftspolitik war die Profitmaximierung und nicht der möglichst hohe Nutzen für die Agrargenossenschaften. Daher war der größte Teil der Kredite nur kurzfristig und nicht mittel- oder langfristig, wie es für die Bauern am vorteilhaftesten gewesen wäre⁺. Einfluß auf die Geschäftspolitik der Bank hatten die Agrargenossenschaften nicht, da sie am Kapital nicht beteiligt waren.

Die Verwaltungsdirektoren der Agrargenossenschaften zweiten und dritten Grades wurden vom Staat oder von der Agrarbank nominiert, zusätzlich befanden sich zahlreiche vom Staat nominierte Vertreter in Aufsichts- und Verwaltungsräten. Durch das Gesetz wurde eine hierarchische Gliederung der Agrargenossenschaften erreicht, die zusammen mit der ökonomischen Macht der dominierenden Agrarbank einen starken staatlichen Einfluß auf die Agrargenossenschaftsbewegung sicherte.

Der staatliche Dirigismus verschärfte sich zur Zeit der beiden Diktaturen erheblich da-

⁺Dazu Abdelidis (1976:177-184).

durch, daß auch die bisher frei gewählten Selbstverwaltungsorgane vom Staat nominiert wurden und durch staatliche Repressionen jeder Ansatz von Opposition und Kritik unterdrückt wurde. Durch besondere Gesetzesbestimmungen wurde die große Ausdehnung und Mitgliederzahl der Agrargenossenschaften ersten Grades und in gewisser Weise auch der Unionen beschränkt. Daraus resultierte direkt eine schmale Kapitalbasis, da die Anzahl des ausgebauten Anteils und seine Höhe durch die geringe Finanzkraft der Mitglieder begrenzt war⁺. Durch den daraus resultierenden ständigen Kapitalbedarf waren die Agrargenossenschaften der wirtschaftlichen Einflußnahme durch die Agrarbank und die übergeordneten Agrargenossenschaften ständig unterworfen. In einer Anzahl von Agrargenossenschaftstypen, die zahlenmäßig die Mehrheit stellten, war zudem eine Kumulation von Stimmanteilen durch reiche Mitglieder erlaubt⁺⁺. Zusätzlich bestand die Möglichkeit des Anteilerwerbs durch Berufsfremde⁺⁺⁺. Die aufgeführten Mechanismen beschränkten die Möglichkeit, eine demokratische Selbstverwaltung der

⁺ Vgl. Abdelidis 1979 - Z. Elefterotypia
13. August 1979

⁺⁺ Z.B. Ärzte und Rechtsanwälte

⁺⁺⁺ Nichtbauern

eigentlichen Genossenschaftsbauern zu erreichen. Seit Gründung der ersten Agrargenossenschaft bis 1964 konnte eine Zunahme des Organisationsgrades der Bauern verzeichnet werden, der schließlich 74% aller Bauern betrug. Während der Diktatur von 1967-1974 war jedoch erstmalig ein Rückgang der Mitgliederzahl bis zu 6,4% jährlich zu beobachten, der direkt auf die zentralistische und repressive Politik der Diktatur zurückzuführen ist. Die Bauern waren besonders darüber verärgert, daß ihnen auch die wenigen Selbstbestimmungsmöglichkeiten genommen und die Versprechungen der Diktatur nicht eingehalten wurden; Im Gegenteil wiesen die bäuerlichen Einkommen deutlich Einbußen auf. Außerdem hatte sich gezeigt, daß die Diktatur die Agrargenossenschaften bewußt gegenüber Privatunternehmungen benachteiligte⁺, denn das entsprach ihrem wirtschaftlichen Programm. Das alte Übel, die Korruption bei der Kreditvergabe, breitete sich erneut aus und wurde durch politisch motivierte Benachteiligungen ergänzt. So entwickelte sich in zunehmendem Maße Mißtrauen und Enttäuschung unter der Bauernschaft⁺⁺.

⁺Dazu Rosler (1968:387).

⁺⁺Wiedergegeben nach dem Interview mit Unionsmitgliedern von Jiannitsa am 22. Oktober 1981.

10.1 Neue Tendenzen im Genossenschaftswesen

Die griechische Gesellschaft verlor ihren feudalen Charakter nach der schrittweisen Durchführung der Bodenreform in den Jahren 1871, 1911, 1923, 1937. Seitdem konnten und können Genossenschaften sowohl im landwirtschaftlichen als auch im städtischen Bereich aufgebaut werden. Die Produktionsverhältnisse spielen dabei immer die entscheidende Rolle für die Arbeitsform der Menschen. Wenn es keine Veränderung innerhalb des Produktionsprozesses gegeben hätte, könnte heute keine Genossenschaft existieren.

"Die Wirtschafts- und Sozialstruktur im allgemeinen und die Agrarstruktur im besonderen etwa bildet einen wichtigen Punkt. Feudale oder halbfeudale Verhältnisse lassen keine landwirtschaftlichen Genossenschaften zu. Rechtliche Sicherheit und wirtschaftliche Entscheidungsfreiheit sind Grundvoraussetzungen. Die Lage der Bauern, wenn sie allein dastehen, muß schwach und nach Möglichkeit gleichgeartet sein. Außerdem muß sich auf lokaler Ebene eine genügende Anzahl von Bauern zur Vereinigung zusammenfinden" (Hoppenberg 1960:25).

Das Genossenschaftswesen wurde unter bestimmten Vorstellungen des protektionistischen Staates⁺ organisiert und geregelt, die in der besonderen Gesetzgebung ersichtlich wurden. Der Staat als Initiator dieser Form des Genossenschaftswesens versuchte sie als Mittel für seine Entwicklungspolitik zu benutzen. Weil die Kapitalbildung der Genossenschaft an erster Stelle stand, versuchte der Staat mit Hilfe der Kreditpolitik (Agrarbank) und der Preispolitik (Garantiepreise für bestimmte Agrarprodukte) das Problem der Kapitalbeschaffung zu überwinden. Er bevorzugte die Gründung von Agrargenossenschaften als Kreditgenossenschaften, die vor allem auf lokaler Ebene als Agrargenossenschaften ersten Grades die Aufgabe hatten, die genehmigten Kredite der Agrarbank an die Genossenschaftsmitglieder zu verteilen. Die Agrarbank hatte bis zum Eintritt Griechenlands in die Europäische Gemeinschaft im Jahre 1981 das Monopol für den Düngemittelvertrieb. Der Bedarf an Investitionskapital soll im Ag-

⁺ Wirtschaftspolitik, welche die heimische Industrie und Landwirtschaft sowie den Handel durch staatliche Maßnahmen gegen den Wettbewerb mit den Wirtschaften anderer Länder abschirmt. Diese Begünstigung erfolgt durch Schutzzölle und Subventionen an Industrie, Landwirtschaft und Handel, Einfuhrbeschränkungen und Devisenkontrolle.

rarsektor der griechischen Wirtschaft zum größten Teil durch mittel- und langfristige Darlehen der Agrarbank gedeckt werden. Es ist jedoch zu bedenken, daß durch die bislang bestehenden kurzfristigen Darlehen die kleinen Familienbetriebe nicht genug bei der Bewältigung der Probleme der Produktionskosten, der Qualität, der Wettbewerbsfähigkeit ihrer Agrarprodukte unterstützt wurden, weil die Agrarbank nur nach bestimmten Kriterien, nämlich Größe und Produktivität, diese Kredite genehmigen konnte.

"Zum ersten sind die finanziellen Mittel der ATE (Agrarbank) zu gering, um die großen Bedürfnisse des wenig entwickelten Agrarsektors zu decken. Eine bedeutende griechische Studie kommt zu dem Schluß, daß im Jahre 1975 jedem Agrarhaushalt durchschnittlich ein Darlehensbetrag von nur rd. 44.280 Dr. entsprach. Dieser Durchschnittswert dürfte sogar von den meisten kleinen und mittleren Haushalten nicht erreicht worden sein, da stets die große Masse der ATE-Darlehen an die größeren Agrarbetriebe gewährt wird" (Alexopoulos 1981:64).

Die Politik der Agrarbank verdeutlicht, daß sie als Hauptproblem der Landwirtschaft und der Agrargenossenschaften nur die Notwendigkeit

der Kapitalbeschaffung ansah. Wenn das der Realität entspräche, hätte sich die Struktur der Familienbetriebe ändern müssen. Die Agrarbevölkerung muß vom neuen Typ der Agrargenossenschaft oder anderen Formen der Zusammenarbeit überzeugt und motiviert werden. Bis 1981 stand Griechenlands Bevölkerung der neuen Entwicklung jedoch sehr kritisch gegenüber.

Die Genossenschaftsmitglieder erkannten, daß sie sich nicht direkt am Genossenschaftswesen beteiligen konnten. Es verbreitete sich besonders in den letzten zehn Jahren die Überzeugung, daß sich die Bauern nur mit neuen Organisationsformen, nämlich mit der Selbsthilfe ohne staatliche Hilfe, weiterentwickeln können.

Die Gruppenproduktion in Form der Agrargenossenschaften ist in Griechenland im großen Stil noch nicht praktiziert worden⁺. Die sogenannten "Produktionsgenossenschaften" sind gemischte Genossenschaften, die neben der Kreditbeschaffung noch ein oder zwei Agrarprodukte produzieren. Die Zahl dieser Genossenschaften ist im Vergleich zu den herkömmlichen Genossenschaften sehr gering; es gibt

⁺Wiedergegeben nach Kamarinou (1977:91).

nur dreizehn Produktionsgenossenschaften in ganz Griechenland.

Die Mehrheit der BäuerInnen verdient kein eigenes Geld; sie arbeiten in der Familie und auf ihrem eigenen Ackerboden, ohne Lohn zu erhalten. Sie war bis 1981 nicht berechtigt, Mitglied in einer Agrargenossenschaft zu werden⁺; Ihre Rente betrug bis 1981 die Hälfte der des Mannes. Diese Immense Benachteiligung der Frau bewirkte bis 1981 eine Haltung der Apathie: wegen der Arbeit im Haushalt und der Beteiligung bei der Landarbeit hatte sie kaum die Zeit und die Gelegenheit, über ihre eigene Situation nachzudenken und Veränderungen herbeizuführen.

Sie fühlte sich in ihrer Rolle mißverstanden und in ihrer Ehre gekränkt. Diese ursprüngliche Regelung wurde jedoch mit dem Regierungswechsel im Jahre 1981 durch die PASOK aufgehoben. Die Frau bekommt heute als Bäuerin eine volle Rente, sie ist selbst versichert und kann in die Agrargenossenschaft als gleichberechtigtes Vollmitglied eintreten.

Das Genossenschaftswesen, wie es bis 1981 or-

⁺Erstaunlicherweise konnte eine Witwe Teilnahme an einer Agrargenossenschaft erlangen.

ganisiert war, konnte auf das Bedürfnis der Bauern nach Selbstbestimmung keine Rücksicht nehmen. Es fehlte die Planung mittel- und langfristiger Export- und Importbedürfnisse. Sonst wären neue Anbaumethoden bestimmter, für den Konsum nötiger Agrarprodukte rechtzeitig entstanden.

Die Bauern arbeiteten nicht motiviert durch die staatlichen Ansprüche. Es entsteht die Meinung, daß der Staat das Agrargenossenschaftswesen unter Kontrolle haben wollte, um seine Politik durchzusetzen. Seine Grundidee basierte nicht auf Selbstbestimmung des Genossenschaftswesens, sondern auf seiner ununterbrochenen Abhängigkeit vom Staat⁺.

⁺"Umfang und Ziele der Genossenschaftsorganisationen hängen jedoch vom nationalen Wirtschaftsplan, seinen unmittelbaren Zielen und seinen Endzielen ab. Es gab eine Zeit, da erhielten die Genossenschaften ihre Planziele von den zentralen Planbehörden, aber in jüngster Zeit geht die Tendenz dahin, den genossenschaftlichen Organisationen zu erlauben, ihre eigenen Pläne aufzustellen, die von den Planbehörden gebilligt werden müssen. Und diese Planbehörden haben natürlich das Recht, diese Pläne abzuändern oder abzulehnen. Im Zusammenhang mit der Planung steht auch die Finanzkontrolle, die die zentralen Behörden ausüben. Organisationen, die ihre Entwicklung nicht aus den Ersparnissen ihrer Mitglieder und ihren eigenen Reserven finanzieren können, müssen sich an das staatliche Banksystem wenden" (Watkins 1969 V:127).

Das heutige Bild ist dadurch gekennzeichnet, daß zwei Drittel der Mitglieder der Agrar-genossenschaften in erster Linie als Helfer der Agrarbank Kreditarbeiten ausführen. Die inhaltlichen Vorstellungen und Prinzipien stimmen jedoch mit diesem äußeren Bild nicht überein, denn die Prinzipien der Selbsthilfe und Selbstbestimmung werden durch die direkte oder indirekte Einmischung des Staates immer wieder verletzt und somit unrealisierbar. In den letzten zehn Jahren herrschte unter der Agrarbevölkerung die Auffassung, daß die Umstrukturierung des Genossenschaftswesens so schnell wie möglich durchgesetzt werden muß. Die kleinen Agrar-genossenschaften, wie sie heute organisiert sind, können eine Großproduktion nicht organisieren. Mit der Durchführung der Großproduktion könnten die Probleme der niedrigen Produktionskosten und damit die Wettbewerbsfähigkeit dieser Agrarprodukte auf dem nationalen wie auf dem internationalen Markt gesichert werden.

Die Bauern lehnten jede Veränderung der Besitzstruktur (Enteignungen oder freiwilliger Verkauf des Ackerbodens) entschieden ab. Sie wollen auf ihre Selbständigkeit nach wie vor

nicht verzichten und versuchen Ihre Individualität zu bewahren. Wenn man die Besonderheiten der Mentalität der griechischen Bauern berücksichtigt, die durch historische Erfahrung bedingt sind, muß eine Form der Zusammenarbeit ohne Änderung der Besitzstruktur gefunden werden.

Die kleinen Agrargenossenschaften ersten Grades, die auf Dorfebene arbeiten, haben keine Möglichkeit, als autonome Agrargenossenschaften zu existieren. Es fehlt an Kapital und Mitgliedern. Beide Mängel können überwunden werden, wenn die Agrargenossenschaft nicht aus einem Dorf, sondern aus zwei oder möglichst aus drei benachbarten Dörfern besteht. Damit vergrößert sich automatisch die Mitgliederzahl und zugleich die Kapitalbildung.

Pepelasis ist der Meinung, daß die Agrargenossenschaft ersten Grades, das heißt die kleine Agrargenossenschaft, nicht mehr lebensfähig ist; er schlägt die Großgenossenschaft in neuer Form, z.B. der Aktiengesellschaft, vor; er befürwortet die Vergrößerung der Agrarbetriebe durch Verkauf oder Vermietung (vgl. Pepelasis 1978:83, 84). Seiner Ansicht nach ist die Rolle der Agrargenossenschaften auf Koordinationsebene anzuschließen.

Im Gegensatz zu ihm schlägt Kordatos keine bestimmte Agrargenossenschaftsform vor, sondern er analysiert die Verhältnisse auf dem Lande und betont die Schwierigkeiten der Kultivierungsmethoden auf ungeeignetem Ackerboden und die Schwierigkeiten bei der Kapitalbeschaffung (vgl. Kordatos 1973:226-227).

Abdelidis gibt eine neue Dimension der Rolle der Agrargenossenschaften, wenn er behauptet, daß die Agrargenossenschaft mit einer neuen Ausrichtung zur gesamten Wirtschaft beitragen kann, weil die Form der Großproduktion für ihn das entscheidende Kriterium darstellt.

"Die Mehrheit der Bauern ist für die Produktionsgenossenschaften mit gemeinsamer Kultivierung des Ackerbodens" (Abdelidis 1980:57).

Besonders die jungen Bauern halten die Perspektive der PASOK für besonders geeignet und kämpfen um ihre Durchsetzung⁺. Sie tragen zur Unterstützung des neuen Modells, der "Agrarindustrialgenossenschaft", bei. Das bedeutet, daß das Agrarprodukt gemeinsam produ-

⁺ Das ergibt sich nach den neuen Aufsichts- und Verwaltungsräten sowie nach der neu gewählten PASEGES von 1982, wo sich die gewählten Bauern mit der PASOK, was das neue Agrargenossenschaftswesen angeht, identifizieren.

ziert, verarbeitet und verkauft wird. Die Produktion wird den jeweiligen Bodenverhältnissen angepaßt. Rente kann man mit 55-60 Jahren beantragen⁺. Das Genossenschaftswesen wird aus eigener Kraft verwaltet. Es wird eine besondere Haftpflichtversicherung gegen Naturkatastrophen (Dürre, Überschwemmung) eingeführt. Wenn sich jede Präfektur auf zwei oder drei Agrarprodukte spezialisieren würde⁺⁺, würde der inländische Bedarf zum großen Teil durch eigene Agrarproduktion gedeckt und dadurch ein großer Teil an Devisen eingespart werden. Es muß berücksichtigt werden, daß für einige Agrarprodukte, wie Tabak, Baumwolle und Getreide, für große kontinuierliche Ackerflächen in bestimmten Regionen⁺⁺⁺ gesorgt werden muß. Diese Spezialisierung auf Agrarprodukte nach Regionen verbietet nicht die Produktion anderer Agrarprodukte (Obst und Gemüse), die für die Ernährung der Agrarbevölkerung wichtig sind. Die Spezialisierung soll jedoch nicht zu weit

⁺ Bis 1981 gingen die Bauern mit 65 Jahren in Rente.

⁺⁺ Die folgenden Ausführungen sind Überlegungen meinerseits.

⁺⁺⁺ So ist z.B. in Westmakedonien der Boden für Tabak und Baumwolle geeignet, auf den Inseln für Weintrauben oder Weinproduktion.

getrieben werden, sondern eine Palette von mindestens zwei Produkten umfassen. So könnten die kleinen sowie die mittleren Familienagrarbetriebe ohne große Schwierigkeiten unter einer Form, nämlich der der "AgrarIndustriegenossenschaft", in den neuen Produktionsprozeß eingegliedert werden.

Wichtig für die Entwicklung der letzten Jahre ist, daß sich die Agrargenossenschaften in erster Linie in ihren Inhalten gleichen; die Namensgebung kann jedoch unter Umständen unterschiedlich erfolgen. Jede Agrargenossenschaft produziert, verarbeitet und verkauft allein und direkt ihre Agrarprodukte. Damit die Qualität und gleichzeitig die Quantität gesichert sind, fordert die Genossenschaft, daß die Agrargenossenschaftsmitglieder auf zusammenhängenden Ackerflächen produzieren sollen. Jedes Mitglied verdient je nach seiner Arbeit und dem eingebrachten Ackerboden. Gewinn und Überschüsse verteilen sich am Jahresende nach Kriterien, die die Mitglieder in der Satzung festgelegt haben.

In jeder Präfektur wird es eine Union geben; sie wird als tatsächlicher Koordinator der Agrargenossenschaft ersten Grades agieren. Der Direktor und das Personal werden von den Agrar-

genossenschaftsmitgliedern selbst bestimmt. Es ist möglich, daß einige Mitglieder auf Kosten der Agrargenossenschaft weiter ausgebildet werden, um den Bedarf an spezialisierten Kräften zu decken.

Die Zentralunionen werden für die Lagerung und den Transport der Großproduktion sorgen und in ständiger Verbindung mit den Unionen und den Agrargenossenschaften ersten Grades bleiben. Die staatliche Beteiligung wird ausgeschlossen, denn sobald das Agrargenossenschaftswesen selbständig ist, braucht es lediglich die Aufsicht und Beratung des Staates, aber nicht seine direkte Beteiligung am Anlagekapital. (vgl. Engelmann 1966 II:84).

Die Agrarbank wird vollkommen geändert. Sie wird nicht als Bank mit rein marktwirtschaftlichen Zielen und Zwecken, sondern als Genossenschaftsbank organisiert sein, die die Interessen und Vorstellungen der Genossen vertreten muß. Ihre Pläne und die gesamte Kreditpolitik wird nach den Bedürfnissen und Notwendigkeiten der Mitglieder und nach deren eigenen Vorschlägen ausgerichtet werden.

"Die Bauern brauchen eine Agrargenossen-

schaft, um ihre Probleme zu lösen, eine generelle Agrargenossenschaft und nicht kleine und spezielle. Sie müssen unter dieser Form vereinigt bleiben. Um diese Vereinigung zu sichern, brauchen sie eine vereinigte Organisationsbasis auf dem Dorf, auf der Präfektur, auf dem ganzen Land. Mit dieser Agrargenossenschaft können die Bauern mit Erfolg ihre Probleme und Fragen im positiven Sinne lösen" (Abdelidis 1976:144).

Die Strömungen des Genossenschaftswesens werden durch die Ideologien und Richtlinien der Parteien und durch die politische Gesinnung der Bauern beeinflusst. Die eine (Strömung) lehnt sich an Prototypen der westeuropäischen Praxis bei der Landwirtschaft mit der Einführung der Großproduktion⁺ an, wo Agrargenossenschaften nicht mehr von den anderen Betrieben unterschieden werden können; die zweite Strömung (von Abdelidis und von der PASOK) versucht ein Modell der Agrargenossenschaft zu entwickeln, das den Kleinfamilienbetrieb berücksichtigt.

⁺ Nach meiner Auffassung kann die Großproduktion besonders in einigen Großregionen Griechenlands durchgeführt werden, in denen auch die Bodenverhältnisse dafür geeignet sind, daß mehrere Produkte gleichzeitig verarbeitet werden können.

Nach ihm bestehen zwei Möglichkeiten:

1. Produktionsgenossenschaften auf Dorfebene,
2. Agrarindustrielle Genossenschaft auf höherer Ebene (Präfekturen).

Die erste Möglichkeit versucht, die Großproduktion einzuführen, nennt jedoch keinen Weg, dieses Ziel zu erreichen (nach Abdelidis Vorschlägen).

Die zweite (PASOK) analysiert die griechischen Bodenverhältnisse (die verstreuten Ackerflächen), die Rolle der Zwischenhändler (die Zwischenhändler profitieren mehr und mehr, weil die Bauern kaum direkte Marktverbindungen haben) und schlägt diese Agrargenossenschaftsform vor, damit der ganze Produktionsprozeß (Produktion-Verarbeitung-Verkauf) in den Händen der Bauern bleiben kann.

Abdelidis spricht sich für eine Genossenschaft zum Zwecke der organisierten Massenproduktion aus. Er vertritt die Meinung, daß die Produktionsgenossenschaft zur Verbesserung der Qualität (niedrige Produktionskosten durch Massenproduktion) und der Quantität beiträgt und so-

mit die Wettbewerbsfähigkeit⁺ (niedrige Agrarpreise) im Vergleich zu importierten Agrarprodukten steigern können. So wird der Teil der Agrarbevölkerung⁺⁺, der Jetzt unterbeschäftigt ist, Arbeit auf seinem Land finden, und gleichzeitig wird die Landwirtschaft viel effektiver zur Gesamtwirtschaft beitragen können (vgl. Abdelidis 1981:52, 53). Die zerstreuten Ackerflächen und die Kleinfamilienbetriebe (Im Durchschnitt verfügt ein Bauer über 45 Stremmate Ackerboden) werden in der Produktionsgenossenschaft vereinigt und können dann gemeinschaftlich bewirtschaftet werden (s. Tab. 6). Abdelidis schlägt vor, daß kleine Dörfer mit Nachbardörfern Genossenschaften gründen sollen.

⁺ Vgl. Schultz 1970:79.

⁺⁺ "Der hohe Anteil hauptberuflich bewirtschafteter Betriebe hängt eindeutig mit dem Mangel an außerlandwirtschaftlichen Erwerbsmöglichkeiten in den halbstädtischen und ländlichen Gebieten zusammen. Die landwirtschaftlichen Betriebe sind trotz ihrer Kleinheit vielfach die einzige Arbeitsmöglichkeit für den Bauern und seine Familienangehörigen. Zu- und Nebenerwerbsmöglichkeiten in kombinierten Existenzen sind nicht in ausreichendem Maße vorhanden. So hatten nach einer Erhebung der Agrarbank auf Kreta von 213 Betrieben aller Größenklassen nur 26 v.H. außerlandwirtschaftliche Einkommen" (Bougioukos 1977:104).

Nach meiner Meinung ist Abdelidis' Modell zwar realisierbar, aber es entspricht nicht den ländlichen Produktionsverhältnissen in Griechenland, das heißt, daß die Produktionsverhältnisse durch die Produktivkräfte (Leondief 1978:105, vgl.), höhere Mechanisierung der Landwirtschaft, durch Anwendung neuer Technologien geändert werden müssen, und dann kann die Agrargenossenschaftsform Abdelidis' praktiziert werden.

Ich bin der Auffassung, daß die Produktionsgenossenschaft einen wichtigen Beitrag für die Durchsetzung einer Alternativgenossenschaft in der Landwirtschaft leisten kann. Sie besteht - nach Abdelidis - jedoch wie zuvor auf Dorfebene und wird immer noch als kleine Einheit die Produktions-, Verarbeitungs- und Transportkosten allein tragen. Dadurch wird der Effekt der Großproduktion, nämlich die Reduzierung der Produktionskosten, nicht erreicht. Ich meine, daß Abdelidis recht hat, wenn er behauptet, daß die Größe der Ackerflächen nach Bodenverhältnissen, klimatischen Bedingungen sowie Produktionsverhältnissen geplant werden müssen. In jeder Präfektur sollte nach Abdelidis eine Union gegründet werden, die die Aufgabe haben soll, die Arbeit der Agrargenossenschaften er-

sten Grades, die zu ihr gehören, zu koordinieren (Abdelidis 1976:146). Die Zentralgenossenschaft muß für den Kontakt und die Zusammenarbeit der verschiedenen Unionen der verschiedenen Teile des Landes sorgen. Sie sollte sich auf ein Agrarprodukt spezialisieren (1976:147). Die Aufsicht und Kontrolle der Agrargenossenschaften ersten und zweiten Grades (Unionen) müssen von ihnen selbst übernommen werden und dürfen nicht von der Agrarbank oder direkt vom Staat (Landwirtschaftsministerium) ausgeübt werden. Die Agrarbank muß ihre Arbeit auf die Buchhaltung und die Kontrolle von Krediten beschränken. Die Oberaufsicht verbleibt dennoch beim Staat (1976:137).

Neben dem Modell von Abdelidis, das die Kleinfamilienproduktion berücksichtigt, gibt es eine neue Agrargenossenschaftsform, die Agrar-Industriegenossenschaft. Diese Genossenschaftsform soll den gesamten Produktionsprozeß umfassen, also die gemeinsame Produktion, Verpackung oder Verarbeitung des Agrarproduktes und sich darüber hinaus auch selbst um den Verkauf auf den Inlandsmärkten oder im Ausland kümmern. Das bedeutet, daß diese Agrargenossenschaften beson-

ders ausgestattet sein müssen, also moderne Maschinen und geeignete Anlagen besitzen müssen. Die direkten Marktverbindungen der Bauern der Agrargenossenschaften setzen voraus, daß die Bauern allein die Preise der Produkte bestimmen. Somit werden die Aktivitäten der Zwischenhändler beschränkt und mit der Zeit beseitigt. Die Bauern werden also die Agrarprodukte zu Preisen verkaufen, mit denen sie einerseits ihre Produktionskosten decken können, andererseits die Produkte zu günstigeren Preisen an die Verbraucher abgeben können und selbst dennoch Gewinn erzielen. Bislang konnten die Zwischenhändler nämlich selbständig die Preise festlegen und unkontrolliert hohe Profite erlangen (vgl. Kamarinou 1977:130). Damit die Kapitalbeschaffung der Agrargenossenschaften einfacher und die Ackerflächen der Genossen größer werden können, sollen, falls es sich um kleine Dorfgebiete handelt, zwei oder drei benachbarte Dörfer zu einer Agrargenossenschaft zusammengeschlossen werden. Eine Präfektur muß - nach den neuen Tendenzen des Agrargenossenschaftswesens - eine Union haben: zu dieser Union gehören alle Agrargenossenschaften ersten Grades. Somit wird die Agrargenossenschaftsorganisation gestoppt;

1982/83 gab es in einer Präfektur noch mehrere Unionen.

Durch das neue Gesetz⁺ (1982/83) wird ein großer Freiraum für die Initiative der Agrargenossenschaften geschaffen. Die Gesetzgebung schlägt neue Agrargenossenschaftsformen, wie die "Agrar-industriegenossenschaft", vor, setzt aber keine feste Grenze, damit die Bauern je nach Ihren Möglichkeiten und Vorstellungen die Agrargenossenschaft aus eigener Kraft aufbauen. Einige praktische Maßnahmen werden jedoch fest geregelt, wie z.B., daß die Bäuerin⁺⁺ nun selbstversichert ist, daß sie mit 55 Jahren die gleiche Rente bekommt wie der Bauer. Die Benachteiligung der Bäuerin wurde laut Gesetz abgeschafft; ob die Bäuerin ihre Gleichberechtigung auch de facto realisieren kann, wird die Zukunft zeigen.

Ich bin der Meinung, daß die Bauernschaft

⁺ Das Gesetz ist noch nicht verabschiedet worden.

⁺⁺ Erst jetzt kann die Bäuerin Mitglied der Agrargenossenschaft werden. Ihre Benachteiligung wurde 1981 grundsätzlich abgeschafft. Das zeigt die Regierungspolitik der PASOK nach Abschaffung der Vorurteile gegenüber unterdrückten Personengruppen oder Minderheiten (Verbesserung der Frauenposition in der Gesellschaft sowie Verbesserung der Lebensverhältnisse unserer türkischen Mitbürger in Thraki).

noch nicht die Gleichberechtigung anerkannt hat⁺. Das wird voraussichtlich ein langer gesellschaftlicher Prozeß werden.

Die neue Agrargenossenschaftsform verlangt eine neue Definition der Funktion der Agrarbank⁺⁺. Sie sieht die Agrarbank als eine Genossenschaftsbank, deren Anteile von den Mitgliedern und nicht vom Staat gehalten werden. Der Staat bleibt nach der Vorstellung der PASOK Berater und nicht Initiator der Kreditpolitik der Agrargenossenschaften. Das begrenzt die Aktivitäten und Interventionen des Staates; das heißt, der Staat kann nicht mehr allein entscheiden und dirigieren, was die Agrargenossenschaften zu tun haben. Alle Entscheidungen hängen vor allem von der Initiative und dem Willen der Agrargenossenschaftsmitglieder ab. Nach dem vorliegenden Modell basiert das Agrargenossenschaftswesen auf zwei Ebenen. Auf Dorfebene arbeitet die agrarindustrielle Genossenschaft ersten Grades. Somit kann das Problem der Kontinuität der Ackerfläche und der Kapitalbeschaffung besser gelöst werden, weil zwei Dörfer (z.B. benachbar-

⁺Vgl. Kaklamanaki 1979:70.

⁺⁺Weitere Informationen s. Papandreou A. 1977:14.

te Dörfer)⁺ mehr Ackerfläche und nahe nebeneinander liegende Höfe als ein Dorf besitzen. Nach diesem Modell der PASOK kann die Agrarnossenschaft sich selbst verwalten. Es wurde untersucht und festgestellt, daß in bestimmten Regionen des Landes diese Agrargenossenschaftsform realisiert werden kann; solche Regionen sind:

- Kreta, Messinla, Lesbos, Korfu, Rhodos
für Öl
- Makedonien, Peleponnes, Kredta, Rhodos,
Kos für Gemüse
- Peleponnes, Kreta, Rhodos, Thessalia,
Samos für Wein
- Ipiros, Thraki für Viehzucht
- Biotia, Thessalia, Ilia für Baumwolle
- Makedonien, Thraki, Etoloakarnania
für Tabak

(Politis S. Moussouris G. Oktober/November
1983 Enimerotiko Deltio,
PASOK 1983/5:74).

Das Agrargenossenschaftsmodell der PASOK:

1. Es wird versucht, in jeder Region Grie-

⁺ Manchmal ist die Möglichkeit, ein oder zwei Dörfer zusammenzuschließen, nicht ausreichend. Dann können auch mehrere kleine Dörfer zu einer Agrargenossenschaft vereinigt werden.

chenlands am Anfang mindestens eine "Agrar-Industriegenossenschaft" zu gründen, die als Prototyp für die ganze Region arbeitet.

2. Es wird versucht, Aktiengesellschaften und andere, den Agrargenossenschaften ähnliche Organisationen, in "Agrarindustriegenossenschaften" zu verwandeln.

3. Es wird die Vereinigung verschiedener Agrargenossenschaften, z.B. der Agrargenossenschaft für die Viehzucht, mit den Agrargenossenschaften für die Verarbeitung dieser Produkte angestrebt.

Das höchste Organ der Agrargenossenschaften, die PASEGES, wird ihre Abhängigkeit von der Agrarbank aufgeben. Die PASEGES wird von und mit Agrargenossenschaftsmitgliedern organisiert, denn dieses Organ soll die Interessen der Agrargenossenschaftsmitglieder und nicht die Interessen Außenstehender verteidigen (s. ebenda K. 5.2).

Die Unterschiede zwischen der Agrargenossenschaft von Abdelidis und der der Sozialistischen Bewegung (PASOK) bestehen hauptsächlich in der Größe und der Arbeitsweise der Agrargenossenschaften. Abdelidis bevorzugt die Großproduktion, schlägt aber keine große Agrarge-

nossenschaft vor, sondern hält die Produktionsgenossenschaft auf Dorfebene am geeignetsten für die griechische Bodenstruktur. Die beiden Vertreter dieser Agrargenossenschaftsformen sind sich darin einig, daß jede Präfektur nur eine Union besitzen soll. Beide berücksichtigen die Kleinfamilienproduktion und streben keine Änderung der Besitzstruktur, sondern eine Änderung der Produktionsverhältnisse an. Viel deutlicher und präziser scheint mir die "Agrarindustriegenossenschaft" zu sein, weil sie die genauen Probleme und Schwächen der Landwirtschaft erfaßt, und weil sie realisierbare Vorschläge in wirtschaftlichem und psychologischem Sinne (Mentalität der Bauern, Bestehen auf ihrem Eigentum) macht.

Nach meiner Vorstellung müssen für die neue Agrargenossenschaft viele Maßnahmen parallel zu dem Entwurf für die Verbesserung der Infrastruktur des Landes getroffen werden. Ohne die Verbesserung der Infrastruktur kann keine neue Agrargenossenschaft im Sinne der Steigerung der Agrarproduktion und des schnellen und direkten Verkaufs der Produkte an die Märkte ermöglicht werden (vgl. Plastira 1980: 90;91). Die Agrargenossenschaft ersten Grades

muß als Selbstverwaltungs- und Selbsthilfeorganisation der Agrargenossenschaftsmitglieder arbeiten. Je nach Boden- und Klimaverhältnissen sowie entsprechenden Bedürfnissen der Landbevölkerung müssen sich die Agrargenossenschaften für die den örtlichen Verhältnissen angepaßten Agrarprodukte entscheiden. Jede Präfektur darf nur eine Union haben, in der kein Außenstehender tätig sein darf; das heißt, daß der Direktor der Union nicht vom Landwirtschaftsministerium, sondern von den Agrargenossenschaftsmitgliedern vorgeschlagen werden muß. Das Programm, die Verwaltung, die Preise, die Planung werden in den Händen der Agrargenossenschaftsmitglieder liegen. Der Staat kann als Berater fungieren, hat aber keine entscheidende Position im Agrargenossenschaftswesen⁺. Die Agrarbank wird eine Bank der Genossenschaftsmitglieder ohne staatlichen Einfluß werden.

Damit der Mangel an Maschinen und moderner technischer Ausrüstung behoben wird, sollen Agrargenossenschaften für die Produktion von

⁺ Das Kreditwesen wird von den Agrargenossenschaften direkt geführt; die Agrarbank wird mittel- und langfristige Kredite für die Agrargenossenschaften sowie für die Bauern genehmigen.

Traktoren oder Agrarmaschinen gegründet werden. Somit kann der Import dieser extrem teuren Maschinen vorerst begrenzt und dann sogar eingestellt werden. Das bedeutet angemessene Preise für diese Maschinen⁺, für das ganze Agrargenossenschaftswesen. Außerdem können Devisen für die Handelsbilanz gespart werden. Die Zentralunion und die Union sollen als Agrargenossenschaft ihre Arbeiten betreiben und nach dem Prinzip der Selbsthilfe (eigene Finanzierung) und der Selbstversorgung organisiert sein. Jede Präfektur soll auch eine Konsum-, Verkaufs-, Verarbeitungsgenossenschaft haben, damit alle Phasen der Produktion bis zum Verkauf der Agrarprodukte allein von den Agrargenossenschaftsmitgliedern durchgeführt werden können.

Überschüsse und Verluste sollen Ende des Jahres von der Generalversammlung⁺⁺ genehmigt und

⁺Die Maschinen wurden vorwiegend aus der BRD und Japan importiert.

⁺⁺"Die Genossenschaftler können ihre Mitgliedschaftsrechte nur persönlich in der Generalversammlung ausüben. Eine Stimmrechtsvertretung - wie beispielsweise bei der Publikumsaktiengesellschaft üblich - ist grundsätzlich ausgeschlossen. An der Willensbildung können sich die Mitglieder unabhängig von der Höhe ihrer Kapitalbeteiligung und der Inanspruchnahme der genossenschaftlichen Einrichtungen nur mit einer Stimme beteiligen" (Schultz 1970:49).

kritisiert werden. Die Generalversammlung der Agrargenossenschaft hat also die Pflicht, die Höhe und die Grenze der Gewinne und Verluste zu bestimmen und die genaue Verteilung oder Bezahlung zu regeln. Ein Teil davon soll in der Agrarbank als Geschäftsanteil deponiert werden. Das demokratische Prinzip "ein Mann - eine Stimme" darf nicht angetastet werden; obwohl ein Agrargenossenschaftsmitglied über mehrere Geschäftsanteile in der Genossenschaft verfügen kann, soll das Mitglied immer nur eine Stimme haben. Somit wird die Ungerechtigkeit beseitigt, daß die reichen Agrargenossenschaftsmitglieder mit mehreren Stimmen die Entscheidungen der Agrargenossenschaften manipulieren können.

Seminare, Aufklärungsmaterial und Untersuchungen werden die Bauern leichter motivieren, die Vorurteile gegenüber dieser Innovation abzubauen. Diese Initiative soll von den Agrargenossenschaftsmitgliedern, der Agrarbank in Zusammenarbeit mit Wissenschaftlern (Soziologen, Rechtsanwälten, Volkswirtschaftlern) ergriffen werden.

Mit dieser neuen Form kann die Agrargenossenschaft die Bauern für eine andere Produktionsweise begeistern, was Grundlage für die gute

Zusammenarbeit⁺ der Agrargenossenschaftsmitglieder ist. Wenn die Bauern zufrieden mit ihrer Arbeit sind und durch kostendeckende Verkaufspreise ihr Einkommen sichern, werden sie voraussichtlich auf dem Lande bleiben. Das Leben und Arbeiten auf dem Land wird wieder attraktiv werden. Billige Agrarprodukte mit guter Qualität werden den Inneren und einen Teil des ausländischen Bedarfs decken können. Die Landwirtschaft kann somit einen entscheidenden Beitrag zur Entwicklung der Wirtschaft leisten. Die Produktionsverhältnisse und die herrschende Position der Bourgeoisie (Vorrechte der Groß- und Zwischenhändler) dürfen nicht unangetastet bleiben. Die Bauern als Produzenten werden sich ihrer Macht (Produktion von lebenswichtigen Nahrungsmitteln) bewußt werden und eine grundlegende Verbesserung der Infrastruktur fordern. Dadurch kann die Position der Bourgeoisie zwar nicht ge-

⁺"Der 'homo cooperativus' wäre u.a. das Muster an wirtschaftlicher Einsicht und Sozialität und damit das ideale Genossenschaftsmitglied. Dieselben Eigenschaften, die ihn zum idealen Genossenschaftsmitglied machen, befähigen ihn aber auch gleichzeitig, der ideale Bürger jeder größeren Gemeinschaft (Gemeinde, Staat usw.) zu sein" (Draheim 1952:48).

fährdet werden, aber ihr können eine Reihe von Privilegien im Beruf (Zwischenhändler) oder im Finanzkapital (Kreditwesen) abgenommen werden. Diese Verbesserung für die Bauern kommt Ihnen nicht allein zugute, sondern sie hilft, die Entwicklung der Peripherie des Landes den Zentren⁺ anzugleichen und der Bauernschaft eine neue Dimension des Lebens zu öffnen. Die Landwirtschaft verliert ihre Rolle am Rande des kapitalistischen Systems und sorgt für neue Investitionen.

⁺Vgl. Amin (1975:156): "Die Theorie des ungleichen Tausches bedeutet eher, daß das Problem des Klassenkampfes auf weltweiter Ebene gelöst werden muß und daß die nationalen Probleme nur als Epiphänomene, die Ausfluß des Grundproblems, nämlich des nackten Klassenkampfes sind, gesehen werden müssen. Die Theorie sagt weiter, daß die Bourgeoisie des Zentrums, die als einzige auf Weltebene besteht, das Proletariat überall im Zentrum und in der Peripherie ausbeutet, aber daß sie das Proletariat der Peripherie noch brutaler ausbeutet, weil der objektive Mechanismus, der in einer selbstzentrierten Wirtschaft die Bourgeoisie in eine Einheit mit ihrem eigenen Proletariat einbindet und dadurch die Ausbeutung im Zentrum begrenzt, in der außengerichteten Wirtschaft der Peripherie nicht funktioniert".

10.2 Die Perspektive der Agrargenossenschaften

Wenn Griechenland die Industrielle Revolution -, die die Industriestaaten mitgemacht haben, - nachholen will und eine selbständige, den eigenen Bedürfnissen entsprechende Industrie aufbauen will, müssen die dafür benötigten Kapitalien zum großen Teil mit landwirtschaftlichen Exporten erwirtschaftet werden. Das bedeutet, daß die griechische Wirtschaft weiterhin erheblich von der Landwirtschaft abhängig sein wird⁺. Nur eine Zunahme der landwirtschaftlichen Produktivität könnte die zusätzlichen Exporte erbringen.

Griechenland wird schon durch den Beitritt in die EG⁺⁺ dazu gezwungen sein, wenn es nicht den Ruin seiner Landwirtschaft durch die EG-Landwirtschaft riskieren will, andere Wege zu finden. Um dieses Ziel zu erreichen, eröffnen sich

⁺Weitere Informationen bei Vergopoulos (1975:240).

⁺⁺"Besonders betroffen von der Steigerung der Importe aus den EG- und Drittländern sind die Klein- und Mittelindustrien Griechenlands, deren Wettbewerbsfähigkeit, im Gegensatz zu Großunternehmen, sehr begrenzt ist; das Ausscheiden vieler Handwerksbetriebe aus dem Markt ist unvermeidlich. Daraus ergeben sich erhebliche Beschäftigungsprobleme" (Alexopoulos 1981:154).

mindestens zwei Wege.

Der erste Weg stellt einen Versuch dar, den die in der EG zusammengeschlossenen Länder und die USA gingen. Er führt zur landwirtschaftlichen Großproduktion in kapitalistisch organisierten Großbetrieben (wo das Hauptziel die Gewinnmaximierung ist) und der Vernichtung von unzähligen Familienbetrieben durch den zwangsläufigen Konzentrationsprozeß. Für Griechenland würde der unvermeidliche Konzentrationsprozeß dazu führen, daß der größte Teil der bisher in der Landwirtschaft ihren Lebensunterhalt verdienenden Personen freigesetzt und auf dem Arbeitsmarkt das Heer der Arbeitslosen verstärkt würde. Selbst eine massive staatliche Wirtschaftspolitik wäre nicht in der Lage, genügend industrielle Arbeitsplätze zu schaffen, um die große Menge der in die Städte abwandernden Bauern zu absorbieren.

Ein zweiter Weg, eine Steigerung der Produktion und Produktivität zu erreichen, wäre der, die nötigen Modernisierungen auf der Basis von genossenschaftlichen Organisationen mit gemeinsamer Produktion, Verarbeitung und Vertrieb

durchzuführen, wobei eine größtmögliche demokratische Selbstbestimmung der Landbevölkerung gewährleistet sein müßte (s. ebenda S.250). Für diese Entwicklungsperspektive ist die Agrargenossenschaftsbewegung eine gute Voraussetzung.

Um die Kapitalbasis der Agrargenossenschaft zu vergrößern, müssen die gesetzlich vorgeschriebenen Beschränkungen der Mitgliederzahl aufgehoben werden. Angestrebtes Ziel sollte eine eigene Agrargenossenschaft für jede Gemeinde sein. Um eine ökonomisch vernünftige Mitgliederzahl zu garantieren, sollten auch gemeindeübergreifende Agrargenossenschaften ersten Grades zugelassen werden. Analog dazu sollte es pro Nomos nur eine Union geben. Staatliche Kredite, wenn überhaupt, und Kredite der Agrarbank sollten überwiegend langfristige und zu vertretbaren Zinsen gewährt werden. Um zu gewährleisten, daß die Geschäftspolitik der Agrarbank sich an den Bedürfnissen der Agrargenossenschaft orientiert, muß den Agrargenossenschaften eine Kontrolle der Bank ermöglicht werden, z.B. durch eine Mehrheitsbeteiligung der Agrargenossenschaften am Kapital. Die einseitige Ausrichtung der Agrar-

genossenschaft auf Kreditvergabe und Kreditvermittlung muß ergänzt werden durch eine neue zugunsten einer vermehrten genossenschaftlichen Produktion, einer gemeinschaftlichen Investition und dem gemeinsamen Vertrieb der Produkte. Nur durch diese Maßnahmen können die Agrargenossenschaften die nötige Kapitalausstattung für umfassende Modernisierungen und Produktivitätssteigerungen erlangen.

Um die Selbstbestimmung der Genossenschaftsbauern zu gewährleisten, müssen umfassende Demokratisierungen in der Organisation und in der Praxis der Agrargenossenschaften durchgesetzt werden. Das Prinzip "Jedes Mitglied eine Stimme" muß uneingeschränkt sowohl auf Agrargenossenschafts- (ersten Grades) als auch auf Unionsebene durchgesetzt werden, um die Majorisierung der Agrargenossenschaft durch wohlhabende Großbauern zu beseitigen. Die direkte und indirekte Einflußnahme des Staates durch Anteile am Kapital (Zentralunion) oder Entsendung von Vertretern in die Selbstverwaltungsorgane muß beseitigt werden. Die Unionsdirektoren müssen von den Unionsmitgliedern selbst gewählt werden können.

Um die Ausbeutung der Bauern durch den Großhandel⁺ und Zwischenhandel zu verhindern, sollte eine Handelsgenossenschaft gegründet werden, die den Verkauf der Produkte und die Versorgung der Genossenschaftsbauern mit landwirtschaftlichen Produktionsmitteln wie Maschinen, Traktoren, Schutz- und Düngemitteln sowie mit Saatgut übernimmt. Auch die PASEGES muß Unabhängigkeit von staatlichen Einflüssen erlangen, um ihre Aufgabe als Interessensverband und Koordinator der Agrarbewegung erfüllen zu können. Nur durch umfassende Demokratisierungsmaßnahmen kann die Autokephalie⁺⁺ der Agrargenossenschaft hergestellt werden, und das Interesse der Landbevölkerung für diese landwirtschaftliche Produktionsweise geweckt werden. Die neue Form der Produktionsverhältnisse auf dem Lande kann zu einer neuen Lebensform in der Gesellschaft führen, wo die Zusammenarbeit im Mittelpunkt des Systems steht und der Bauer

⁺Weitere Informationen bei Kamarinou (1977:130).

⁺⁺Die Definition Autokephalie wurde von Max Weber übernommen. Dazu: "Und Autokephalie bedeutet, daß der Leiter und der Verbandsstab nach den eigenen Ordnungen des Verbandes nicht, wie bei Heterokephalie, durch Außenstehende bestellt wird" (Weber 1972:26 und vgl. Oppenheimer 1964 I:370).

sich seiner Arbeit und seinem Produkt nicht entfremdet zu fühlen braucht.

Durch den Ausbau und die Stärkung der Agrargenossenschaftsbewegung können die drei Ziele, nämlich Sicherung der landwirtschaftlichen Arbeitsplätze, Hebung des Lebensstandards auf dem Lande und Kapitalbeschaffung zur Industrialisierung Griechenlands erreicht werden.

Alphabetisches Literaturverzeichnis

Abkürzungen

Aus.	= ausländisch(e)
BbPE	= Brutto-bäuerliches- Pro-Kopf-Einkommen
BNP	= Bruttonationalprodukt
BPE	= Brutto-Pro-Kopf-Einkommen
BSP	= Bruttosozialprodukt
bsw.	= beispielsweise
d.h.	= das heißt
ca.	= zirka
E.A.M.	= Nationale Befreiungsfront
E.L.A.S	= Nationale Volksbefreiungsarmee
ESYE	= Nationalstatistik Griechenlands
ge. I	= gesamte Industrie
gr.	= griechisch
K.	= Kapitel
IP	= laufende Preise
M. Oder Mag.	= Magazin
sP	= stabile Preise
t	= Tonnen
Umg.	= Umgebung
z.B.	= zum Beispiel
Z.	= Zeitung

- Abdelidis P. : Die Agrargenossenschaftsbewegung, Athen 1976
- : Die Schwäche der Agrargenossenschaften /Z. Elefterotypia 13.8.1979
- : Das Problem der Agrargenossenschaften, Athen 1980
- Albertz M. : Unternehmenserhaltung und Mitgliederinteressen in Genossenschaften, Bochum 1978
- Alexopoulos N. : Wirtschafts- und wettbewerbspolitische Probleme des griechischen EG-Beitritts - das Beispiel der öffentlichen Unternehmen, Göttingen 1981 (St 59)
- Amin S. : Die ungleiche Entwicklung - Essay über die Gesellschaftsformationen des peripheren Kapitalismus, Hamburg 1975
- : Die Akkumulation in der internationalen Skala, 1979, griech.
- Amnesty International : Die Diktatur in Griechenland, 1973

Angaben : der Militärregierung 1967-1968
über die Industrieproduktion,
Athen, griech.

Äonas Z. : 2.10.1938, Athen, griech.

Autschbach P. = Landwirtschaft und Koopera-
tion (Analysen und Erwägung-
gen mit Beitrag von Autsch-
bach), 1969

Bakogiannis P. : Militärherrschaft in Griechen-
land, 1972

Bank:

Agrarbank : Agrarexporte in Epitiris,
1963, griech.
: Anzahl der in Genossenschafts-
besitz befindlichen Fabriken,
Athen 1960, griech.
: Kredite der Agrarbank in Mio
Dr., 1966-1971, griech.
: Zahl der Agrargenossenschaften,
1965-1974, griech.
: Die Kapitalentwicklung der
landwirtschaftlichen Kreditge-
nossenschaft von Vasilika, Thes-

saloniki 1968-1974, griech.

: Kredite der Agrarbank an die
Union Jiannitsa in Dr.

1968-1973, griech.

: Wirtschaftsjahresbericht 1970,
Athen 1971, griech.

: Sammlung der Agrarprodukte von
der Union Jiannitsa, Thessalo-
niki 1971-1973, griech.

Bank von
Griechenland

: Industrieproduktion 1971-1972,
Athen 1973 (Oktober), griech.

: Industrieproduktion 1946-1966,
Athen, griech.

: Die griechische Wirtschaft
1966, Athen, griech.

: Bericht über die arbeitende
Agrarbevölkerung, Athen, griech.

: Importe und Exporte,
Athen 1970, griech.

: Agrarproduktion in t, Athen
1964, 1967, 1969, griech.

: Handelsdefizit 1967-1973,
Athen, griech.

Baran-Sweezy : Monopolkapital, Frankfurt 1967

- Barbaresos A. : Über die Ergänzung der Agrar-
rechtsordnung, Athen 1949,
griech.
- Becket J. : Barbarism In Greece, New York
1970
- Blohm G. : Entwicklung der Landwirtschaft
(Berichte über Landwirtschaft
N.F. 55 1977/78)
- Bougioukos G. : Griechenland vor dem Beitritt
zur EG-Wirtschaftsstruktur,
Landwirtschaft, Raumordnung,
Städtebau, Wohnungswesen, Um-
weltschutz, 1977
- Census : Größe der Bauernhöfe vor der
Bodenreform, Athen 1950, griech.
: Landwirtschaft, Agrarbetrie-
be, Zahl der Agrarbetriebe,
kultivierte Äcker in Stremmata,
Athen 1971, griech.
- Charalambis D. : Gesellschaftliche Klassen, po-
litische Krise und Abhängig-
keit - Die politischen Strate-

glen der herrschenden Klasse
in Griechenland und die inner-
bürgerlichen Widersprüche (1952-
1974), Frankfurt/Bern 1980

Chatzimichalis
K. und N. : Die periphere Entwicklung und
Industrialisierung, Athen 1978,
griech.

Christodoulou D.: Über die griechische Landwirt-
schaft 1961-1962 XII, Athen,
griech.

Dekazos N. : Die griechischen Genossenschaf-
ten, Athen 1926, griech.

Delivaní-
Negrepontí M. : Analyse der griechischen Wirt-
schaft, Athen 1981, griech.

Diki Juntas
und Diki
Polytechniou : Prozesse gegen die Junta und
Prozesse über die Vorgänge an
der Polytechnischen Hochschule,
Athen 1976, griech.

Dobas J. : Über die griechische Wirtschaft,
Athen 1973, griech.

- Draheim G. : Die Genossenschaft als Unternehmenstyp, Göttingen 1952
- : Genossenschaften und Genossenschaftsforschung (Festschrift für G. Draheim), Göttingen 1968
- : Zur Ökonomisierung der Genossenschaften, Göttingen 1967
- Engelhardt W. W. : Sind Genossenschaften gemeinsame wirtschaftliche Unternehmen? Köln/Frankfurt a.M. 1978
- Engelmann K : Soziologische und psychologische Aspekte des genossenschaftlichen Aufbaues in Entwicklungsländern, 1966 I
- Engels F. : Die Abstammung der Familie, Themelio 1971, griech.
- ESYE : Produktionssteigerung in absoluten Preisen, Industrie- und Landwirtschaftsproduktion 1957-1965, Athen
- : Agrarproduktion 1950-1965, Athen

- : Über die Landflucht, Athen 1964
- : Ausbildungsmöglichkeiten,
Athen 1965, griech.
- : Rohstoffe der griechischen
Industrie, Athen 1951, 1961,
1971, griech.
- : Wichtige Rohstoffe und Metalle
(1970-1971), Athen März 1972,
griech.
- : Monopolkontrolle der griechi-
schen Industrie, Athen 1971,
griech.
- : Beschäftigte in Industriebetrie-
ben (1961-1971),
Athen 1971, griech.
- : Die Arbeitslosigkeit,
Athen 1964-1968
- : Export- und Importquote der
verschiedenen Produkte, Athen
1962, 1972, 1973, griech.
- : Die Entwicklung der griechi-
schen Agrarprodukte, das Import-
Exportverhältnis im Vergleich
zu den gesamten Import-Export-
produkten, Athen 1970-1974,
griech.
- : Verteilung der Agrarprodukte

- nach Ackerflächen, Athen 1961,
1967, 1970, 1971, griech.
- : Ackerflächen der Agrarprodukte
In %, Athen 1938, 1951, 1961,
1967, 1970, 1971, griech.
- : Anteil der drei Sektoren an
der Produktion des BNP, Athen
1938, 1951, 1960, 1970, 1974,
griech.
- : Dienstleistungssektor - BNP,
Athen 1975, griech.
- Evelpidis Ch. : Die chronische Agrarkrise in
Griechenland, Athen 1953,
griech.
- Fischer W./
Rondholz E./
Farakos G. : Revolution und Contra-Revolution
in Griechenland, Athen 1974,
griech.
- Faust H. : Ursprung und Aufbruch der
Genossenschaftsbewegung,
Neuwied 1958
- : Geschichte der Genossenschafts-
bewegung - Ursprung und Weg
der Genossenschaften im deut-
schen Sprachraum, Frankfurt a.M.

1958/1965

- Geist H. : Die finanzielle Beteiligung
des Genossen an der eingetra-
genen Genossenschaft, Göttingen
1981 (B.56)
- Gesetz : N.G.O.N.S./1911
: N.602/1914-15
: N.677/1937
: N.2.185/1952
: N.921/1979
: A.N.2.385/1940
: A.N.389/1945
: N.309/1953 - über die auslän-
dischen Firmen
: A.N.31/1967 - über die Verwal-
tungs- und Aufsichtsräte der
Agrargenossenschaften
- Grogoriadis
S. : Istoria diktatorias, Athen
1975 I, II, griech.
- Groebe H. : Die Erweiterung der Europäischen
Gemeinschaft durch Beitritt der
Länder Griechenland, Spanien
und Portugal, Baden-Baden 1979

(Sonderband) - Möglichkeiten
und Grenzen einer Europäischen
Union -.

Handelsmarine : Industrieproduktion, Athen
1. Januar 1973, griech.

Handels-
ministerium : Interventionspreise, Athen
1. Januar 1962, griech.

Heckt G. J. : Fusion von Primärgenossenschaf-
ten, Tübingen 1980

Henzler R. : Betriebswirtschaftliche Pro-
bleme des Genossenschaftswesens,
Wiesbaden 1962

Hoppenberg H. : Die Bedeutung des Genossen-
schaftswesens für die Entwick-
lungspolitik, Bremen 1960

Ikonomikos
Tachidromos : Über die wichtigen Rohstoffe
(Für die Jahre 1956, 1965,
1967), No 196
: Über die wichtigen Rohstoffe
(Für das Jahr 1938), Athen
28.11.1968

- Ikonomikós
Tachidromos : Monopol und Reederkontrolle
der griechischen Industrie,
Athen April 1972, No 1.160
- Interview : Aktivitäten der Union Jiannitsa während der Diktatur
(Gesprächspartner: der Direktor
Amperiadis), Jiannitsa
15. Mai 1981
- : Über die Agrargenossenschaft
von Vasilika (Gesprächspartner:
die Sekretärin der Agrargenos-
senschaft), Vasilika
23. Oktober 1981
- : Über die Union Jiannitsa (Ge-
sprächspartner: Mitglieder der
Union), Jiannitsa
22. Oktober 1981
- Investition : Investitionsanreize in Grie-
chenland, Athen 1982, griech.
- Jianopoulos G. : Die Internationalen Implika-
tionen des griechischen
Problems (in Nikolinakos 1969),
Athen 1969

- Kahl H. : Griechenland - Die Entwicklung
der Agrarfrage in einer abhän-
gigen Gesellschaft, Münster
1975 (Mag.)
- Kaklamanaki R. : Die Position der Frau in der
griechischen Gesellschaft,
Athen 1979, griech.
- Kamarinou L. : Landwirtschaft und ihre Ent-
wicklung in Griechenland,
Athen 1977, griech.
- Keetman-Bauert
I. : Raiffeisen: Verwirklichung
einer Idee, Tübingen 1970
- Kellias A. : Die griechische Landwirtschaft
und die EG
(in Ikonimikos Tachidromos
29.3.1962), Athen 1962, griech.
- Klimis A. : Die griechische Landwirtschaft
(in Neue Agrarrundschau),
Athen 1960, griech.
- Koordinations-
ministerium : Neue Wohnungen, Athen 1970

- Kordatos J. : Die Geschichte der Agrarbewegung in Griechenland, Athen 1973, griech.
- : Ampelakia und der Mythos über seine Genossen, Athen 1973, griech.
- Korisis H. : Das politische System in Griechenland, V.P.H. 1980
- Koutsoumaris : Artikel (in: Ikonimikos Tachidromos 21.11.1968), Athen 1968, griech
- Ksanthakis K. : Die Produktivität der griechischen Landwirtschaft (in: Rundschau/ökonomische und politische Wirtschaft B.III/IV), Athen 1962, griech.
- Landwirtschaftliche: Artikel (Magazin), Athen 1945 III, griech.
- Lampsidis G. : Über die Wirtschaft (in: Ikonimikos Tachidromos 12.2.1981), 1981
- Leondief A. : Politische Ökonomie, Athen 1978, griech.

- Liakatas P. : Über die griechische Landwirtschaft (In: Ikonimikos Tachidromos 22.2.1974), Athen 1974, griech.
- Marcuse H. : Versuch über die Befreiung, S.V. 1969
- Mariadis S. : Die Entwicklung der Agrarfrage in Griechenland seit Entstehung des neugriechischen Staates (1821) bis zum Zweiten Weltkrieg und ihre Einflüsse auf das Wirtschafts- und Sozialleben, Bonn 1966
- Marx K. : Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie, Jena 1974 (1857/1858-wissenschaftliche Beiträge)
- Mavrojiannis D.: Unterricht über Rechtssoziologie und über Genossenschaften, Komotini 1979, griech.
- Meynaud J. : Die politischen Kräfte in Griechenland, 1966 I:
: Die politischen Kräfte in

Griechenland, 1974 II

- Ministry of
Coordination : Öffentliche Ausgabe,
Athen 1976
- Möhring, J. : Genossenschaften im System-
vergleich, Münster 1976
- Mpampanasis/
Soulas K. : Griechenland in der Peripherie
der entwickelten Länder,
Athen 1976 , griech.
- Mpousdras D. : Die Befreiung der Sklaven-
bauern, Athen 1951 , griech.
- Müller F. : Länder der Erde, Berlin 1975
(Griechenland)
- National
Accounts
of Greece : Öffentliche Ausgabe,
Athen 1958-1975
- Nationale
Rechnungen
Griechenlands : Investitionen, Athen 1948-1970
: Dienstleistungssektor und BNP,
Athen 1948-1970
- Nikolinakos M. : Die verhinderte Demokratie:
Modell Griechenland, 1969

- Nikollinakos M. : Politische Ökonomie der Gast-
 arbeiterfrage - Migration und
 Kapitalismus, Hamburg-Athen
 1973, griech.
- : Widerstand und Opposition in
 Griechenland - vom Militär-
 putsch 1967 zur neuen Demokra-
 tie, Darmstadt, Neuwied 1974
- : Studien über den griechischen
 Kapitalismus, Athen 1976, griech.
- OECD : Über die griechische Industrie,
 1974
- : Entwicklung des Preisindex in
 Griechenland, 1977
- Oppenheimer F. : System der Soziologie, Stutt-
 gart 1964 I, 1964 III
- Pan-
 hellenischer : Führer für die Agrargenossen-
 schaften, 1976, griech.
- Panos D. : Das landwirtschaftliche Genos-
 senschaftswesen in Griechen-
 land (in Dritte Internationale
 Genoss. Marburg/Lahn), Göttlin-
 gen 1960

- Papagari-phalou D. : Die Agrargenossenschaften in Griechenland, Athen 1973, griech.
- Papandreou A. : Über das Agrarproblem in Griechenland (In: Ikonimikos Tachidromos 29.9.1977), Athen 1977, griech.
- Papandreou V. : Multinationale Konzerne und die Entwicklungsländer, Athen 1981, griech.
- Papoulias K. : Ein Brevier griechischer Resistancegeschichte (In: Niko-linakos 1969), Athen 1969
- Pfeffer K. H. : Griechenland - Grenzen wirtschaftlicher Hilfe für den Entwicklungserfolg, Hamburg 1959
- Phillias B. : Die Auswanderung der griechischen Arbeitnehmer in die BRD und ihre Folgen (In: Soziologische Skepsis), Athen 1966 I
- Plastiras G. : Die Landwirtschaft in der Epoche der Technologie,

Athen 1980, griech.

- Poulantzas N. : Klassen im Kapitalismus heute -
Studien zur Klassenanalyse, 5,
Westberlin 1975
: Politische Macht und gesellschaftliche Klassen, (aus dem
Französischen von Günter Selb
und Erika Hültenschmidt),
Juni 1975
- Pournaras D. : Die Geschichte des Agrar-
problems, Athen 1960, griech.
- Rodakis P. : Diktatoria ton Syntagmatarchon,
Athen 1975
- Rosier B. : Structures agricoles et développement économiques,
Mouton/Paris 1968
- Rousseas S. : Der Tod einer Demokratie (The
death of Democracy . Greece
and the American conscience),
Athen 1974, griech.
- Samaras J. : Der Staat und das Kapital in

Griechenland, Athen 1978, griech.

- Sboronos N. : Die neugriechische Geschichte,
Athen 1972, griech.
- Schiller O. : Agrarstrukturen im weltweiten
Wandel, Saarbrücken 1973
- Schultz R. : Genossenschaftswesen,
Berlin 1970 (B.1249/1249a)
- Senghaas D. : Peripherer Kapitalismus -
Analysen über Abhängigkeit und
Unterentwicklung, Frankfurt a.M.
1977
- Sideris A. : Die Agrarpolitik Griechenlands
1833-1933, Athen 1933, griech.
- Someritis S. : Die Diktatur vom 4. August 1936
und die Diktatur vom 21. April
1967 (in Nikolinnakos 1969),
Athen 1969
- Spiliadis N. : Memoiren 1821-1843, Athen 1972 II
- Statistische
Epitirisi : Über die Investitionen,

Athen 1975, griech.

- Tornow W. : Entwicklung der Landwirtschaft
In den Balkanstaaten 1919-1939
(Berichte über die Landwirtschaft), N.F.53, 1975
- Valsamidis S. : Die griechischen Arbeitnehmer
In der BRD, Athen 1964
- Vassiliou K. F.: Militärdiktatur und Demokratie
In Griechenland 1950-1978,
Hohenheim 1979 (Diss.)
- Verfassung : von 1968 (Art. 129-132), griech.
- Vergopoulos K. : Das Agrarproblem In Griechenland,
Athen-Thessaloniki 1975
: Der Übergang zum Sozialismus
(Seminar 30. Juni bis 3. Juli
1980), Athen 1981, griech.
- Watkins P. : Die Internationale Genossenschaftsbewegung,
Frankfurt a.M.
1969 V
- Weber M. : Wirtschaft und Gesellschaft,

Tübingen, ICB Mohr, 1972

Welsser G. : Genossenschaften, Hannover 1968

Z. Ta Nea : Die Unterdrückung der Bauern
(25.9.1974), Athen 1974, griech.

Z. Thessaloniki: Über die Agrarvereine der land-
losen Bauern, Thessaloniki
(9.11.1981), 1981, griech.

Zentrum : Der Programmierung und ökonomischen Untersuchungen - Plan
des Programms 1958-1962, griech.

Weiterführende Literatur

- Abdelidis P. : Das Genossenschaftswesen unter
kapitalistischen Bedingungen,
Athen 1978
- : Themen über die Landwirtschaft
(Neue Grenze), Athen 1981, griech.
- Amen M.M. : American Foreign Policy In
Greece 1944/1949 (These No 288),
Frankfurt a.M./Bern/Las Vegas
1978
- Blackenburg
v. P. : Einführung in die Agrarsoziolo-
gie, Stuttgart 1962
- Bottomore T. B.: Soziologie und Marxismus,
Athen 1976 , griech.
- Commercial
Bank of Greece : Investment guide to Greece,
Athen 1963
- Duverger M. : Über die Diktatur, Wien 1961, griech.
- Farakos G. : Probleme der ökonomischen Ent-
wicklung unseres Landes,

Athen 1977, griech.

- Grossfeld B. : Genossenschaft und Eigentum,
Tübingen 1975 V
- Ilfiou I. : Die Verfassung und Ihre Revi-
sion, Athen 1975, griech.
: Die Wahrheit über den gemein-
samen Markt, Athen 1962, griech.
- Jiannitsis
A. E. : EG-Griechenland-Mittelmeer-
länder, Athen 1978
- Kalender : Union Jiannitsa - Die Ent-
stehung der Union, Jiannitsa
1979, griech.
- Karageorgas D. : Die ökonomische Rolle des
Staates, Athen 1977, griech.
- Karageorgas G. : Vom IDEA zur Junta, Athen 1975,
griech.
- Karolidis P. : Geschichte des 19. Jahrhunderts
1815-1830, Athen 1891
- Katrís G. : Die Geburt des Neofaschismus

(Griechenland 1960-1970),
Athen 1974, griech.

König P. : Gegenwartsprobleme genossen-
schaftlicher Selbsthilfe,
Hamburg/Münster 1960

Koordinations-
ministerium von: Die Revolution vom 21. April
Griechenland
baut das neue Griechenland,
Athen 1970

Kühnl R. : Texte zum Faschismus - Posi-
tionen und Kontroversen,
Hamburg 1974 I
: Faschismustheorien, Texte zur
Faschismusk Diskussion 2,
Hamburg 1979

Kyrkos L. : Von dem Europa der Monopole in
das Europa der Arbeitenden (In:
Unser Beitritt in die EG),
Athen 1978, griech.

Linaratos S. : Wie wir zum 14. August 1936 ge-
langt sind, Athen 1974, griech.

Manesis A. : Verfassungsrecht, 1967 I, griech.

- Mavros G. : Nationale Gefahren - Die Demokratie in der Krise - Äußere Bedrohung, Athen 1968, griech.
- Mavrogordatos G. : Die Dimension des "Parteien"-Problems in Griechenland. Beispielen aus der Zeit zwischen den Kriegen, in: Soziale und Politische Kräfte in Griechenland, Athen 1977
- Merlopoulos P. : Probleme der Landwirtschaft (in: Epitheorisi: Neue Ökonomie/Juni), Athen 1966, griech.
- Millband R. : Der Staat in der kapitalistischen Gesellschaft, 1972
- Moskof K. : Nationales und soziales Bewußtsein in Griechenland. Die Ideologie im kombradorischen Raum 1830/1909, Thessaloniki 1972, griech.
- Mylonas G. : Die ökonomischen und sozialen Probleme des Landes, Athen 1977, griech.

- Nikolinakos M. : Einkommensverteilung und Entwicklungsprozeß, Köln 1967
(Diss.)
- : EG-Griechenland: Mittelmeerlande, die Theorie der nicht autonomen Industrialisierung, Athen 1978
- : Abhängigkeit und wirtschaftliches Wachstum, Athen 1977, griech.
- OECD : Regional problems and policies in Greece, Paris 1981
- Ollmann P. : Marktprodukt, Sozialprodukt, Wohlfahrtsprodukt, Berlin 1977
- Papandreou A. : Die Demokratie vor dem Exekutionskommando, Athen 1974, griech.
- : Die Strukturen der Abhängigkeit (In: Minleo Deltio No 13), November 1977, griech.
- : Imperialismus und wirtschaftliche Entwicklung, Athen 1975
- : Kritik des amerikanischen Kapitalismus, Herder, Frankfurt/

New York 1973

- PASOK : Das Agrarproblem in Griechenland, 1977, griech.
- : Die Agrargenossenschaften und die neue Dimension der Agrar-Industriellengenossenschaft, 1982, griech.
- Psyroukis N. : Kolonialgeschichte, Athen 1978
- : Die kleinasiatische Katastrophe. Der Nahe Osten nach dem Ersten Weltkrieg, Athen 1973, griech.
- : Die Geschichte des zeitgenössischen Griechenlands (1940-1967)B.I, Athen 1975
- Rigas P. : Die griechische Schiffsbauindustrie (In: Ikonimikos Tachidromos 22.4.1976), 1976, griech.
- Rodakis P. : Das fremde Kapital in unserem Land - Der Rahmen und die Konsequenzen der Unterwerfung, Athen 1977, griech.
- : Die Diktatur der Obersten, Athen 1975, griech.

- Rozakis C. : Drei Jahre griechischer Außenpolitik 1974-1977, Athen 1978
- Sbolos A. : Die griechischen Verfassungen 1822-1952, Athen 1972
- Seferis K. : Griechische Gewerkschaftsbewegung (1860-1975), Athen 1975
- Sigrist Ch. : Probleme abhängiger Gesellschaften (Heft I), Münster 1972
- Spetziotis M. : Der Beitritt und die nationale Landwirtschaft (in: Unser Beitritt in die EWG), Athen 1978
- Sweezy P. M. : Theorie der kapitalistischen Entwicklung, Frankfurt a.M. 1971
- Tenekidis G. : Themen der Soziologie und der internationalen Beziehungen, Athen 1976, griech.
- Timmermann V. : Probleme und Möglichkeiten der Entwicklungsplanung, Stuttgart 1967 XVI

von 1821 bis zum Putsch von
1909, Athen 1974, griech.

Xydis A. G. : Der psychologische Komplex
(Makarios und seine Allier-
ten), Athen 1972, griech.

Zachareas E. : EG ein neues Feld des Klas-
senkampfes (In: M. Anti
14.5.1977), 1977

Zolotas X. : Rahmen und Linien der Indu-
striellen Entwicklung,
Athen 1976, griech.

Lebenslauf

Am 21.04.1952 bin Ich, Aspasia Papaphilippou-Avramidi, in Thessaloniki/Griechenland geboren als Tochter des Alkiblaides und der Evangelia. Von 1958 bis 1964 habe Ich die Grundschule in Thessaloniki besucht, von 1964 bis 1970 besuchte Ich das Gymnasium. Hier habe Ich die Reifeprüfung bestanden. Nebenbei habe Ich Englisch und Französisch studiert und ein Diplomzertifikat erworben.

Von 1971 bis 1975 studierte Ich nach bestandener Aufnahmeprüfung an der Pantios Hochschule in Athen Politikwissenschaften.

1975 erhielt Ich das Diplom in Politikwissenschaften.

Von 1975 bis 1976 studierte Ich Deutsch am Goetheinstitut in Thessaloniki mit der Absicht, in Deutschland in Soziologie zu promovieren.

1977 bestand Ich die Sprachprüfung für die Fortsetzung des Studiums an der Westfälischen Wilhelms-Universität in Münster. Ich studiere seitdem in Münster Soziologie (drei Jahre habe Ich bereits Soziologie in Griechenland studiert), Erziehungs- und Politikwissenschaften.

Ich bin interessiert an sozialen Problemen, und aus diesem Grund arbeite Ich bei der griechischen

chischen Gemeinschaft (mit Vorträgen, Referaten) in Dortmund und bin Mitglied ihrer Frauengruppe.

Meine Absicht ist, das Studium mit der Promotion zu beenden, um nachher produktive Arbeit leisten zu können.

Die Rückkehr nach Griechenland steht sowohl aus den ausgeführten als auch aus persönlichen Gründen sehr bald bevor.

Lünen, den 18 Oktober 1984

Aspasía Papaphilippou-Avramidi

